

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

## **Wortprotokoll** der 13. Sitzung (öffentlicher Teil)

**Arbeitsgruppe**  
**Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeits-**  
**beteiligung und Transparenz unter Berück-**  
**sichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben,**  
**Schacht Konrad und Morsleben**

Donnerstag, den 16. Juli 2015, 11:00 Uhr  
Sitzungssaal E. 200  
Paul-Löbe-Haus  
Konrad-Adenauer-Str. 1  
Berlin

### Vorsitz:

- Hartmut Gaßner  
(Sitzungsleitung)
- Ralf Meister

Tagesordnung

**Tagesordnungspunkt 1** **Seite 6**

Begrüßung

**Tagesordnungspunkt 2** **Seite 6**

Beschlussfassung über die Tagesordnung  
Protokolle

**Tagesordnungspunkt 3** **Seite 15**

Zuschriften; Internetauftritt/-forum

**Tagesordnungspunkt 4** **Seite 8, 16**

Fortschreibung des Beteiligungskonzepts der Firma DEMOS –  
Auswertung der Ergebnisse aus der Tagung in Loccum am 13./14. Juni  
sowie aus der Veranstaltung der Kommission am 20. Juni 2015

a) Bezugnahme auf Diskussionen in 13. Kommissionssitzung am 03.07.2015 Seite 8

b) Auswertung der Ergebnissicherung durch DEMOS/Prognos und Abnahme Seite 8

c) Erörterung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung Seite 16

<b>Tagesordnungspunkt 5</b>	<b>Seite 19</b>
a) Umsetzung des Beteiligungskonzepts: Vergabe von Gutachten	Seite 19
<i>aa) Stand der laufenden Vergaben</i>	<i>Seite 19</i>
<i>bb) Stand der Vorbereitung der weiteren Vergaben</i>	<i>Seite 20</i>
<i>cc) Stand Fachberatungsgespräch mit E-Partizipationsexperten</i>	<i>Seite 32</i>
<i>dd) Einordnung der Aufgaben des Beteiligungsmanagements</i>	<i>Seite 34</i>
b) Mitwirkung der Mitglieder der AG 1	Seite 34
c) Vorschlag von Jörg Sommer zu Offerten an kritische Gruppen	Seite 20
d) Vorschlag von Jörg Sommer zu Newsletter der Kommission	Seite 39
e) Vorbereitung der Auswertung der Erfahrungen Asse (Asse Begleitgruppe/BfS)	Seite 39
<b>Tagesordnungspunkt 6</b>	<b>Seite 43</b>
Fortsetzung Erörterung StandAG	
<b>Tagesordnungspunkt 7</b>	<b>Seite 64</b>
Konsequenzen aus dem Rechtsgutachten „Überprüfung des Standortauswahlgesetzes im Hinblick auf die Vereinbarkeit der Regelungen zum Standortauswahlverfahren mit EU-rechtlichen und völkerrechtlichen Vorgaben“	

<b>Tagesordnungspunkt 8</b>	<b>Seite 64</b>
a) Vorbereitung einer Anhörung zur Beteiligungsbereitschaft und zum Vetorecht	Seite 64
<b>- nicht öffentlich -</b>	
b) Organisation der Kommissionsanhörung „Erfahrungen in Großprojekten“ am 16.09.2015	
c) Erörterung des Vorschlags für Studie zu Öffentlichkeitsbeteiligung im StandAG von Michael Müller	<i>nicht aufgerufen</i>

<b>Tagesordnungspunkt 9</b>	<b>Seite 68</b>
Gliederungsentwurf des Berichts der Kommission	

<b>Tagesordnungspunkt 10</b>	<b>Seite 75</b>
Verschiedenes	
a) <i>Überarbeitung des Papiers der ad-hoc-AG „EVU-Klagen“ zum Umgang mit Konflikten</i>	<i>Seite 75</i>
b) <i>Vorstellung/Erörterung des ENTRIA-Gutachtens</i>	<i>Seite 79</i>
c) <i>Anfragen/Beiträge von AG 1 zu Begriffsklärungen StandAG („Glossar“)</i>	<i>Seite 80</i>
d) <i>Vorschläge für Forschungsvorhaben an BMBF</i>	<i>Seite 81</i>

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

**Teilnehmer:**

Hartmut Gaßner (Vorsitz)

Ralf Meister (Vorsitz)

Prof. Dr. Gerd Jäger

Erhard Ott

Jörg Sommer

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla

Prof. Dr. Bruno Thomauske

Abg. Dr. Matthias Miersch

Abg. Hubertus Zdebel

Für Klaus Brunsmeier: Thorben Becker

Für Jörg Sommer (zum Teil): Wiebke Rössig

Für Abg. Syliva Kotting-Uhl: Vanessa Janzen

Für Min Garrelt Duin: Dr. Stefan Schielke

Michael Geßner

Für Min Franz Untersteller: Dr. Uwe Völker

Michael Müller (Vorsitzender der Kommission)

Gäste:

Andreas Fox

Michael Fuder

Martin Geilhufe

## **Tagesordnungspunkt 1** **Begrüßung**

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Schönen guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich zu unserer 13. Sitzung der Arbeitsgruppe begrüßen und Ihnen zunächst als neues Mitglied in unserer Runde Herrn Geilhufe vorstellen. - Ich würde Sie bitten, dass Sie vielleicht drei Sätze dazu sagen, woher Sie kommen und was die Verbindung zu unserem Thema ist; das weiß nur ein kleinerer Kreis. Dann würden wir Sie schon ein erstes Mal im O-Ton hören. Herr Geilhufe, bitte.

**Martin Geilhufe:** Schönen guten Morgen von meiner Seite. Ich bin als Vertreter der Jugendverbände durch den Deutschen Bundesjugendring benannt worden. Mein Amt, das ich momentan inne habe, ist das des Koordinators der Jugendumweltverbände in Deutschland. Ich vertrete damit die Jugendumweltverbände im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings.

Von dem, was heute ansteht, kann ich nur sagen, dass ich erst einmal hinein hören und hineinfinden möchte und ein bisschen schauen kann, was die Rolle derer sein kann, die den Prozess vielleicht noch viele, viele Jahrzehnte begleiten und dementsprechend erst einmal schauen müssen, wie die Abstimmung mit denjenigen ist, die mich hineingeschickt haben. Insofern sage ich herzlichen Dank für die freundliche Aufnahme, die ersten E-Mails, die ich bekommen habe, und jetzt die Begrüßung. Danke schön!

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Noch einmal herzlich willkommen und danke für den Überleitungssatz. Herr Kudla hat mich gerade darauf aufmerksam gemacht, dass er gestern wohl zehn Emails bekommen habe.

Insgesamt haben wir ein relativ dickes Paket, was die Vorbereitung und was die Tagesordnung angeht. Wir haben als Tischvorlage die Tagesordnung etwas ausdifferenziert und sie um die Schwerpunktbildungen ergänzt, die ich der Arbeitsgruppe mit einem Papier aus der letzten Woche vorgeschlagen habe. In dieses Papier sind auch Vorschläge von Herrn Sommer und von Herrn Jäger eingegangen, die wir heute mit in die Beratungen aufnehmen. Wir haben also eine ausdifferenzierte Tagesordnung, und wir haben zu ihr auch bestimmte terminliche Vorstellungen geäußert.

Ich rufe

## **Tagesordnungspunkt 2** **Beschlussfassung über die Tagesordnung** **Protokolle**

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Sind Sie damit einverstanden, dass wir versuchen, diese Tagesordnung abzarbeiten. Es werden einige Punkte darin sein, die wir nicht im Einzelnen abarbeiten können. Gibt es Anregungen oder Bedenken, was die Tagesordnung angeht? - Herr Becker.

**Thorben Becker:** Es ist kein inhaltliches Bedenken, sondern nur das Bedenken, dass es tatsächlich in zeitlicher Hinsicht mehr als sportlich ist. Deshalb hielte ich es für gut, wenn wir uns für die Punkte 3, 4 und 5, die aktuell den Umgang mit dem Beteiligungskonzept, die Bearbeitung der Ergebnisse und die Beauftragung betreffen, die notwendige Zeit nehmen und nicht dabei schon gucken, dass das Gesamtprogramm, das wirklich sehr sportlich ist, heute unbedingt durchgezogen wird.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ich würde das momentan noch so übersetzen wollen, dass für die Punkte 1 bis 5 aktuell die Zeit bis 13 Uhr vorgesehen ist. Der zweite Gedankengang ist, dass wir mit Blick auf unsere Berichtspflicht und die

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Weiterentwicklung der Diskussion zum Standortauswahlgesetz da nicht Zeit abknapsen sollten, sondern dass wir im Verlaufe von sechs Stunden zwei Stunden fachlich-inhaltliche Diskussion haben sollten. Dem ist geschuldet, dass der Tagesordnungspunkt 6 von 13 bis 15 Uhr vorgesehen ist.

Es wird vorgeschlagen, dass wir uns um 15 Uhr, weil zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich alle noch da sind, mit der Frage vorläufiger Themenpatenschaften und Arbeitsschwerpunkte beschäftigen, weil das dann auch für das Ausfüllen der Sommerpause sehr wichtig sein wird. Das heißt also, ich würde das erst einmal so aufnehmen wollen, dass wir uns - das ist auch die Funktion dieser zeitlichen Zuordnung der Tagesordnungspunkte - dann jeweils versichern, ob wir im Fahrplan sind respektive ob es gut wäre, dass wir aus dem Fahrplan herausgehen. Das können wir ja dann auch gemeinsam bestimmen.

Ferner könnte es sein, dass wir zu Tagesordnungspunkt 8 a), Vorbereitung einer AG-internen Anhörung zu dem Themenfeld Beteiligungsbereitschaft/Vetorecht, auch folgenden Aspekt aufwerfen: Wenn es dazu kommen sollte, dass dazu noch Experten mit unterschiedlicher Intention angesprochen werden, dann werde ich vorschlagen, dass wir das in einen nichtöffentlichen Teil nehmen - das wollte ich nur schon ankündigen -, weil es guter Brauch ist, dass wir Personen, die wir hier einladen wollen, nicht unbedingt benennen, bevor sie etwas von ihrem Glück wissen; insbesondere sollten wir sie noch nicht benennen, bevor wir überhaupt Einigkeit haben, dass wir diese Personen einladen, sagen wir es einmal so herum.

Das wäre dann zunächst einmal die Behandlung der Tagesordnung. Ich würde sie mit der nochmaligen Bemerkung zu Herrn Becker abschließen, dass wir das gemeinsam steuern sollten, aber ein besonderes Augenmerk darauf richten,

dass wir zu den Themen unter Punkt 6 tatsächlich auch zu einer Diskussion kommen, weil dazu einiges vorliegt.

Dann darf ich davon ausgehen, dass die Tagesordnung zunächst einmal so Zustimmung erfährt? - Ich sehe allgemeines Kopfnicken.

Ich frage, ob und inwieweit es Anmerkungen zu den Protokollen gibt. Die Protokolle der 10. und der 11. Sitzung wurden mittlerweile mit den jeweils gewünschten redaktionellen Änderungen im Internet veröffentlicht.

Die Protokollentwürfe der 12. Sitzung für den öffentlichen wie für den nichtöffentlichen Teil sind am 10. Juli versandt worden. Da wäre jetzt noch eine Einwendungsfrist bis zum 24. Juli. Könnten wir das heute schon verabschieden, oder wollen Sie diese Frist noch haben? - Herr Jäger, bitte.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Es ist einfach schwer für diejenigen, die heute nicht dabei sind. Deswegen sollten wir uns vielleicht an die Frist halten.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, wir lassen das also stehen. - Dann wären wir bei Tagesordnungspunkt 3, den wir einen Moment verschieben, weil das Kommen von Herrn Voges zwar avisiert ist, er aber, wie Sie sehen, noch nicht da ist. Es ist allerdings so, dass ich hier auf dem Sprechzettel habe, dass sich aus der letzten Sitzung heraus keine Änderungen ergeben haben. Von daher können wir das dann wahrscheinlich kurz noch mit einschieben.

Nunmehr rufe ich auf:

#### **Tagesordnungspunkt 4** **Fortschreibung des Beteiligungskonzepts der** **Firma DEMOS/Prognos**

- a) **Bezugnahme auf Diskussionen in der**  
**13. Kommissionssitzung am 03.07.2015**  
b) **Auswertung der Ergebnissicherung durch**  
**DEMOS/Prognos und Abnahme**

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Der Vorschlag ist jetzt, dass wir zunächst als Unterpunkt feststellen, dass wir schon eine recht intensive Diskussion in der Kommissionssitzung am 3. Juli hatten. Zudem haben wir zwischenzeitlich eine Unterlage von DEMOS/Prognos, die Ihnen gestern zugeleitet wurde. Wir haben außerdem noch eine quantitative Auswertung zu dem Punkt wissenschaftliche Begleitung.

Die Kurzfristigkeit, mit der die Unterlagen zugeleitet wurden, rechtfertigt es vielleicht, diese Debatte heute nicht allzu ausführlich zu führen. Ich würde aber zunächst einmal das Papier DEMOS/Prognos aufrufen wollen, das Vorschläge zur Erweiterung unseres Beteiligungskonzeptes macht. Die Vorschläge sind dadurch hervorgehoben, dass sie mit roten Balken gekennzeichnet sind. Ich würde zunächst um zwei, drei Wortmeldungen bitten, ob Sie mit dieser Art der Ergebnissicherung einverstanden sind.

Ich bitte Frau Gäbler, mich daran zu erinnern, dass wir ja nicht vergessen, heute den formalen Abnahmebeschluss zu fassen bzw. vorzuschlagen. Ich glaube, wir dürfen diesen Beschluss nicht fassen, oder? Es wurde an uns delegiert, glaube ich. Wir sollten dann auf jeden Fall diesen förmlichen Akt auch vollziehen.

Jetzt zunächst zu den Inhalten: Sie haben die Unterlage bekommen. Die zweite Unterlage, die Sie bekommen haben, ist dann die Auswertung der Fokusgruppen. Aber ich rufe jetzt zunächst einmal das erweiterte Beteiligungskonzept auf. Gibt es dazu Wortmeldungen, bitte? - Das kommt für

mich nicht ganz überraschend, weil es allen tatsächlich sehr kurzfristig zugeleitet wurde.

Ich würde Sie dann bitten, dass wir uns gemeinsam einen Moment die Vorschlagsliste zu 3.2.2 vergegenwärtigen, weil darin Vorschläge gemacht werden, die man einerseits möglicherweise über den Sommer schon umgesetzt sehen wollte. Andererseits würde ich dafür werben wollen, dass wir jetzt doch unsere weitere Arbeit mit Bedacht gestalten, das einmal zur Kenntnis nehmen und vielleicht sagen, das sind gute Anregungen, die wir dann ab September wieder aufgreifen wollen.

Mein Vorschlag hat aber letztendlich eine zeitliche Streckung, sodass ich ihn hier nicht machen möchte, bevor Sie sich nicht selbst vergegenwärtigt haben, was auf den Seiten 31 und 32 aufgelistet ist. Dazu schlage ich vor, dass wir zwei Minuten Lesepause machen, dass Sie sich das freundlicherweise angucken, ob Sie mit mir der Auffassung sind, dass wir das eher vertagen sollten, oder ob Sie Punkte herausgreifen wollten, bei denen Sie davon ausgehen, dass sie Vorbereitungen erfordern, die wir in den nächsten zwei Monaten schon in die Wege leiten. - Also bitte kurz lesen! - Herr Becker, vor der Lesepause?

**Thorben Becker:** Ja, ein Punkt vor der Klammer, vor der Lesepause, weil es nicht die Vorschläge betrifft, die jetzt darin stehen, sondern tatsächlich die Frage, wie die Ergebnisse von der Veranstaltung am 20. Juni hier dargestellt werden.

Ich meine, das andere Dokument, das wir noch nicht behandelt haben, also die Ergebnisse der Fokusgruppen, ist eine wunderbare Ergebnisdarstellung, bei der ich mir wirklich vorstellen kann, dass dies auch ein Muster sein kann, wie bei zukünftigen Formaten Ergebnisse klar nachvollziehbar zusammengefasst werden.

Meines Erachtens ist das ein ziemlich deutlicher Qualitätsunterschied zu dem, wie hier in dem



Beteiligungskonzept die Ergebnisse aus dem World Café aufgeschrieben sind, was es auch ein bisschen schwieriger macht, im Moment nachzuvollziehen und wahrscheinlich auch zukünftig nachzuvollziehen, was dann genau in diesem Schritt passiert ist. Deswegen hielte ich es eigentlich schon für nötig - ich weiß nicht, ob das noch möglich ist -, das nachzuarbeiten. Aber zumindest für zukünftige Sachen hielte ich es schon für gut, wenn es eher in einer Qualität erfolgte, wie es jetzt als Ergebnissicherung aus den Fokusgruppen geschehen ist, was es meines Erachtens auch einfacher machte, daraus etwas abzuleiten und gemeinsam Handlungsaufträge daraus zu schließen.

Noch ein Punkt: Sie hatten in der Einleitung gesagt, dass der Oberbegriff beispielsweise auch die Auswertung der Rückmeldungen aus Loccum war. Da gab es ja nun auch einen wissenschaftlichen Blick auf das Beteiligungskonzept. Wurde das jetzt irgendwie hier eingearbeitet oder nicht? Beim ersten Durchlesen habe ich den Eindruck, das ist eher nicht geschehen. In diesem Fall würde sich die Frage stellen, wie wir damit umgehen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Sommer, bitte.

**Jörg Sommer:** Ich stimme Herrn Becker insoweit zu, als dass, so wie es jetzt hier formuliert ist, es noch einer Arbeit bedarf. Ich glaube aber, dass die Arbeit bei uns liegt.

Die Ergebnisse sind jetzt hier in dieses Dokument - ich finde es eigentlich sehr praktikabel - so hinein formuliert, dass sehr deutlich wird, dass das Diskussionsbeiträge waren, dass es Vorschläge waren, dass es Konkretisierungsnachfragen waren. Alles das ist wichtig, und es ist überwiegend auch an der richtigen Stelle an das Konzept angehängt.

Unsere Aufgabe wäre jetzt aber - wir müssten klären, wann wir das machen und wer das tut -, zu schauen, was wir damit in unserem Beteiligungskonzept tun. Wir können die roten Striche nicht einfach streichen und es damit zum Bestandteil machen; vielmehr müssen wir die einzelnen Vorschläge bewerten und sagen, wir nehmen sie auf oder wir nehmen sie nicht auf. Wenn wir sie nicht aufnehmen, sollten wir dies begründen. Ich weiß, dass das heute nicht leistbar ist, aber wir müssen es leisten, wir müssen es bald leisten, bevor wir in die konkrete Umsetzung gehen. Also, diese Aufgabe sehe ich bei uns, und ich sehe bei uns heute zumindest eine Klärung, wie wir diese Aufgabe erledigen wollen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, dann hätten wir sozusagen zwei Vorgehensvorschläge. Der eine wäre der: Wie gehen wir mit den Teilen um, die wir jetzt wirklich nicht in einer Lesepause wahrnehmen können, sondern für die wir eine andere Form wählen müssten? - Habe ich jemanden übersehen? - Okay, dann würde ich meinen Satz aber zunächst zu Ende sprechen wollen; Entschuldigung.

Das Zweite wäre eben tatsächlich eine Entlastung, wenn wir die die Frage, ob und inwieweit sich durch eine Verschiebung, sofern wir für notwendig halten, es zu verschieben, bestimmte Vorstellungen praktisch vielleicht erledigen würden. Also, eine bundesweite Informationskampagne, so allgemein gesprochen, könnten wir im September starten, aber natürlich auch jetzt in Auftrag geben.

Ich tendiere dazu - das merken Sie -, dass ich jetzt keinen Schnellschuss machen wollte. Aber ich möchte Sie einfach nicht majorisieren, sondern ich wollte, dass wir uns dazu ein Meinungsbild schaffen, ohne im Einzelnen jetzt den Text gelesen zu haben. Also müssen wir mit beiden Sachen umgehen, mit der Vorschlagsliste und mit dem Text. Hinsichtlich des Textes werden die meisten Herrn Sommer folgen, dass wir da

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

eine Form finden müssen, damit das, was jetzt an Vorschlägen vorhanden ist, dann auch bearbeitet wird. - Dann haben sich jetzt Frau Janzen und Herr Kudla gemeldet.

**Vanessa Janzen:** In den roten Abschnitten, die jetzt eingefügt wurden, wird ja nicht einfach nur die Diskussion wiedergegeben, sondern die Autoren haben auch immer schon Vorschläge gemacht, wie man damit umgehen kann. Also, eine Möglichkeit wäre, sich diese Vorschläge anzuschauen und zu sehen, ob die Kommission da mitgehen kann.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Kudla.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Ich muss dazu sagen, dass ich nicht dazu gekommen bin, das Dokument zu lesen; das war einfach zu kurzfristig, weil ich genügend andere Sachen, die mir zudem zugeschickt worden sind, zu lesen hatte.

Ich bitte darum, dass wir dieses Dokument schlicht und ergreifend bei der nächsten Sitzung noch einmal aufrufen. Es geht nicht nur darum, dass wir die roten Abschnitte hier lesen; vielmehr müssen wir das Beteiligungskonzept insgesamt beurteilen - das ist für mich das Entscheidende -, ob es insgesamt ausgewogen ist. Das geht an sich nur, wenn alle das Beteiligungskonzept von vorne bis hinten gelesen haben. Deswegen hätte ich die Bitte, dass wir das beim nächsten Mal erneut aufrufen.

In Bezug auf die Ergebnisdarstellung von dem Bürgerdialog Standortsuche stimme ich Herrn Becker zu, wenn Sie, Herr Becker, diese tabellarische Auflistung meinen, die meines Erachtens gut gelungen ist und die mir gut gefallen hat; es wäre schön, wenn das irgendwie hier hinten noch als Ergebnis drangehängt werden könnte. Ich hoffe auch, dass wir zu den Einzelheiten der tabellarischen Aufstellung noch einmal darüber

sprechen, was hier Konsens und was hier Dissens war. Das ist nämlich durchaus interessant.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Jäger, Herr Thomaske.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ich muss zu meiner Schande gestehen, ich habe es auch nicht mehr lesen können. Aber ich hätte vielleicht ein paar Anregungen, wie aus meiner Sicht die Struktur insgesamt möglicherweise erfolgen kann.

Ich verstehe das so: Das Papier DEMOS/Prognos ist sozusagen die Konzeption über alles gewesen. Jetzt haben wir ein erstes Element dieser Konzeption durchgeführt, nämlich den Bürgerdialog. Ich würde als ersten Schritt jetzt nicht das Ergebnis dieses Bürgerdialogs in das Konzeptionspapier hineinbringen, sondern das würde ich separat davon halten und in der Folge dann an die zwei anderen Schritte herangehen

Wir haben ja drei Schritte speziell zu diesem Bürgerdialog zu erledigen: Das ist erstens die Ergebnissicherung, die sicherlich ein ganz entscheidender Punkt ist, auch vor dem Hintergrund dessen, was wir diskutiert haben, was die Qualität angeht, was da möglicherweise an Ungängen aufgetreten ist.

Da werden wir gefordert sein, und da möchte ich eine vielleicht exotische Idee mit einbringen: Was wäre denn davon zu halten, wenn wir das, nachdem wir es von uns aus einer ersten Bewertung unterzogen haben und sagen, das scheint das Ergebnis, das scheinen die Inputs gewesen zu sein, auch noch einmal den Teilnehmern zum Beispiel im Internet zur Verfügung stellen, um ihnen so die Möglichkeit eines Feedbacks zu geben? Das ist dann sicherlich nicht ganz einfach zu handhaben, aber es wäre ein wichtiger qualitätssichernder Schritt, wenn wir das schaffen könnten. Dann hätten wir sozusagen das Ergebnis auch aus Sicht der Beteiligten.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Anderenfalls arbeiten wir in dem zweiten, folgenden Schritt gewissermaßen in einer Blackbox, sodass wir uns mit Themen beschäftigen, von denen wir der Meinung sind, das sei der Input gewesen. Das ist der zweite Schritt: Wie bewerten wir das? Ist das aufzunehmen, ist das umzusetzen, oder ist das aus unserer Sicht nicht umzusetzen?

Anschließend kommt der dritte Schritt, das Feedback an die Beteiligten. Wenn wir dann im dritten Schritt erst merken, dass die Beteiligten sich da gar nicht wiederfinden und die Akzente ganz anders gesetzt haben, dann werden wir möglicherweise ein großes Problem haben.

Deswegen meine Anregung, noch einmal zusammengefasst, das Konzeptpapier als solches so zu lassen, die Ergebnissicherung in der Weise zu bearbeiten, dass wir für uns noch einmal austauschen, ob wir das als die wesentlichen Inputs sehen, sie dann zu bewerten und das Feedback zu geben sowie dies eben als zusätzliches Element in der Phase, nachdem wir uns mit der Ergebnissicherung beschäftigt haben werden, auch noch einmal den Beteiligten mit einer gewissen Frist zur Verfügung zu stellen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Thomauske und Herr Meister.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Ja, vielleicht in ähnliche Richtung: Da ich selber bei der Veranstaltung nicht dabei war, kann ich nichts dazu sagen, ob das dort so gesagt worden ist. Gleichwohl fiel es mir schwer, in dem Sinne das, was rot ist, festzuschreiben. Wenn ich zum Beispiel einen Absatz nehme - ich hatte nun heute die anderthalb Stunden Zugfahrt Zeit, mir das etwas durchzusehen -, so steht zum Beispiel darin:

Kontrovers diskutiert wurde der Umgang mit Fehlern und zeitlichen Grenzen. Einigkeit bestand

darin, dass ein Lagerungszeitraum von 1 Million Jahren kaum handhabbar ist.

Ich denke, das ist ein Punkt, der allgemein bekannt ist. - Dann kommt:

Dem Vorschlag, die Lagerung jeweils auf überschaubare Zeiträume zu befristen, wurde widersprochen.

Was heißt das jetzt?

Eine Befristung birgt das Risiko, das Problem ... in die Zukunft zu vertagen ...

Diese Schlussfolgerung habe ich schon gar nicht verstanden. Insofern wird man meines Erachtens in den Text hinsichtlich seiner inneren Stimmigkeit durchaus noch einmal hineingehen müssen. Ich kann mir auch vorstellen, dass in der Verkürzung der Darstellung Schiefheiten hineingekommen sind, die wir nicht im Sinne einer Festschreibung verstehen sollten und bei denen wir in der Tat an diesem Papier zunächst einmal einige Veränderungen vornehmen müssen.

Abgegrenzt davon sehe ich den Teil, in dem die Frage „Wie beteiligen?“, also das Zukunftsgerichtete angesprochen wird. Das ist dann ein Punkt, über den man sich meiner Meinung nach ohne weiteres verständigen kann. Aber ich würde mich, wie gesagt, schwertun, dieses Papier mit den Feststellungen so zu übernehmen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Meister.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ja, Herr Vorsitzender, nah dran an den Vorschlägen von Herrn Sommer und Herrn Jäger, den Dreischritt noch einmal ergänzend: Ich glaube, dass die Einschreibungen, die in diesem Konzept vorgenommen worden

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

sind, natürlich zu Verschiebungen führen, zu Irritationen. Dennoch ist das eine der Erfahrungen, die einen Niederschlag finden müssen. Deswegen kann man sagen: Dies ist auf dem Weg des lernenden Papiers eine Fortschreibung, die meines Erachtens in dieser Dokumentation auch klar veröffentlicht werden muss.

Es geht darum, deutlich sichtbar zu machen: Das haben wir gehört. Wenn Personen dann sagen, na, Moment, ich habe noch etwas ganz anderes gesagt, dann können sie sich auch anhand dieses Dokuments wieder melden und sagen, da fehle noch ein ganz entscheidender Satz.

Gleichfalls sind wir uns einig, dass dies nicht die Weiterarbeit an einem redaktionell klug kombinierten Grundsatzpapier ist, an dem man sozusagen das ablesen kann, was der Stand der Kommission ist. Insofern ist der zweite Schritt die Auswahl und Einfügung in ein redaktionell überarbeitetes Beteiligungskonzept, so wie es jetzt vorliegt. Da steht sofort die Frage, wer das tut oder wer die Zeit hat, wer das machen kann, denn aus all dem, was da ist - so, wie Sie es ja auch gesagt haben, Herr Thomauske -, muss man sagen: Das können wir stehen lassen, das kann eingefügt werden. An ein paar Stellen ist es sofort plausibel, weil darauf schon sehr deutlich Bezug genommen wird. In der Darstellung innerhalb der roten Linien liest man unter 3.2.2 einen Verweis auf die schon unter Punkt 1.2 angesprochene Feedback-Kultur usw. Da lässt sich vieles schnell einfügen.

Aber es bleibt gerade auf den Seiten 30 bis 32 eine ganze Reihe von Dingen, bei denen wir fragen müssen, geht es, oder geht es nicht, bei denen es also um Auswahl und Einfügung geht, und dies durchaus unter den Gesichtspunkten, diese Reaktion gehört zu haben, sie dokumentiert zu haben, sie der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt zu haben und sie dennoch in dieser Arbeitsgruppe bezüglich der notwendigen Praktikabilität und des Realitätsbezugs zu prüfen; denn

wir kennen aus Loccum, auch aus der kritischen Bearbeitung dieses Konzepts, eine der wichtigsten Stimmen: Wie wollt ihr das überhaupt schaffen? Wir finden hier auf den Seiten 31 und 32 zum Beispiel 13 zusätzliche Punkte.

Deswegen die Frage: Wer würde sich daranmachen und sozusagen erwägen, was man aufnehmen kann, wie man es einschreiben kann? In dieser überarbeiteten Fassung müsste es uns dann noch einmal vorgelegt werden. Ich glaube, andernfalls wird es jetzt ein endloses Gerede, wenn wir jeden einzelnen Punkt aufnehmen. Vielmehr brauchen wir da Verantwortliche, die sagen, innerhalb der Sommerpause oder in den nächsten vier Wochen wird das in überarbeiteter Form hineingeschrieben. Manches passt dann vielleicht auch in Fußnoten hinein; aber einiges fällt auch heraus.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Becker, bitte.

**Thorben Becker:** Das finde ich gut. Ich glaube nur, dass wir auch den Faktor Zeit ein bisschen bedenken müssen. Auf der Veranstaltung ist den Teilnehmern klar zugesagt worden, dass das, was da erarbeitet wird, nicht nur als Ergebnis festgehalten wird, sondern eben auch in das Beteiligungskonzept eingearbeitet wird. Hier gibt es eine Erwartung; das weiß ich von vielen BUND-Aktiven, die dort waren und jetzt fragen: Na und, es ist ja immer noch nicht da, wo ist es denn? Es ist auch bekannt, dass gleichzeitig konkrete Sachen ausgeschrieben werden. Da stehen wir im Moment tatsächlich vor einem Problem: Wir arbeiten mit dem Alten und haben zugesagt, es wird eingearbeitet, und das dauert noch.

Es ist logisch, dass das nach dem, was da ist, nicht von heute auf morgen gemacht werden kann; aber es ist nicht so ganz einfach. Auf der einen Seite müssen wir hier, wie es vorgeschlagen worden ist, die Ergebnisse herausziehen und gesondert sichern und darstellen, aber tatsächlich

auch einen klaren Weg mit einem zeitlichen Vorschlag aufzeigen, wie das Konzept weiterentwickelt werden kann und dann auch in die konkrete Arbeit übersetzt wird.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, ich glaube, wir haben jetzt das Meinungsspektrum ganz gut erfassen können. Ich würde von hinten sagen, Herr Becker, die Überlegungen, dass jetzt Ausschreibungen laufen, sind insoweit nicht problematisch, als dass in den laufenden Ausschreibungen jeweils die Forderung erhoben ist, eine Feinkonzeptionierung vorzunehmen. Dies soll ja im Rahmen der Feinkonzeptionierung erfolgen.

(Thorben Becker: Das sage ich dort auch immer!)

Zum Zweiten glaube ich, dass Konsens darüber besteht, dass wir das in der nächsten Sitzung noch einmal aufrufen. Wir werden dann auch den Beteiligungsmanager mit an Bord haben, der ein weiteres Bindeglied zwischen unserer Arbeit und den Formaten, die wir umsetzen, sein wird.

Das Dritte ist jetzt, dass eine Einigkeit besteht, dass der Stand - das formuliere ich jetzt vorsichtig -, den wir jetzt haben, an die Teilnehmerinnen und Teilnehmern zurückgespiegelt wird. Das hätte den Vorteil, dass die Reaktionen noch eingefangen werden können. Es hat den Nachteil - ich spreche mich nicht dagegen aus -, dass diejenigen, die jetzt noch einmal gebeten werden, Stellung zu nehmen, nicht wissen, was dann Ergebnis der redaktionellen Überarbeitung sein wird, also sprich, sie wissen dann noch nicht, was die Arbeitsgruppe wiederum annehmen wird.

Aber das dürfte der bessere Vorschlag sein, als zunächst noch bis September zu warten, um es erst dann zurück zu spiegeln. Also müsste mit einem vernünftigen Text deutlich gemacht werden, dass wir hier eine Zuarbeit bekommen haben.

Diese Zuarbeit soll zunächst einmal im Sinne einer vertieften Materialsammlung der Öffentlichkeit zugänglich sein, und wir bitten um weitere Anregungen mit dem Hinweis, dass wir uns in der nächsten Sitzung einer überarbeiteten Fassung annehmen werden, die der Öffentlichkeit dann wiederum signalisiert, was wir uns zu eigen machen und was nicht.

Bis hierher sehe ich überall Kopfnicken. Jetzt kommt die spannende Frage: Wer macht die redaktionelle Überarbeitung? Die redaktionelle Überarbeitung zerfällt wahrscheinlich in zwei Teile. Der eine Teil wäre eher in Richtung von Herrn Thomauske, einmal zu überlegen, ob da Inhalte drin sind, die etwas weiter vom Beteiligungskonzept weg sind. Da würde wahrscheinlich die redaktionelle Überarbeitung eher in die Richtung gehen, solche Inhalte herauszunehmen.

Etwas schwieriger ist es mit dem, was Herr Meister gesagt hat, dass jetzt eine Redaktionsgruppe beispielsweise den Katalog 1 bis 13 durchgeht und Vorschläge macht. Da würde ich eine Redaktionsgruppe als überfordert ansehen, weil es eher eine Frage des Mandats und weniger der Redaktion ist. Von daher würde ich im Hinblick auf diesen Punkt, wie eine redaktionelle Überarbeitung aussehen könnte, noch einmal zu zwei, drei Beiträgen einladen, damit wir da zu einem einvernehmlichen Ergebnis kommen. - Der erste Beitrag bitte von Herrn Sommer.

**Jörg Sommer:** Es wird in der Praxis sicherlich sehr viel smarter funktionieren, als wir es uns gerade ausmalen. Zwischen den roten Strichen stehen viele Dinge, die nachher gar nicht aufgenommen werden, weil es Hinleitungen, Begründungen, Fragen und Ähnliches sind. Es sind ein paar sehr konkrete Vorschläge dabei - das haben wir schon festgestellt; Herr Meister hat es auch gesagt -, die sich fast selbsterklärend in dieses Papier einfügen. Diese Punkte 1 bis 13 sind auch nicht so dramatisch. Nachdem ich sie mir ange-

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

schaute habe, habe ich festgestellt, dass es bei einigen Punkten darum geht, ein paar Dinge zu konkretisieren, die wir ohnehin tun. Außerdem sind ein paar Punkte dabei, die, wenn wir ehrlich sind, nicht das Beteiligungsverfahren in der Kommission, sondern das anschließende Beteiligungsverfahren im Gesamtprozess betreffen.

Genau dies stelle ich mir als redaktionelle Aufgabe vor: das auseinanderzuidividieren und einen Vorschlag zu machen, was in das Konzept direkt hineinfließt, und bei all den Dingen, die nicht hineinfließen, kurz zu kommentieren, warum es an dieser Stelle nicht eingebaut wird, zum Beispiel, weil es zum späteren Gesamtprozess gehört oder, oder, oder. Das ist eine Sache, die wir, glaube ich, über den Sommer hinweg relativ gut in einer Gruppe von drei, vier Leuten hinbekommen können. Ich beteilige mich im Zweifel auch gerne daran.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, Herr Meister wäre auch bereit, dabei mitzumachen. Gibt es noch einen Dritten und Vierten, der da mitmachen würde? Dann bräuchten wir nicht mehr drei Beiträge, sondern nur drei, die mitmachen. Während Sie überlegen und ich dann jeden Einzelnen aufrufe, sagt mir Frau Gäbler gerade, dass Frau Dirks plane, das schon als Drucksache im Internet stehende Beteiligungskonzept den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zuzuleiten. Da sollten wir noch einen Moment stoppen und darüber reden, ob wir darüber mitentscheiden wollen, mit welchem Anschreiben das gemacht wird. Aber es ist jedenfalls schon daran gedacht, dass das umgesetzt wird.

Gibt es noch zumindest einen, der da redaktionell mitmachen würde? Drei reichen auch. Herr Fox, würden Sie mitmachen?

**Andreas Fox:** Ja, mache ich.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Okay, herzlichen Dank. - Herr Thomauske, gerne.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Da ich ja nun nicht auf der Veranstaltung war, kann ich dazu nichts sagen; aber im Hinblick auf die redaktionelle Bearbeitung und die Fragestellung, was davon in rote Balken gehört, würde ich gerne einen Vorschlag machen und es dahin gehend durchsehen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Super, vielen Dank. Dann würde ich Sie einfach bitten, dass Sie sich als Vierergruppe abstimmen.

Nun frage ich zunächst Herrn Voges, ob er ein Übersendungsschreiben entwerfen könnte, wie wir hinsichtlich der Drucksache 108 neu das Bindeglied schaffen. Da sollten wir zusammen mit Frau Dirks einen Text an die Teilnehmerinnen und Teilnehmern konzipieren. Vielleicht kann man ihn auch noch mit Herrn Meister abstimmen. Dann wäre das nicht mehr eine Prognos-Initiative und auch keine AG-1-Sache, sondern eine Kommissionssache; denn die Kommission hat ja die Veranstaltung ausgerichtet. - Dann hätten wir da auch Einigkeit. Herr Voges, würden Sie das freundlicherweise machen?

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Ja, natürlich.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herzlichen Dank. Dann rufe ich getrennt davon noch die synoptische Darstellung auf, die von Herrn Becker eingangs gelobt worden ist. Das ist die Kommissionsdrucksache/AG 1-43. Hier würde ich den Vorschlag machen, dass jemand aus der Geschäftsstelle - ich möchte mir jetzt nicht anmaßen, wer das macht - sicherstellt, dass diese Drucksache mit einem kurzen Schreiben allen Botschaftern mit der Bitte übermittelt wird, innerhalb kurzer Zeit die ihnen zugeschriebenen Fokushalte zu überprüfen. Die Botschafterfunktion sollte ja gerade sein, mit der Verantwortung zu überneh-

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

men, dass das, was in den Fokusgruppen besprochen wurde, hier in dieser synoptischen Darstellung eine richtige Bearbeitung erfahren hat.

Mittels dieser Überprüfung wäre dann sichergestellt, dass wir Ergebnisse festhalten, die für die weitere Arbeit auch von Bedeutung sind. Hier sind die Botschafter gebeten, ihrer Botschafterrolle gerecht zu werden. Dafür sollte ein kurzes Schreiben für diejenigen gemacht werden, die da aufgezählt sind; das sind ja nicht viele. Das können wir nicht als AG 1 machen, das müsste bitte insgesamt veranlasst werden. Da sollte man eine Frist so setzen, dass wir die Rückmeldungen bis Mitte August haben, damit wir in unserer Sitzung am 3. September wissen, wie weit wir diese Unterlage einer weiteren Bearbeitung zuführen. - Sind Sie damit auch einverstanden? - Gut.

Dann würde ich Herrn Voges jetzt noch das Wort zu Tagesordnungspunkt 3 geben.

### **Tagesordnungspunkt 3** **Zuschriften; Internetauftritt/-forum**

**Jürgen Voges** (Geschäftsstelle): Weitere Zuschriften, die die AG 1 betreffen, hat es nicht gegeben. Sie wollten jetzt noch etwas zum Zustand des Forums wissen. Ihn finden Sie im Beteiligungskonzept, über das Sie eben beraten haben, zutreffend beschrieben. Es gibt dort momentan nur noch sporadisch Beiträge von Nutzern; sie beschränken sich in erster Linie auf kurze Dialoge zwischen dem Hauptnutzer und seinen Kritikern.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Vielen Dank. Wir haben ja innerhalb der Auswertung von DEMOS/Prognos einige Hinweise, die uns dazu führen werden, dass wir die Frage „Bürgerdialog im Internet“ wieder am 3. September aufrufen werden.

Des Weiteren werden wir das im Rahmen des Tagesordnungspunktes aufrufen, in dem wir über

den Stand des Fachberatungsgesprächs mit E-Partizipationsexperten sprechen, und wir werden auch zu dem Punkt „Vorschlag von Herrn Sommer zu Newsletter der Kommission“ kommen, was ja, wenn man es umsetzen würde, auch eine Motivation wäre, dann wiederum vom Newsletter in die Plattform zurückzugehen.

Damit würde ich den Tagesordnungspunkt 3 abschließen wollen. - Ja, bitte.

**Vanessa Janzen:** Ich würde gerne noch darauf hinweisen, dass wir immer noch keine Tonaufnahmen der AGs auf der Website haben. Ich habe schon herausgehört, dass es da ein technisches Problem gibt; ich weiß das nicht so genau. Aber auf jeden Fall sollte sich die AG noch einmal dazu positionieren, ob sie das so hinnimmt oder nicht.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Janß, bitte.

**Dr. Eberhard Janß** (Geschäftsstelle): Der Hinweis ist richtig, es ist derzeit technisch noch nicht möglich. Ich bin allerdings zuversichtlich - das haben wir auch schon weitergegeben -, dass in den nächsten zwei Wochen die Möglichkeit besteht, die Audioaufzeichnung auch auffindbar - das ist vor allen Dingen der Punkt - auf der Seite der Kommission in das Internet einzustellen. Das wird dann auch sofort geschehen.

**Jörg Sommer:** Darf ich bei dieser Gelegenheit eine ganz kurze Nachfrage stellen? Wird unsere Internetseite von den diversen Zugriffssicherungsmaßnahmen betroffen sein, die die Bundestagsverwaltung in der Sommerpause plant? Auf Deutsch: Neustart Bundestagssystem und andere Geschichten. Damit haben wir nichts zu tun?

**Dr. Eberhard Janß** (Geschäftsstelle): Bislang habe ich keinerlei Information, dass uns das berührt. Ich werde das vorsorglich aufgreifen und mich vergewissern; aber derzeit sehe ich das nicht.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

(Abg. Dr. Matthias Miersch: So spannend sind wir noch nicht!)

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Dann rufe ich noch einmal

#### **Fortsetzung Tagesordnungspunkt 4 Fortschreibung des Beteiligungskonzepts der Firma DEMOS/Prognos**

##### **c) Erörterung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung**

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gibt es schon Anmerkungen zu der quantitativen Auswertung unserer wissenschaftlichen Begleitung gibt. Den Personen Renn und Nanz war es heute nicht möglich, in unsere Sitzung zu kommen. Sie haben uns zugesagt, dass sie uns eine weitere Auswertung bis Ende des Monats vorlegen werden. Wir wollten sie dann zu der Sitzung am 3. September einladen; das wird auf Teamebene gehen, allerdings sind die Personen Nanz und Renn verhindert.

Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir diesem Vorschlag folgen und die Mitarbeiterin und den Mitarbeiter zu uns bitten. Das hätte insbesondere auch insoweit ein ganz interessantes Element, als dass Frau Gallego Carrera diejenige war, die sich mit dem Konzept in Loccum kritisch befasst hat und wahrscheinlich diejenige sein wird, die von Herrn Professor Renn als Kollegin in unsere Sitzung am 3. September entsandt werden würde. Herr Kuhn ist, glaube ich, derjenige, der von Frau Professor Nanz kommen wird. Mein Vorschlag ist auf jeden Fall, dass wir am 3. September auch die wissenschaftliche Begleitung einladen, weil wir dann in der Situation sein werden, sowohl das Beteiligungskonzept zu besprechen als auch den Beteiligungsmanager kennenzulernen. Der Themenschwerpunkt wird dann also allein durch unsere Einladung deutlich konturiert.

Lange Rede, kurzer Sinn: Gibt es heute schon Anmerkungen zu dem Papier? Ich nehme an, weil es gestern so spät kam, nein.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Nur zwei Sätze dazu! Wir haben ja gesehen, dass es eine quantitative Untersuchung in einer Größenordnung ist, die angesichts dessen, dass wir die gesamte Öffentlichkeit erreichen wollen, mitnichten einen repräsentativen Status hat. Die Aussagefähigkeit ist an dieser Stelle nicht außerordentlich hoch. Aber ich nenne einen Punkt, der mit überwältigender Mehrheit von den 42, die befragt wurden, markiert wurde: dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer gleich behandelt werden. Das ist etwas, was wir auch schon in bestimmten Konzepten, so beim Bürgerdialog, mit hineingeschrieben haben. Aber dass die möglichst gleiche Behandlung aller Personen eine klare Erwartung für alle Formen in den Beteiligungsprozessen ist, wird hier deutlich. Ansonsten bin ich sehr skeptisch, sorry. Aus diesem Stück Empirie weitreichende Schlüsse zu ziehen, wäre völlig überzogen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Thomauske.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Eine Anmerkung im Hinblick auf die Darstellung: Wenn Sie hier die Balken sehen, dann sind die Standardabweichungen im Prinzip plus/minus um den Mittelwert, der den linken Balken darstellt. Insofern ist es für jemanden, der sich mit Statistik gar nicht auskennt, schwer, daraus überhaupt einen Schluss zu ziehen. Daher fände ich es dem Grunde nach besser, wenn man zu der allgemein üblichen Darstellungsweise zurückkäme, den Punkt, der sich als Mittelwert ergibt, als Punkt darzustellen, und die Standardabweichung entsprechend plus/minus einzuzeichnen, damit man ein besseres Gefühl dafür bekommt.

Inhaltlich fand ich gleichwohl die Positionierung zu der Frage des Vetorechtes herausstechend. Ich halte es für ein interessantes Ergebnis, dass es



Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

hier signifikant Widerspruch zur Einführung des Vetorechtes gab, was ich nicht erwartet hätte.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, dann würde ich es gern so stehen lassen und darum bitten, dass die Geschäftsstelle die Anregung von Herrn Thomauske an das Team weiterleitet, damit diese statistische Darstellung überprüft wird. - Herr Fox, bitte.

**Andreas Fox:** Die statistische Darstellung setzt an und für sich voraus, dass man eine gewisse Repräsentativität hat. Diese Repräsentativität ist letztlich in diesen Arbeitsgruppen, die nach der Ausschreibung im Internet und den Informationen durch die verschiedenen Gruppierungen relativ zufällig zusammengekommen sind, nicht zwingend gegeben. Es gab ein relativ breites Spektrum von Teilnehmern, die in den Arbeitsgruppen aus sehr unterschiedlicher Perspektive argumentiert haben; aber Repräsentativität, aus der heraus man nachher irgendeine statistische Signifikanz ableiten könnte, gab es da ganz sicher nicht. Von daher könnte man hier noch intensiver hervorheben, wo vielleicht Schwerpunkte liegen; aber eine statistische Auswertung, die wissenschaftlichen Kriterien standhalten könnte, ist da ganz sicher nicht möglich.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ich würde Sie bitten, dass wir jetzt diese Debatte abbrechen, weil wir folgende Situation haben: Wir bekommen bis Ende des Monats noch eine qualitative Auswertung. Dann werden wir zwei Unterlagen werten können, und am 3. September können wir mit den Mitarbeitern sicherlich besser diskutieren, als wenn wir mit ihnen über das Protokoll diskutieren. - Herr Thomauske.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Nur ein Satz! Wenn das richtig wäre, Herr Fox, dann könnten wir überhaupt nicht bewerten, was dort vorgelegt worden ist; Könnten wir daraus nichts ableiten, dann müssten wir das von vornherein vergessen. Natürlich müssen wir dabei die eingeschränkte

Statistik berücksichtigen; aber innerhalb dieser Statistik ist es durchaus aussagefähig.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Bitte, Herr Fox.

**Andreas Fox:** Ich habe doch eine ganz kurze Anmerkung dazu. Die Kommission und die Arbeitsgruppen müssen mit eigenem klarem Verstand eine qualitative Auswertung auch dieser Informationen und Vorschläge vornehmen. Ich denke, das ist auch der Sinn dieser verschiedenen Dialogveranstaltungen. Es gibt ja auch das Versprechen gegenüber den Teilnehmern und der Öffentlichkeit, dass die Anregungen, Vorschläge, Informationen, die aus diesen Veranstaltungen hervorgehen, aufgenommen werden und nachher auch Eingang in den Bericht der Kommission finden. Allerdings muss die Kommission dies tatsächlich selber leisten; das können wir nicht irgendeiner Statistik überlassen, die letztlich auf nicht repräsentative Zusammensetzungen der jeweiligen Workshops und Arbeitsgruppen zurückgeht.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ja, vielen Dank. Diesen Punkt von Herrn Fox müssten wir auch dann wieder aufgreifen, wenn wir mit den Kolleginnen und Kollegen von Dialogik und dem Institut von Frau Professor Nanz zusammensitzen. Wir würden zunächst einmal abwarten, was sie noch vorlegen, und wir würden sie einladen. Das haben wir jetzt bestimmt.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 4 verlasse, noch einmal die Frage an Herrn Janß: Bedarf es hier jetzt bezüglich der Abnahmeentscheidung für DEMOS/Prognos eines Beschlusses, oder macht das die Vorsitzendenrunde?

**Dr. Eberhard Janß (Geschäftsstelle):** Es steht in der Tat die Abnahmeentscheidung bezüglich des Bürgerdialogs am 20. Juni aus. Wenn ich mich recht entsinne, war in der Kommission zuletzt die Beschlusslage, dass ein Votum aus der Arbeitsgruppe, eine Bewertung der Papiere, und

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

dann die Abnahme im Umlaufverfahren AG-Vorsitzende mit Vorsitzenden erfolgt.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Dann darf ich die Arbeitsgruppe fragen, ob es Bedenken gibt, dass der jetzige Arbeitsstand erst einmal als ein solcher akzeptiert wird, der den vertraglichen Anforderungen entspricht, sodass dann dieses Votum von der Vorsitzendenrunde aufgenommen werden könnte.

Was ich noch nicht weiß, ist, ob wir, wenn wir es wiederum in eigener Regie überarbeitet haben, dort noch eine Zuarbeit bräuchten. Aber ich glaube, es wäre jetzt fair, diesen Arbeitsprozess einmal von unserem Arbeitsprozess abzukoppeln. Man könnte natürlich auch die Frage aufwerfen, ob wir nicht auch Frau Dirks und Herrn Hagedorn bitten sollten, am 3. September teilzunehmen. Aber man sollte daraus auch keine Dauerveranstaltung machen, jedenfalls nicht aus dem alten Vertrag. Da identifiziere ich mich jetzt ein bisschen mit dem Dienstleister. Wir können uns noch viel einfallen lassen, wozu wir sie brauchen könnten.

(Jörg Sommer: Mal ist es gut!)

- Ja, mein Votum wäre, dass wir jetzt der Vorsitzendenrunde empfehlen, eine förmliche Abnahmeentscheidung zu treffen. Gibt es dazu Gegenstimmen? Möchte sich jemand enthalten?

**Abg. Hubertus Zdebel:** Ich möchte sagen, dass ich nicht an der Abstimmung teilnehme, weil ich nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnte und das Ganze auch nicht entsprechend bewerten kann. Auf diese Feststellung lege ich schon Wert, weil ich Unterschiedliches darüber gehört habe. Aber ich will mir normalerweise selber ein Bild machen, das kann ich aber jetzt nicht. Insofern kann ich den ganzen Vorgang nicht wirklich objektiv bewerten.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Okay, dann wären wir hier zu einem Ergebnis - - Herr Müller bitte.

**Michael Müller** (Vorsitzender der Kommission): Ich habe zu Punkt 4 noch etwas.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Kudla auch zu Punkt 4?

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Zu der Auswertung von Dialogik hätte ich noch einen Punkt.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Müller, oder Herr Kudla? - Herr Kudla, bitte.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Dort hinten ist ja die Zahl der Antworten je entsprechender Ausprägung angefügt. Wenn man sich das so anschaut, dann stellt man fest, dass da teilweise recht schiefe Verteilungen vorhanden sind. Schiefe Verteilungen können immer schwierig durch einen Mittelwert und eine Standardabweichung abgebildet werden. Deswegen hätte ich die Bitte, ob Sie hier auch die Anregung weitergeben könnten, dass einfach noch das Häufigkeitsdiagramm und der Median dargestellt werden. Der Median ist die statistische Größe, wo 50 Prozent darüber und 50 Prozent darunter liegen; er ist eine relativ robuste Größe für den mittleren Wert. Das wäre hier hilfreich. Das ist in meinen Augen kein größeres Problem; das kann mit jedem Excel-Programm gemacht werden.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, dann würde ich die Geschäftsstelle bitten, dass sie diese Anregung von Herrn Kudla zusammen mit der vergleichbaren Anmerkung von Herrn Thomauske mit den Leuten von Dialogik bespricht, damit sie da eine Überarbeitung machen. Ansonsten würde ich anregen, dass wir insgesamt das zurückstellen, wie wir es gerade besprochen haben, und dann persönlich mit den Wissenschaftlern sprechen. - Dann Herr Müller bitte noch.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

**Michael Müller** (Vorsitzender der Kommission): Bei der Veranstaltung am 20. Juni ist es ja leider mit den Vertretern von ENTRIA nicht so glücklich gelaufen. Da wir jetzt bei der Auswertung sind, können wir hier einmal sagen, ob wir die hierher oder in die Kommission einladen wollen? Dazu hätte ich gerne eine Willensbildung; denn irgendwann müssen wir ihnen das ja klar sagen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Wir haben das momentan unter Tagesordnungspunkt 10, Verschiedenes; aber wir können das gerne auch vorziehen. Ich vermute, dass die wenigsten bislang das Bürgergutachten gelesen haben. Ich kann mich als jemand benennen, der es gelesen hat. Ich fände es sehr gut, wenn es behandelt würde. Ich weiß jetzt nicht, wieweit es die anderen schon gelesen haben. - Ich sehe Nicken.

(Michael Müller (Vorsitzender der Kommission): Wir haben es allen zugeschickt!)

- Also, ich denke, es würde der AG gut zu Gesicht stehen, dass sie eine Einladung hier in die Arbeitsgruppe ausspricht.

**Michael Müller** (Vorsitzender der Kommission): Die Einladung kommt sowieso, es geht nur darum wohin, in die Kommission oder hier.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ich würde auch sagen, erst einmal hier.

**Michael Müller** (Vorsitzender der Kommission): Und wann? Nach der Sommerpause?

(Heiterkeit)

- Damit meine ich nicht so spät im Jahr. Das sage ich auch für die, die lachen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, wir haben ja schon Vorstellungen zur Schwerpunktbildung für die September-Sitzungen. Das hängt jetzt ein

bisschen davon ab, wie wir uns zu dem ThemaASSE verhalten. Es hängt auch ein bisschen davon ab, wie wir uns zu dem Thema Anhörung zum Vetorecht verhalten. Ich würde sagen, wir machen die Einladung für eine der ersten drei Sitzungen, für die erste sicherlich nicht. Also ist die Frage, ob wir es am 21. September oder am 16. Oktober machen. In einer der beiden Sitzungen machen wir es, okay?

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 5 und haben fünf Minuten gewonnen.

#### **Tagesordnungspunkt 5**

##### **a) Umsetzung des Beteiligungskonzepts**

aa) Stand der laufenden Vergaben

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Dazu gibt es zunächst den Unterpunkt aa) Stand der laufenden Verfahren. Ich möchte Herrn Janß nicht bevormunden, aber natürlich auch Zeit gewinnen. Ich teile Ihnen jetzt einfach mit, dass die Angebotsfrist für das Themenfeld Beteiligungsmanagement morgen abläuft. Die Frist für die Workshop-Reihe mit Vertretern der Regionen läuft am 20. Juli ab, die Frist für die Workshop-Reihe mit jungen Erwachsenen und Beteiligungspraktikern am 22. Juli.

Zunächst wäre die Frage an Herrn Janß und gegebenenfalls auch an Herrn Müller, ob wir es denn vor diesem Hintergrund tatsächlich schaffen, dass sehr kurzfristig die Verträge gemacht werden können, damit die zu Beauftragenden ihre Arbeit im August aufnehmen können und nicht erst Ende August einen Vertrag bekommen. Das ist mir eigentlich das Wichtigste. Wenn Sie dazu vielleicht noch einmal etwas sagen, weil wir ja auch ein Stück weit die Urlaubssituation reflektieren müssen.

**Dr. Eberhard Janß** (Geschäftsstelle): Danke schön. Gedrängter hätte ich jetzt eben den Sachverhalt auch nicht vorstellen können.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Die Angebotsfristen sind im Abstand von rund zwei Tagen getaktet. Wir müssen alles tun - das ist richtig -, damit Aufträge zügig vergeben werden können. Das setzt voraus, dass wir im Prinzip die Angebote so, wie sie kommen, auswerten.

Es wird sich, nehme ich an, noch einmal ein Abstimmungsprozess innerhalb der Arbeitsgruppe 1 anschließen, wer denn letztlich den Zuschlag erhalten soll - dazu wird die Geschäftsstelle auch wieder einen Vorschlag unterbreiten -, sowie insbesondere daran anschließend auch noch einmal das Umlaufverfahren mit Vorsitzenden und AG-Vorsitzenden, in dem dann über die letztliche Zuschlagsempfehlung befunden werden soll. Die Fristen können und müssen wahrscheinlich entsprechend kurz gesetzt werden, damit das alles, wie von Ihnen skizziert, zeitnah auf den Weg gegeben werden kann. - Konkreter, mit Daten versehen, kann ich den Ablauf im Moment nicht beschreiben.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, da bleibt nur der Appell, dass diejenigen, die Angebote schreiben müssen, nicht immer deutlich kürzere Zeiten haben als diejenigen, die dann über die Angebote befinden. Also, es müssen wirklich sehr kurze Zeiten sein.

Angesichts der Angebotsfrist 22. Juli könnte ich mir vorstellen, dass sich die AG 1 in einer Art Selbstverpflichtung dafür aussprechen könnte, dass wir das innerhalb von 48 Stunden freigeben. Das müsste dann aber hier abgestimmt sein, weil sich Herr Janß das anderenfalls möglicherweise nicht trauen würde. An seiner Stelle würde ich es mir auch nicht trauen, wenn wir hier nicht ausdrücklich zusagen würden, wir sind bereit, innerhalb von 48 Stunden unser Votum abzugeben, weil die Vorsitzendenrunde möglicherweise 72 Stunden braucht, wenn dann noch einmal wieder ein Wochenende dazwischenkommt.

Ich würde dies also vorschlagen und sehe einiges Nicken. - Das Nicken verbreitet sich, also: Die

AG 1 würde den Vergabevorschlag der Geschäftsstelle innerhalb von 48 Stunden bewerten und dann wieder in das Verfahren zurückgeben. - Herr Sommer bitte.

**Jörg Sommer:** Eine ganz kurze Frage, Herr Janß: Können Sie den Stand der Angebote rein quantitativ einmal kurz skizzieren?

**Dr. Eberhard Janß (Geschäftsstelle):** Das kann ich aktuell sehr einfach quantifizieren. Die erste Angebotsfrist endet, wie aufgezeigt, morgen, weitere Angebotsfristen einige Tage später.

**Jörg Sommer:** Nicht die Fristen. Liegen Angebote vor?

**Dr. Eberhard Janß (Geschäftsstelle):** Ich muss die Antwort etwas allgemeiner halten. Wir haben den Bietern auf Nachfrage mitgeteilt, dass die Möglichkeit besteht, Angebote per E-Mail auch elektronisch zuzuleiten. Das schien im Hinblick auf Fristen angemessen und notwendig. Darauf müssen wir im Moment warten. Ich nehme an, dass in weiten Teilen die Fristen vollständig ausgereizt werden.

(Zuruf: Also bis jetzt kein Angebot?)

- Im Moment liegt noch nichts vor.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, da sind wir in laufenden Vergabeverfahren.

#### **Tagesordnungspunkt 5**

- a) **Umsetzung des Beteiligungskonzepts**
- bb) Stand der Vorbereitung der weiteren Vergaben
- c) **Vorschlag von Jörg Sommer zu Offerten an kritische Gruppen**

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ich würde jetzt überleiten zu der Frage Stand der Vorbereitung

der weiteren Vergaben und möchte dem vorstellen, dass wir die Ihnen zugeleiteten Bieter bitte hier nicht benennen. Sie sollten nicht über Mikrofon benannt werden, weil es wirklich wettbewerbsverzerrend wäre, wenn jemand mitbekäme, wer hier als potenzieller Bieter geführt wird und wer nicht. Deshalb bitte ich da jetzt Obacht zu geben, wenn jemand die entsprechenden Unterlagen aufschlägt.

Ich werfe nunmehr die Frage zunächst zu der Fachveranstaltung mit Online-Workspace auf, ob es dazu Anmerkungen gibt. - Eine Anmerkung hatte mir schon vor Beginn der Sitzung Herr Fox gemacht. Wollten Sie sie freundlicher Weise noch einmal hier einbringen?

**Andreas Fox:** Ja, sehr gerne. Es geht mir darum, dass der Input in diese Arbeit deutlicher vorderstrukturiert wird. Ich möchte daran erinnern, dass ich vor dem Bürgerdialog am 20. Juni hier in zwei Sitzungen nachgefragt habe, wie denn die Inputpapiere entsprechend sich gestalten, und darauf gab es nur sehr allgemeine Antworten.

Im Ergebnis gab es dann die Arbeitsgruppe am 20. Juni zu Alternativen zur tiefen Endlagerung, und da tauchte dann plötzlich die Transmutation auf. Das ist ja in der Kommission generell schon einmal sehr kontrovers diskutiert worden. In diesem Zusammenhang hier bedeutet das ja letztlich, dass man den definitiven Ausstieg aus der Atomenergie infrage stellt, wenn man meint, mit Transmutation irgendwelche Probleme später lösen zu können, wofür man ja bekannterweise Kernenergie, möglicherweise Schnelle Brüter und ähnliche Einrichtungen braucht. Transmutation heißt ja ganz klar, kein Ausstieg aus der Atomenergie. Das würde ja die Arbeitsgrundlage auch dieser Kommission völlig infrage stellen.

Von da aus war das für mich eine gewisse Überraschung, und deswegen halte ich es auch tatsächlich für notwendig, dass die inhaltliche Vorbereitung dieser verschiedenen Arbeitsgruppen

und Workshops doch ein bisschen klarer vorher in den Fokus genommen wird.

Dafür würde ich ein abgestuftes Verfahren vorschlagen, dass man eine vorläufige Einladung online stellt, etwa sechs Wochen vor den jeweiligen Workshops, dass man mit dieser Einladung auch den Aufruf verbindet, Papiere dazu zu erstellen, Stellungnahmen dazu zu entwickeln, call for papers, dass man danach etwa drei Wochen vor der Veranstaltung auch darüber entscheidet, welche Referenten möglicherweise zusätzlich, über das bisher vorgesehene Programm hinaus, dort mit aufgenommen werden, mit tätig werden sollen, eingeladen werden, und dies dann auch zwei Wochen vor der Veranstaltung veröffentlicht, so dass dann die aktuelle, vielleicht überarbeitete, vielleicht erweiterte Referentenliste dort online veröffentlicht wird und auch die entsprechenden Inputpapers, Positionspapers dort dann auch zwei Wochen vor der Veranstaltung online gestellt werden, sodass diejenigen, die sich dafür interessieren, sich auch entsprechend vorbereiten können.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ja, vielen Dank, Herr Fox. Ich glaube, dass Sie diesen Beitrag noch einmal ein Stück weit wiederholen müssten, wenn wir am 3. September dann diejenigen einladen, die Auftragnehmer der Formate sind, weil sie uns dann eine Feinjustierung schulden.

Was die Workshops angeht, gibt es ja Überschriften. Das eine ist das Themenfeld derer, die aus der Region kommen. Da wird es wichtig werden, dass dann ein Vorschlag gemacht wird, was die Regionenvertreter an Diskussionen führen sollten. Da könnte man das, was Sie gesagt haben, ein Stück weit mit einbauen.

Das Zweite ist die Workshop-Reihe mit denjenigen, die Beteiligungsexperten und junge Erwachsene sind. Sie wollen wir natürlich darauf ver-

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

pflichten, dass sie sich viel mit dem Beteiligungskonzept befassen. Aber man könnte das auch in einer ähnlichen Weise schon dialogisch anlegen.

Jetzt geht es um die Frage der Fachveranstaltung, die wir ausschreiben wollen, und für diese Fachveranstaltung habe ich das Verständnis, dass die inhaltliche Auswahl der Themen oder des Themas sehr stark bei der AG 3 liegt; denn das ist der Baustein, in dem wir uns jetzt gerade nicht mit Beteiligung befassen; vielmehr wollen wir ein Instrument ausprobieren: Wie kommen wir an Fachleute heran, die eben nicht nur im Internet herumtalken, -chatten, sondern die wir in dieser intensiven Form befassen wollen?

Deshalb gucke ich da auch Herrn Thomauske und Herrn Kudla an, dass wir da dann bitten, dass dieses Format Fachveranstaltung eigentlich relativ bald von der AG 1 über den Auftragnehmer, der die Fachveranstaltung machen wird, dann eigentlich an die AG 3 übergeht und dass diese Arbeitsgruppe hier sich mit dem Beteiligungskonzept identifiziert und sagt, wir haben eine bestimmte Vorstellung, wie eng die Thematik dann sein wird oder ob man da auch einen solchen call for paper auslegt. Da würde ich mich jetzt nicht einmischen wollen, weil wir einfach einen Auftragnehmer haben, der uns ein Konzept liefern soll, und wir haben die AG 3, die in der Verantwortung stehen muss, einen wichtigen Beitrag ihrer Arbeit mit der Fachöffentlichkeit zu diskutieren, und da wollen wir das ja ausprobieren, ob so etwas funktioniert. - Herr Kudla.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Das wird die AG 3 sicherlich machen; es ist auch in der AG 3 schon diskutiert worden, dass sie sich speziell bei der Fachveranstaltung einbringt.

Kurz noch eine Anmerkung zu dem, was Herr Fox zur Transmutation gesagt hat; wir waren in derselben Fokusgruppe: Die Transmutation war - wie soll ich sagen? - etwas ein Sonderthema hier, was aber speziell durch eine Person in der

Fokusgruppe so hinein kam, die das ganz vehement vertreten hat. Ich würde die Diskussion über die Transmutation jetzt nicht als repräsentativ für andere Punkte ansehen. Das war jetzt bei uns so; aber das war nicht unbedingt repräsentativ für den Rest.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Da würde ich bitten, dass jetzt nicht darüber diskutiert wird, weil das Kaffeepause ist. Das können wir jetzt wirklich nicht mitten in dem Tagesordnungspunkt machen; da bin ich jetzt ein bisschen streng und würde Angebote zur Kommunikation mit kritischen Gruppen und den Vorschlag aufrufen - -

(Jörg Sommer meldet sich zu Wort)

- Wollen Sie jetzt zu Transmutation diskutieren? - Bitte.

**Andreas Fox:** Kein Wort dazu, aber doch ein Wort zum Vorgehen. In dem Vorschlag Fachveranstaltung und Online-Workspace wird der Rahmen der organisatorischen Umsetzung sehr ausführlich dargestellt. Da gibt es dann hier auf der Seite 2 mindestens acht Unterpunkte, angefangen bei eventuell erforderlichen Anmeldungen der Veranstaltung etc. pp. Die inhaltliche Ausgestaltung ist in keiner Weise angesprochen; nur nachher gibt es kleine Hinweise, es gibt Abstimmungsbedarf entsprechend mit den AG-Vorsitzenden.

Aber es wäre doch notwendig, wenn man das etwas nach außen hin öffnet, was wir ja auch hier als Vorschlag gemacht haben, dass Leute und Gruppen, die sich da bisher wenig beteiligt haben, ebenfalls die Chance haben, bei allen Veranstaltungen ihre Kompetenzen einzubringen. Wenn man das also in dieser Form etwas öffnen möchte, sollte das für diese Ausschreibungen dann auch einen strukturierten Rahmen bekommen.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Dazu wäre doch der Vorschlag, dass jetzt auch ganz konkret Folgendes dort mit aufgenommen wird. Im Rahmen der inhaltlichen Ausfüllung der Präsenzveranstaltung sind vom Auftragnehmer zwingend jedenfalls folgende Leistungen zu erbringen: Erstens Einladung mit abgestimmter Themenliste mit Links zu relevanten Papieren auch der Kommission sechs Wochen vor Veranstaltungstermin online zu stellen, einen call for papers online zu stellen, verbunden mit der Einladung, ebenfalls sechs Wochen vorher, dann abschließende, abgestimmte Festlegung von Referenten und Einladung drei Wochen vor dem Termin und schließlich eine abgestimmte Themen- und Referentenliste gegebenenfalls mit Inputpapieren zwei Wochen vor dem Termin online zu stellen.

Das wäre der Vorschlag, um hier sehr konkret den offeneren Rahmen für die inhaltliche Vorbereitung zu beschreiben, die eben nicht nur intern stattfindet, sondern auch die Chance bietet, die Beteiligung eben auch von Öffentlichkeit und von interessierter Fachöffentlichkeit dann erweitert hier möglich zu machen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, ich stelle das zur Diskussion. - Herr Kudla bitte.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Sie sprachen jetzt zu der Fachveranstaltung, die hier konzipiert werden soll. Mir ist auch noch nicht ganz klar, wie diese Fachveranstaltung eigentlich ablaufen soll. Es müssen ja bestimmte Themenblöcke vorgegeben werden. Wer gibt sie vor? Gibt sie die Agentur vor, die das Ganze organisiert, oder geben wir sie vor?

Normalerweise wird bei Fachveranstaltung ein Scientific Committee gegründet, das insgesamt die Themen hierfür festlegt und die entsprechenden eingegangenen Papervorschläge auch bewertet. Ich weiß nicht, wo wir das einmal besprechen; aber das muss irgendwann einmal besprochen werden.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ich würde Sie bitten, dass wir dann das Beteiligungskonzept unter Ziffer 3.2.5 aufrufen, 3.2.3, weil dies ein Teil der Beschreibung ist. Ich habe es bis jetzt so verstanden, dass wir das dann eben zusammen mit der AG 3 machen und dass der Auftragnehmer, weil er ja das Feintuning vornehmen soll, natürlich zuvörderst die Aufgabe hat, zu überlegen, zu welchem Themenfeld und in welcher Art und in welcher Beteiligung diese Fachveranstaltung durchgeführt werden soll.

Wenn wir in diesem Sinne noch sehr viel Weiteres vorgeben würden, würden wir eine andere Frage, die hier schon gestellt wurde, ob man einen Organisator oder einen Konzeptgeber sucht, in Richtung Organisator kippen lassen. Ich würde das schon so sehen wollen, dass da jemand noch sich dann tatsächlich - -

Im Gesamtkonzept steht diese Fachveranstaltung dafür, die Fachöffentlichkeit einzubeziehen. Deshalb kann ich mit Herrn Fox' Vorschlag auch nur bedingt etwas anfangen, da letztendlich eine eher breitere Beteiligung damit angestrebt wird. Ich will es aber auch nicht ausschließen. Das ist eben eine Frage der Feinkonzeptionierung. Aber es müsste natürlich die Fachveranstaltung in einer besonderen Weise dann auch geeignet sein - -

Zur Fachöffentlichkeit zählen unter anderem die Genehmigungs- und Zulassungsbehörden der Bundesländer, Regionalplaner, Umwelt- und Gesundheitsexperten sowie Beschäftigte der Atomkraftwerke und weiterer Einrichtungen der Nuklearindustrie. Die Fachöffentlichkeit als Zielgruppe ist unstrittig.

Dann haben wir 3.2.4; die Oberüberschrift lautet:

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Welche Kriterien gelten bei der Standortsuche? Wie bleiben Fehler bei Suche und Lagerung korrigierbar?

Dort heißt es:

Das Thema ist von wissenschaftlichen Fragen der Geologie, Raumplanung und Bergbautechnik geprägt. ...

Es ist daher notwendig, die technische Debatte so nachvollziehbar wie möglich zu machen, sodass interessierte Laien aus allen relevanten Interessensgruppen die Sicherheitseinschätzungen auf Plausibilität prüfen können.

Zielgruppe: Engagierte Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit

(Andreas Fox: Genau!)

Also:

Aufgrund der inhaltlichen Komplexität sollte dieses Thema von Vertretern der engagierten Öffentlichkeit gemeinsam mit Vertretern der Fachöffentlichkeit behandelt werden. Aufgabe dieser Vertreterinnen und Vertreter ist es, ihre Schlussfolgerungen an die Teilöffentlichkeiten weiterzugeben, in denen sie Vertrauen genießen.

Gut, ich glaube, dass es keinen Widerspruch gibt, wenn wir diesen Formulierungsvorschlag von Herrn Fox sozusagen in der Relativierung aufnehmen, dass wir sagen: Bei der Feinkonzeptionierung sollten folgende Überlegungen Berücksichtigung finden. Dann haben wir Herrn Fox aufgenommen und würden umgekehrt dann aber jetzt

das nicht endgültig vorschreiben, denn alles ist noch relativ allgemein. Aber ich würde vorschlagen, wir nehmen das mit auf; es liegt hier schriftlich vor, und Sie, Herr Janß, würden das bitte dann dahin gehend ergänzen, dass wir quasi bitten, diese Gesichtspunkte mit in die Feinkonzeptionierung aufzunehmen.

(Dr. Eberhard Janß (Geschäftsstelle) nickt)

Herr Kudla, bitte.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Ich hätte nur noch die Bitte, dass die Feinkonzeptionierung auch mit der AG 3 abgesprochen wird.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Da brauchen Sie wirklich keine Sorge zu haben. Wir werden das, soweit es geht, auf die Arbeitsgruppe 3 übertragen. Dafür haben wir dann momentan ja die Aufgabenstellung Beteiligungsmanager plus Feinkonzeptionierer, und die müssen das mit Ihnen schwerpunktmäßig besprechen. Wir wären froh, wenn das ein Format wäre, das die AG 1 nur peripher trifft. - Herr Thomaske, bitte.

**Prof. Dr. Bruno Thomaske:** Nachdem es jetzt gewissermaßen doch als eine Bibel genommen wird, was hier von DEMOS/Prognos vorgelegt worden ist, muss ich sagen: Mit den Formulierungen habe ich schon gewisse Probleme, wenn da steht, das Thema sei „von wissenschaftlichen Fragen der Geologie, Raumplanung und Bergbautechnik geprägt“, weil das lediglich eine Seite ist. Aber es geht um die Frage, was wir als störendes Element hineinbringen; das ist Hohlraum und Wärme, und auf die Interaktion von diesen beiden kommt es am Ende an. Dieser zweite Aspekt fehlt hier völlig, als wäre Endlagerung ein geologisch-bergbauliches Problem. Insofern möchte ich mein Angebot von vorhin so verstanden wissen, an diesen Punkten auch in die Formulierung hineinzugehen, weil ich das schlicht für zu kurz gesprungen halte.



Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Also, da würde ich jetzt bitten, dass wir darüber auch keine Debatte eröffnen, weil es ja eindeutig so ist, dass wir so vorgegangen sind, dass DEMOS/Prognos an dieser Stelle jetzt einen Grobvorschlag macht, und deshalb geben wir jetzt relativ viel Geld dafür aus, dass es zu einem Feinkonzept kommt, und natürlich muss das Feinkonzept dann stehen. Aber wir sollten uns jetzt nicht in dieses DEMOS/Prognos-Papier an dieser Stelle weiter vertiefen. Ich habe es jetzt ausschließlich genommen, um uns gemeinsam in Erinnerung zu rufen, welcher Grobrahmen da abgesteckt ist. Das ist jetzt keine Frage des Wordings, das ist wirklich nur ein Grobrahmen, der die Leistungsbeschreibung mit umfasst. Der wird eben Teil der Leistungsbeschreibung und muss dann feiner gestrickt werden. - Herr Müller, Herr Jäger.

**Michael Müller** (Vorsitzender der Kommission): Ich habe bei dem Papier ein bisschen auch meine Schwierigkeit, bei dieser Unterteilung zwischen kritischer Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit, als ob die kritische Öffentlichkeit keine Fachöffentlichkeit sei und umgekehrt auch. Ob das so besonders hilfreich ist und ob das nicht Emotionen hervorruft, wage ich doch sehr zu bezweifeln. Ich würde gerade bei solchen Punkten - Entschuldigung, wenn ich das sage - doch sehr darauf achten, dass das ein bisschen sensibler formuliert wird.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Wir haben eine Definition für die engagierte Öffentlichkeit. Wir sprechen hier nicht von der kritischen Öffentlichkeit. Das kann nicht sein; ich habe es ja gerade vorgelesen. Es geht um die engagierte Öffentlichkeit.

(Zuruf: Genau! - Michael Müller (Vorsitzender der Kommission): Nein, nein, da steht „kritische Öffentlichkeit“!)

Wir haben für die engagierte Öffentlichkeit die Definition, dass es Menschen sind, die bereit

sind, sich auch zwei Tage intensiv irgendwo einzuschließen, und wir haben die Diskussion, was kritisch und engagiert ist, in einer anderen Weise hier geführt. Ich weiß nicht, was das jetzt soll.

(Zuruf von Andreas Fox : Seite 24!)

Es ist unstrittig, dass wir den Begriff der kritischen Öffentlichkeit verwenden. Nur bezieht sich die Fachveranstaltung auf die engagierte Öffentlichkeit. Das ist völlig unstrittig, dass es die kritische Öffentlichkeit auch gibt. Kritische Öffentlichkeit, Seite 24, ja,

(Zuruf von Michael Müller - Vorsitzender der Kommission)

und die engagierte Öffentlichkeit Seite 23:

Unter engagierter Öffentlichkeit ist ein unbestimmter Kreis von Personen gemeint, die in Sachen Atompolitik und Endlagersuche bereits über einiges Vorwissen verfügt. Diesen Personen wird weiterhin die Bereitschaft zugeschrieben, sich an Veranstaltungen zu beteiligen, die über 1 bis 2 Tage organisiert sind.

Also, das ist jetzt momentan für die Fachveranstaltung erst einmal noch der Bezugsrahmen.

Gut, dann wäre als Nächstes - - Herr Jäger, Sie waren noch auf der Rednerliste. Bitte!

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ja, ganz kurz. Wir sprechen doch jetzt über die Eckpunkte zur Angebotseinholung, und darauf sollten wir uns jetzt vielleicht konzentrieren, wobei ich noch einmal meine Einschätzung unterstreichen will: Die Arbeitsgruppe 3 muss am Ende in der Tat die Themen vorgeben; denn wir sollten ja von uns aus die

Themen identifizieren, von denen wir der Meinung sind, es ist wichtig, dass wir hier den Diskurs mit der engagierten Öffentlichkeit geführt haben. Das heißt, das muss passieren.

Herr Fox, die Frage wäre für mich: Was muss man aus Ihren Formulierungsvorschlägen denn jetzt übernehmen, damit der potenzielle Auftragnehmer ein richtiges Bild hat, was denn da auf ihn zukommt? Wenn die Botschaft die Fachthemen sind, so sind sie ja in diesem Konzept kurz skizziert, sie sind umrissen, und ansonsten werden sie in der Arbeitsgruppe 3 noch einmal präzisiert, und dann müsste das eigentlich für den potenziellen Auftragnehmer klar sein. Mir schienen Ihre Hinweise mehr in die Richtung zu gehen: Was muss er tun, damit sichergestellt ist, dass diese Fachveranstaltung ordentlich vorbereitet und mit den entsprechenden Unterlagen und Fristen versehen ist? Das könnten wir ja möglicherweise noch da hinein formulieren. Aber die Themen sollten wirklich von der Arbeitsgruppe 3 kommen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ich würde Sie jetzt bitten, dass wir das so halten, wie es momentan vorliegt. Da ist eine bestimmte Abstraktion, um das vorsichtig auszudrücken, in den Eckpunkten und auch in den früheren Beschreibungen. Wir werden die Konturierung nur im Dialog hinbekommen. Ich glaube, weil sich alle jetzt unstreitig dafür ausgesprochen haben, dass die Inhalte aus der AG 3 kommen, ist es auch gewährleistet.

Das, was Herr Fox jetzt mit anregt, ist methodisches Vorgehen, das mit eingebunden werden kann, aber das jetzt nicht in eine andere Richtung führt, was Herr Fox auch gar nicht vorhat.

Ich würde dann vorschlagen, dass wir den Punkt Fachveranstaltung online zusammen mit den Anmerkungen, die wir jetzt auch zu Protokoll genommen haben, und den inhaltlichen Ergänzungen von Herrn Fox so auf den Weg bringen.

Ich würde jetzt gerne überleiten und damit dann auch gegebenenfalls die Diskussion zu der Frage neu eröffnen, was kritische Öffentlichkeit ist; das haben wir jetzt. Jetzt kommen wir zu der Frage des Formats kritische Öffentlichkeit. Wir haben uns tatsächlich seit vielen Monaten darauf verständigt, dass wir diejenigen, die der Arbeit der Kommission sehr kritisch gegenüberstehen, als kritische Öffentlichkeit bezeichnen, obwohl Herr Thomaske uns schon vor Monaten darauf aufmerksam gemacht hat, dass er sich auch als einen kritischen Geist versteht, während wir ihn aber nicht als jemanden eingestuft haben, der der Kommissionsarbeit sehr ablehnend gegenübersteht. Es ist eben ein Wording.

(Prof. Dr. Bruno Thomaske: In diesem Punkte schon! - Heiterkeit)

Es ist eine Sache des Wordings, und Herr Müller hat es jetzt auch noch einmal aufgerufen. Wir haben einfach keinen besseren Begriff gefunden und haben gesagt, okay, wir verwenden für das Beteiligungskonzept diesen Begriff, weil wir eben ein gemeinsames Verständnis dazu entwickelt haben, wohl wissend, dass es dazu immer noch dieses Definitionssatzes bedarf. Aber insbesondere bedarf es natürlich des Zugangs zu dieser Öffentlichkeit.

Hinsichtlich des Zugangs zu dieser Öffentlichkeit gibt es jetzt zwei unterschiedliche Elemente. Das eine Element ist das, was wir noch mit folgendem Schlagwort in dem Beteiligungskonzept haben: Ist möglicherweise der Dokumentarfilm eine Brücke? Ich möchte es nur in Erinnerung rufen.

Dazu hat Herr Janß, hat die Geschäftsstelle jetzt verallgemeinernd eine Angebotseinholung vorbereitet, bezogen auf die Frage: Wollen wir jemanden auf den Weg schicken, den Brückenschlag zu versuchen? Zum Zweiten haben wir das Papier von Herrn Sommer, der uns verschiedene Formate vorgestellt und vorgeschlagen hat, wie wir den Brückenschlag vielleicht finden könnten.

Ich würde diese beiden Sachen so aufrufen wollen, dass wir zunächst über die Vorschläge von Herrn Sommer sprechen und dann darüber entscheiden, ob und inwieweit es dann in Verfolgung solcher Vorschläge oder in Verfolgung unserer alten Vorgehensweise Sinn macht. Der alte Vorschlag war, dass wir sagen, wir wissen es nicht genau, vielleicht ist der Dokumentarfilm gar keine schlechte Idee. Da hatten wir uns dafür ausgesprochen, einen bestimmten Betrag auszuloben, damit jemand auslotet, ob das ein Element eines Brückenschlags sein sollte. Das möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen. Es war nicht gedacht und würde nicht ausgeschrieben werden, jetzt den Dokumentarfilm als Ziel oder als Brücke schon einzuordnen. Das wurde nur einmal als durchaus als interessant einzustufendes Format in den Raum gestellt.

Also haben Sie bitte, wenn wir jetzt über die Vorschläge von Herrn Sommer diskutieren, im Hinterkopf, dass dann eben die Frage ist: Brauchen wir auf der Ebene der Konzeptfindung dann noch einen Dienstleister, oder würden wir uns schon näher an das anlehnen, was Herr Sommer vorschlägt?

Haben Sie bitte auch noch im Hinterkopf, dass Herr Müller uns in der letzten Sitzung der Kommission berichtet hat, dass er speziell eine Angebotsbrücke überlegt, zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Gorleben, und zwar mit dem Schlagwort: Gibt es so etwas wie das Gorleben-Archiv als einen neutralen Ort?

Mit dem neutralen Ort kommt dann noch einmal das wieder auf, was diejenigen berichten konnten, die in Loccum waren. Es war eine zentrale Vorstellung in Loccum, dass es doch sinnvoll sein könnte, sowohl Vertreterinnen und Vertreter der Kommission als auch Vertreterinnen und Vertreter dieser kritischen Öffentlichkeit, dieser uns nicht sonderlich zugeneigten Öffentlichkeit,

was die Kommission angeht, nicht in die Kommission einzuladen, sondern an einen neutralen, an einen dritten Ort.

Letzter Satz von mir: Loccum steht meiner Ansicht nach auch dafür, Themen zu identifizieren, und ein Thema sollte nicht die Kommissionsarbeit sein, sondern Thema sollte dann entweder das Standortauswahlverfahren oder das sein, was in Loccum besonderes Gewicht hatte und was auch Frau Donat hier vorgetragen hat: Wie halten wir es mit dem Umgang mit der Anti-Atom-Bewegung in der Vergangenheit? Inwieweit ist das auch ein Themenfeld, in dem wir diesen Brückenschlag suchen sollten?

Jetzt würde ich Herrn Sommer erst einmal das Wort geben wollen und mit dieser Einbettung der Diskussion eben deutlich machen, dass wir jetzt etwas breiter werden, als nur die Frage des Stands von Vergaben zu erörtern respektive Vergabeverfahren vorzubereiten; vielmehr müssen wir uns noch einmal inhaltlich positionieren, was wir eigentlich haben wollen. - Ich würde Sie bitten, Herr Sommer, dann Herr Becker.

**Jörg Sommer:** Ja, bei dieser Einleitung bin ich völlig bei Ihnen. Es geht, um das vielleicht auch gleich zu relativieren, bei diesen Vorschlägen auf keinen Fall darum, das alles zu tun, und es geht auch auf keinen Fall darum, dass diese Vorschläge in irgendeiner Reihenfolge oder Hierarchie hier wahrzunehmen sind; vielmehr sind sie das Ergebnis eines Brainstormings, bei dem auf unserer Seite ungefähr ein Dutzend Menschen beteiligt war, die zum Teil auch dieser kritischen Öffentlichkeit angehören.

Es geht darum, einmal auszuloten: Was könnte man sich vorstellen? Ich sehe das jetzt eher als Speisekarte, aus der wir eventuell einzelne Angebote jetzt gleich streichen, weil wir sagen, die würden wir auch nicht für sinnvoll erachten, selbst wenn sie auf der anderen Seite angenommen werden würden.

Hintergrund war der Sachverhalt, dass die Rezeption unseres Beteiligungskonzeptes mit dieser Idee des Dokumentarfilms aufseiten der kritischen Öffentlichkeit teilweise mit einer gewissen Häme angenommen wurde, die da, in der Formulierung zugespitzt, lautete: Sie versuchen sich mit einem solchen Film um einen Diskurs herumzudrücken.

Das war ja nicht unsere Absicht. Unsere Absicht war, mit einem solchen Film ein niederschwelliges Angebot zu eröffnen, sich ohne Verbindlichkeit und Vereinnahmungsängste mit uns auseinanderzusetzen. Scheinbar scheint dieses Dokumentarfilmangebot alleine so noch nicht überzeugend genug zu sein. Die Frage ist: Brauchen wir Alternativen? Brauchen wir Ergänzungen?

Ich denke, am Ende - ich will der Diskussion jetzt nicht ganz vorgreifen - wäre es wirklich am sinnvollsten, wir würden versuchen, jemanden zu finden, der diesen Brückenschlag erst einmal setzt und sowohl diese Dokumentarfilmidee als auch einige Ideen aus diesem Papier mitnimmt und einmal austestet und schaut, was bei diesen Gruppen unter Umständen akzeptierbar wäre. Das würde ich eigentlich nachher für das Verfahren halten. Aber jetzt sind die einzelnen Vorschläge hier gerne zum Abschluss freigegeben.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Becker, bitte.

**Thorben Becker:** Ich will natürlich nichts davon abschließen. Aber hier sind wir jetzt, glaube ich, tatsächlich bei dem Problem, das ich heute Morgen angesprochen habe.

Das war ja auch ein intensives Thema bei der Diskussion im World Café am 20. Juni. Es gibt Ergebnisse daraus, und wir diskutieren auf einer anderen Grundlage und wollen dann eine Angebotseinholung einleiten. Das halte ich tatsächlich für schwierig. Zumindest muss man es dann so

offen gestalten - es ist ja schon relativ offen gestaltet -, dass sich das, was in der Fortschreibung des Konzepts an Wünschen und an Erwartungen klar formuliert ist, auch in dem widerspiegeln kann, was dann da gemacht wird.

Wenn wir jetzt in diesem Bereich noch einmal in eine tatsächliche Auftragsvergabe gehen, dann sollte es sich meines Erachtens vor allen Dingen erst einmal mit dem Thema beschäftigen, das - so habe ich es am 20. Juni verstanden - als Wunsch eindeutig war, nämlich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit, damit, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, und Ähnlichem. Das steht ja auch eindeutig in dem Papier von Frau Dirks.

Ich halte es für etwas schwierig, dass ausgerechnet der Dokumentarfilm jetzt das Instrument ist, um auch diese neue Aufgabe zu lösen; da habe ich so meine Bauchschmerzen, ehrlich gesagt. Aber das ist ja als Wunsch eindeutig, und deshalb hielte ich es schon für gut, wenn man das tatsächlich dann auch zumindest als einen wichtigen Baustein dessen, was da an Konzept erarbeitet werden soll, hineinschreibt, auch wegen dieser anderen Geschichten, wegen der Dinge, die Herr Sommer vorgestellt hat, und Ähnliches.

Mein Gefühl auch nach der Diskussion in Loccum - das haben Sie ja vorhin angesprochen - ist: Wenn man da wirklich einen ernsthaften Dialog will, dann braucht es einen neutralen Ort, und natürlich kann die Kommission diesen neutralen Ort auch nicht durch die Vergabe an einen noch so gutwilligen Auftragnehmer liefern, weil dies dann im Auftrag der Kommission geschieht, oder es ist zumindest schwierig, sage ich mal, wenn der das anschiebt.

Ich will das jetzt gar nicht völlig ausschließen, aber ich glaube, man sollte das vor allen Dingen auf das konzentrieren, bei dem wir als Kommission dann tatsächlich auch etwas Vernünftiges auf den Weg bringen und vernünftige Ergebnisse produzieren können, was überhaupt nicht heißt,

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

dass man irgendwie diesen Dialog nicht will, ganz im Gegenteil. Aber es ist bislang - so sehe ich dass jedenfalls - noch kein wirklich komplett einleuchtender Vorschlag auf dem Tisch, wie das durch eine Initiative der Kommission auf den Weg gebracht werden kann.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Meister.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ich würde voll zustimmen, Herr Becker, und ich glaube, da liegt nach wie vor auch das Grundproblem, das wir nicht lösen können. Wenn es eine mehrfach formulierte grundsätzliche Ablehnung von bestimmten Teilen der kritischen Öffentlichkeit gegenüber der Arbeit der Kommission gibt, wird jede Initiative und jedes Handlungsszenario, das aus der „Institution Kommission“ kommt, mit Skepsis oder Ablehnung beantwortet werden.

Deswegen bleibt es so, wie Herr Gaßner gesagt hat, der Wunsch, Themen, Orte, Personen zu finden und Szenarien zu entwickeln, die sich außerhalb des Ortes der Kommission und sozusagen des Institutionscharakters dieses Kreises abspielen, um überhaupt Möglichkeiten zu finden, eine Dialogstruktur zu entwickeln. Deswegen wäre meine Skepsis an dieser Stelle für eine Ausschreibung zum jetzigen Zeitpunkt sehr hoch.

Wir würden genau auf der Schiene agieren, dass wir auch mit den Möglichkeiten und „Chancen“, die wir haben, agieren, aber auf Augenhöhe auf informelle Situationen und Gespräche erst einmal weiterhin verzichten und ein Bündel von Angeboten austreuen oder Personen finden, die das dann für uns machen sollen. Die Zustimmung, die ich fände, wäre, bei Herrn Sommer zu sagen: Lassen Sie uns schon noch eine Phase der informellen Gespräche nutzen, bevor wir offiziell an dieser Stelle aktiv werden, weil dieses Offizielle automatisch Ressentiment und Abwehr auslösen wird, es sei denn, das, was dann in den Auftrag geht, wäre schon in den informellen Kon-

takten und Dialogen so substanziell ein gemeinsames Anliegen, dass wir sagen können, das machen wir, damit dieser Dialog zustande kommt.

Ich bin skeptisch hinsichtlich mancher dieser neun Punkte, ich halte sie für komplett unrealistisch; aber ich würde sie jetzt an dieser Stelle nicht herausnehmen, sondern ich würde das Tableau nehmen und diese informellen Gespräche befördern. Dazu müssten wir überlegen, durch wen das geschieht, in welcher Dauer, um dann vielleicht nach dem Sommer als Kommission so weit zu sein, dass wir mit einer Ausschreibung eines Verfahrens aktiv werden können, sodass wir diesen Dialog in einer anderen Qualität bekommen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Miersch, Herr Kudla, und dann habe ich mich selber auf die Liste gesetzt.

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Ich bin voll inhaltlich bei dem, was Herr Meister gesagt hat, ich warne davor, jetzt in irgendeiner Form in Ausschreibungen zu gehen. Ich glaube, dass sich die Punkte 7 und 9 in dem Konzept von Herrn Sommer für diese Geschichten voll eignen, wobei ich bei Punkt 7 skeptisch bin, ob das angenommen werden kann. Dennoch habe ich auch schon den Vorwurf gehört, dass die Kommission sich überhaupt nicht bemüht habe, einmal eine Einladung auszusprechen. Auch in Loccum war durchaus eine Überlegung, nach dem 20. Juni ganz bewusst das Ergebnis der alternativen Zusammenkunft über eine offizielle Einladung auch in die Kommission einfließen zu lassen.

Ich halte beides für möglich, aber würde dazu tendieren, dass man erst einmal den Punkt 9 wählt, also schon guckt, sich auf informeller Ebene anzunähern und dann alle weiteren Schritte zu besprechen. Ich würde allerdings in diesem Kontext von Michael Müller gerne noch einmal hören, was denn im Herbst da geplant ist, da wir nicht nebeneinanderher arbeiten sollten.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Ich weiß nicht, ob sich daraus etwas ableiten kann oder wie auch immer; dazu bräuchte ich Informationen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Kudla, und dann würde ich zunächst mich zurückstellen und Herrn Müller das Wort geben. - Herr Kudla, bitte.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Auch ich stimme dem zu, was Herr Meister gesagt hat. Ich möchte hier noch ergänzend von einem Gespräch berichten, das ich am Rande des Bürgerdialogs Standortsuche mit Herrn Ehmke von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg geführt hatte. Wir haben länger diskutiert, und ich habe ihn eingeladen in der Hoffnung, dass er auch zu unserer Veranstaltung kommen möge. Die Diskussion ging dann so hin und her über seine Ziele, über die Ziele der Bürgerinitiative.

Er hat gesagt, die Bürgerinitiative werde die Endlagerkommission kritisch begleiten. Ich habe gefragt: Was heißt „kritisch begleiten“, was heißt das konkret? Darauf hat er mir klar gesagt, die Bürgerinitiative habe das Ziel, einen gewissen Standort als Endlagerstandort zu verhindern. Das ist das Ziel der Bürgerinitiative. Die Bürgerinitiative hat nicht unbedingt das Ziel, im Rahmen einer Standortsuche hier ein Standortsuchverfahren zu entwickeln bzw. weiterentwickeln. Das ist aber unser Ziel, und das müssen wir unterscheiden. Die kritische Öffentlichkeit muss in meinen Augen klar bekennen, ob sie bei der Suche nach einem Standort, der die größtmögliche Sicherheit gewährleistet, was wir hier praktisch zum Ziel haben, mitmachen will oder ob sie gewisse Standorte nur verhindern will. Darüber müssen wir uns im Klaren sein; denn die Teile, die „nur“ gewisse Standorte verhindern wollen, die werden wir hier nicht einbeziehen können, weil sie sich nicht einbeziehen lassen. - So viel dazu.

Ansonsten bin ich auch dafür, dass man erst einmal versucht - wie soll ich sagen? - auf informellem Wege das Gespräch zu suchen; denn so kann in meinen Augen wesentlich besser Vertrauen aufgebaut werden. Das ist das alles Entscheidende.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Müller.

**Michael Müller (Vorsitzender der Kommission):** Erstens finde ich, dass wir unsere Arbeit sehr seriös und selbstbewusst machen müssen. Das ist unsere erste Linie. Alles andere ist ein notwendiger Dialog, den wir, wo immer es geht, führen, der aber hinter der Seriosität und der handwerklich sauberen Arbeit unserer Kommission steht.

Zu den Gruppen: Wir haben mit der Bürgerinitiative intensiv gesprochen, und da kam dieser Vorschlag, weil sie kein direktes Gespräch haben wollen. Wenn sie es nicht wollen, dann wollen sie es eben nicht. Dann ist es eben so, dass man über die Geschichte des Konfliktes im Archiv redet. Dazu habe ich mich auch bereit erklärt. Die Bürgerinitiative hat zugesagt. Sie wollte dann die Kommission einladen, und sicherstellen, dass einige Vertreter von ihnen zum Archiv kommen.

Ich will aber klar sagen, wo meine Grenze liegt: Wenn es da so eine Art Tribunal geben soll, stehe ich dafür nicht zur Verfügung. Es gibt nämlich Bestrebungen, so etwas zu machen. Das würde ich nicht mitmachen; dafür habe ich auch zu viel Selbstbewusstsein; so etwas braucht man auch nicht.

Darüber hinaus gibt es sozusagen den Dialog mit der Atommüllkonferenz, den ich auch für sinnvoll halte. Wir fahren da also doppelgleisig. Beides machen wir, wenn es sich ergibt, wobei wir mit beiden weiter informelle Gespräche führen. Mit Gorleben sollte aber spätestens nach der Sommerpause die Entscheidung getroffen sein. Wenn dann nichts vorliegt, dann muss man eben

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

sagen, dann machen wir es nur mit der Atom-  
müllkonferenz.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Vielen Dank, Herr Müller. Ich würde versuchen, das jetzt zunächst einmal so zusammenzufassen: Erstens besteht relativ breite Übereinkunft, dass wir momentan nicht einen Dienstleister auf den Weg schicken, sondern dass wir das aus eigener Kraft entwickeln. Das würde dann heißen, dass wir jetzt keine Vergabe vornehmen.

Zweitens haben sich viele Herrn Meister angeschlossen, dass wir uns in die Richtung bewegen, es solle das informelle Gespräch gesucht werden, und dieses solle auch ein Thema finden. Ich hätte eine Sympathie dafür - das ist jetzt nicht Zusammenfassung, sondern Positionierung -, dass man das Thema in der Richtung wählt, wie es Herr Becker genannt hat. Ich würde also nicht nur das Format setzen wollen, sondern auch ein Thema. Ob das Thema Vergangenheit richtig ist, sollten wir noch ein bisschen diskutieren. Was ich schlecht fände, wäre, dass man sich zusammensetzt und dann einmal guckt, was aus dem Format wird, denn dann wäre man wieder relativ schnell bei dem, was Herr Kudla gerade gesagt hat, also Ablehnung Gorleben, oder bei der Ablehnung der Kommission. Das würde ich nicht für sinnvoll erachten.

Aus der Arbeitsgruppe heraus würde ich ein Format wählen wollen, dass dann gezielt das macht, was Herr Becker der Veranstaltung vom 20. Juni sozusagen in den Mund legte und was nun klarer Gegenstand in Loccum war. Ein wesentliches Themenfeld wäre also der Umgang mit der Vergangenheit. Wenn ich dazu auch Nicken feststelle, dann könnte man als Letztes die Initiative mit aufnehmen, die Herr Müller gestartet hat.

**Michael Müller** (Vorsitzender der Kommission): Das war die ja, es ging ja um die Aufarbeitung.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Genau. Dann könnten sich möglicherweise Herr Sommer und Herr Meister mit Herrn Müller abstimmen, dass das dann weiterentwickelt wird. Es wäre jetzt eigentlich mein Vorschlag, dass man dem Petitum von Matthias Miersch gerecht wird, hier nicht parallel irgendetwas zu entwickeln, sondern das zusammenzuführen und die Ansätze, die Herr Meister schon gefunden hat, die Ansätze, die Herr Sommer gefunden hat, und die Ansätze, die Sie jetzt haben, zu etwas Konzeptionellem zu verdichten.

Möglicherweise wird es dann mehr als nur ein Gespräch, vielleicht zwei, drei Gespräche; aber da will ich jetzt nicht vorgreifen. Dann wäre dieser Vorschlag mit dem Gorleben-Archiv ein erster Termin. Nach meiner Auffassung wären alle gut beraten, wenn wir natürlich nicht nur wie das Kaninchen auf die Schlange starrten und nur Gorleben in Bezug nähmen, sondern auch daran dächten, dass es auch andere Teilöffentlichkeiten gibt, die eine große Skepsis haben und die wir mit dem einen Format „Workshop mit Vertretern der Regionen“ auch nicht alleine abbilden. Daher würde ich darum bitten, dass man da noch ein bisschen weitergeht.

Dann hätte ich jetzt mit meinem Vorschlag jetzt drei Personen benannt, die das vielleicht noch weiterentwickeln, sodass wir auf eine Vergabe verzichten. Ich glaube, das ist schon Konsens. Dann würde man sich auch ein Stück weit erst einmal an der Ziffer 9 von Herrn Sommer orientieren. - Herr Jäger.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ich würde das gerne unterstützen wollen. Ich muss gestehen, dass ich bisher keinen Überblick habe, wen wir insgesamt adressieren wollen. Ich habe also die Bitte in die Runde, ob mir jemand sagen kann, wen wir meinen, wenn wir von kritischen Gruppen sprechen, die für uns relevant sind. Es kommt immer wieder einmal punktuell ein Hinweis auf diese und jene Gruppierung. Ich hielte es für sehr hilfreich,

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

wenn man eine Übersicht hätte, damit wir am Ende nicht auch eine relevante Gruppe nur deshalb vergessen, weil wir uns auf bestimmten Gruppierungen konzentrieren. Dann könnten wir nachher von Initiativen überrascht werden, die wir bis dato auf dem Weg, den ich voll unterstützen würde, nicht adressiert haben.

**Michael Müller** (Vorsitzender der Kommission):  
Wir sind aber schon gut vernetzt.

**Jörg Sommer:** Ein Blick ins Internet reicht dann.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, es schadet aber nichts, wenn die Gruppe es mit übernimmt, die bei der Einladungsvorbereitung und Formatentwicklung auch noch einmal zu benennen. - Herr Fox, bitte.

**Andreas Fox:** Nur ein Hinweis, weil Sie sich gerade auch auf den Vorschlag von Herrn Sommer bezogen haben: Es ist letztlich die Rede von einer informellen Dialoggruppe. Davor würde ich doch warnen, weil es nicht darum gehen kann, irgendeinen Geheimzirkel oder so etwas einzurichten. Vielmehr geht es einfach um informelle Dialoge. In diesem Sinne ist das hier auch gemeint, und das sollte dann auch dabei bleiben.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, dann würden wir die Geschäftsstelle bitten, dieses Thema zunächst zurückzustellen, und wir würden die Herren Müller, Meister und Sommer bitten, uns vielleicht nach dem Sommer einen Vorschlag zu unterbreiten, in dem selbstverständlich die beiden Vorschläge, die Herr Müller gemacht hat, mit aufgenommen sind. Wie steht es mit der Konzentration auf das Themenfeld Probleme der Vergangenheit, Konfliktgeschichte? Das findet, glaube ich, relativ viel Zustimmung. - Herr Müller, bitte.

**Michael Müller** (Vorsitzender der Kommission):  
Wenn ich noch einmal sagen darf: Der Ausgangspunkt ist unbeschadet, dass man der Meinung sein kann, es hätte schneller gehen können, dass durch die breite politische Mehrheit für den Ausstieg aus der Atomenergie faktisch eine neue Grundlage gegeben ist. Das muss man akzeptieren; an dem Punkt kommt man nicht vorbei. Das heißt, wenn man die Geschichte aufarbeitet, dann machen wir das auf der einen Seite, um zu erklären, wie es überhaupt dazu gekommen ist, und auf der anderen Seite - das halte ich für ebenso wichtig -, um klarzustellen, dass so etwas nicht noch einmal passiert. Welche politischen Konsequenzen müssen wir ziehen, dass so etwas nicht noch einmal passiert, dass wir Prozesse in Gang setzen und am Ende Folgen erleben, die wir vorher entweder nicht beachtet oder ignoriert haben? - Das ist das eine.

Das andere ist: Man muss es schon als eine politische Debatte verstehen und nicht als eine, die man führt, weil man mit denen auch einmal ganz gerne zusammen sein will. Es muss eine politische Debatte sein, und zwar in beiderseitigem Sinne.

#### **Tagesordnungspunkt 5**

##### **a) Umsetzung des Beteiligungskonzepts**

c) Stand Fachberatungsgespräch mit E-Partizipationsexperten

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ich glaube, da stimmen Ihnen alle zu. - Ich muss jetzt den Versuch machen, eine ganz andere Abstraktionsebene zu finden und zum Fachgespräch E-Partizipation zu kommen. Sind Sie einverstanden, mit mir diesen Sprung zu machen, weil der Cateringwagen noch nicht da ist? Eigentlich wäre jetzt der Zeitpunkt der Pause. Aber ich wage es und bringe uns jetzt in die Niederungen und würde zu diesem Thema Herrn Janß fragen, ob es da einen neuen Stand gibt, seit wir gestern telefoniert haben.



Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

**Dr. Eberhard Janß** (Geschäftsstelle): Wir sind jetzt nach alter Zählung beim Format 3.2.6, Zuschriften, weiterentwickeltes Onlineformat. Sie haben mir gestern dazu noch Hinweise gegeben und mir auch gesagt, dass Sie im Hinblick auf mögliche Experten, die für das Gespräch in Betracht zu ziehen sind, dieses Format in dieser Runde noch einmal ansprechen wollen. Vielleicht ist ja das Ergebnis auch, dass die Arbeitsgruppe ihre Vorsitzenden ermächtigt, das Verfahren für dieses vergleichsweise kleine Format in der Sommerpause weiter zu betreiben.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, das Telefonat hatte den Inhalt, dass es von Herrn Hagedorn den Vorschlag gibt, den wir übernommen haben, dass es sinnvoll sein könnte, den Einsatz des Internets als ein Element, in dem Stellungnahmen im Sinne des Gesetzes zu unserem Bericht möglich werden, attraktiver zu gestalten. Herr Hagedorn hatte vorgeschlagen, dass es durch eine Skalierung von Abstimmungen für diejenigen, die es nutzen, spannender sein könnte, sich dann auch des Internets zu bedienen. Wir haben uns etwas davor gedrückt, da von Abstimmung oder so etwas zu sprechen; eigentlich ging es nur um Messbarkeit.

Das Zweite: Es gibt eine Reihe von Inputs, wie man die Online-Formate verbessern könnte. Die Vorstellung, die ich daraus gewonnen habe, und wie ich unseren Vorschlag im Rahmen des Konzeptes verstehe, ist, dass sich drei, vier Leute einmal einen Tag zusammensetzen und sich intensiv darüber austauschen sollen, was wir alles in dem Internet-Format machen können. Dazu gehört der Hagedorn-Vorschlag, dazu gehören vielleicht andere Vorschläge, die im Rahmen unserer Anhörung im Januar schon einmal gemacht wurden, da gibt es Vorstellungen, die von Herrn Sommer und Frau Rössig kamen usw. usf. Deshalb sollte das eigentlich eine eintägige Veranstaltung sein.

Herr Janß hatte die Überlegung, ob man die Inhalte mittels eines Dienstleisters gewinnt. Er wollte den einen Dienstleister ausschreiben, und ich habe gesagt, der Vorschlag sei missverstanden, es sollte eher so sein, dass wir drei, vier einladen, und dann war der Vorschlag, dass die Summe von 5 000 €, die in unserem Konzept steht, auf mehrere Personen verteilt wird, wir die Einzuladenden benennen und die Geschäftsstelle zu einem solchen Gespräch einlädt. Das würde ich jetzt nicht in öffentlicher Sitzung machen wollen.

Ich hatte die Bitte, auszuloten, ob es nicht möglich ist, Honorare in Höhe von 1 500 € für anderthalb Tage - das ist nämlich der Ansatz von den 5 000 €: dreimal 1 500 € ungefähr -, und der Rest ist dann für die erweiterte Kaffeekasse. Nein, das sage ich jetzt nicht, weil sonst in der Zeitung steht, Kommission gibt 500 € für Kaffee aus. Das meinte ich jetzt nicht. Es sollte nur der Rundungsfehler aufgezeigt werden. Es sollte doch möglich sein, dass man drei Leute zu einem Tagessatz einlädt, ohne in eine größere Ausschreibung gehen zu müssen. Das wollte Herr Janß prüfen. - Herr Sommer, bitte.

**Jörg Sommer:** Ich möchte das unterstützen und dringend darum bitten, zu prüfen, dass wir hierfür nicht wieder ein Vergabeverfahren in Gang setzen. Diese Veranstaltung war so konzipiert, dass sie smart, erkenntnisorientiert und ohne großen Aufwand durchzuführen ist. Herr Janß wird das prüfen müssen. Wenn er sagt, es geht nicht, dann geht es nicht; das ist mir auch klar. Aber wenn irgend möglich, sollte man nicht einen Dienstleister ausschreiben und ein Vergabeverfahren für ein eintägiges Fachgespräch in Gang setzen. Da müssen wir wohl bedeutendere Prozesse vorantreiben.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, das müssen wir jetzt nicht noch einmal unterstreichen, das haben jetzt zwei gesagt, und Herr Janß hat das ja

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

auch schon voll aufgenommen und wird versuchen, das so zu machen. Wir haben nur das Format geschärft, welche Erwartung wir daran haben.

### **Tagesordnungspunkt 5**

#### **a) Umsetzung des Beteiligungskonzepts**

dd) Einordnung der Aufgaben des Beteiligungsmanagements

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Dann kommt in der ausführlichen Tagesordnung noch das Thema „Einordnung der Aufgaben des Beteiligungsmanagements“. Die Person, die das im Rahmen der laufenden Ausschreibung wird, werden wir zum 3. September einladen. Ich wollte durch das Aufrufen dieses Unterpunktes auch darauf hinweisen, dass in der Ausschreibung momentan die Überlegungen hinsichtlich Konfliktmanagement, die unter anderem in Loccum mit der Formulierung Ombudsmann auftauchte, etwas herabgezogen mit im Leistungsprofil steht und wir deshalb am 3. September mit dem Dienstleister auch darüber sprechen sollten, dass wir die Vorstellung haben, dass sich der Beteiligungsmanager dann, wenn es im Rahmen der Workshops oder der Fachveranstaltung zu Konflikten kommt, auch berufen sieht, eine Art Konfliktlösung zu suchen.

Hier wird also der Versuch gemacht - das müssten wir im gemeinsamen Gespräch etwas vertiefen -, diese Positionierung, wer eigentlich der Ansprechpartner sein könnte, wenn sich jemand in den Formaten nicht gut aufgehoben fühlt, dass das zunächst einmal bei dem Beteiligungsmanager geparkt wäre und wir dafür keine neue Institution schaffen würden. Ich wollte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass dies über einen Spiegelstrich Gegenstand der Leistungsbeschreibung ist und hier ein Verständnis Eingang findet, dass wir im gemeinsamen Gespräch vielleicht noch einmal unterstreichen sollten.

### **Tagesordnungspunkt 5**

#### **b) Mitwirkung der Mitglieder der AG 1**

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, dann wären wir bei dem Punkt, wer Botschafter wird und wie es zeitlich aussieht. Jetzt wird es darum gehen, dass wir Überlegungen anstellen, wann die beiden Workshop-Reihen, die im August vorbereitet werden, durchgeführt werden können. Es gab das ebenso dringende wie verständliche Petition, dass wir uns heute schon auf potenzielle Wochenenden festlegen, die dann dem Dienstleister vorgegeben werden, weil wir bestimmte Ablaufvorstellung haben und die Kommissionsmitglieder die Notwendigkeit sehen, Termine mittel- und langfristig zu planen.

Dazu hatte ich Ihnen zugeleitet, dass es sicherlich sinnvoll und notwendig ist, auch wenn ich immer auf den August poche, den September auch noch zur Vorbereitung zu nutzen, sodass die Workshops sinnvollerweise möglichst nahe an die Herbstpause geschoben werden. Das bedeutet, dass Ende September, Anfang Oktober es wohl keine Alternativen gibt. Man sollte jetzt nicht in den Terminkalender gucken und sagen, das erste September-Wochenende passt uns besser; denn dadurch überforderten wir den gesamten Prozess.

Wenn man es jetzt umgekehrt nicht hundertprozentig so, wie es Herr Fox sagte, aber nur andenkend, dass ich wiederum letztendlich eine Vorbereitungsphase brauche, in der ich mit denjenigen, die ich einladen will, auch kommuniziere, dann brauche ich mindestens Teile des Septembers, um überhaupt die Chance zu eröffnen, eine gute Zusammensetzung, eine gute Konzeptionierung zu bekommen. Das ist schon jetzt sehr ambitioniert. Daher glaube ich, dass dem Vorschlag 26./27. September und 3./4. Oktober aus der Sachlogik heraus nicht widersprochen werden kann. Deshalb müssen wir wahrscheinlich in den sauren Apfel beißen, dass wir dann wiederum

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

die Botschafterinnen und Botschafter danach bestimmen, wer an den Tagen kann und nicht umgekehrt die Wochenenden danach aussuchen, wie die Botschafter können.

Der nächste Block, den wir brauchen, wäre dann einer im November. Man könnte auch die Frage aufwerfen, ob man das erste Dezemberwochenende noch dazu nimmt. Das wollte ich jetzt nicht allein bestimmen. Von den drei Novemberwochenenden und gegebenenfalls auch noch dem ersten Dezemberwochenende müssten wir heute zwei festlegen. Wieder von einer bestimmten Ablauflogik her wäre es am besten, wir würden auch da die zwei späteren im November nehmen. Ich würde nicht dazu raten, in den Dezember zu rücken, weil da doch viele andere Aufgaben insbesondere die Teilnehmerinnen und Teilnehmern und nicht nur die Botschafterinnen und Botschafter betreffen.

Wenn Sie da mitgehen würden, dann wäre der Vorschlag 21./22. November und 28./29. November. Was in diesem Vorschlag noch beinhaltet ist, was aber nicht unbedingt zwingend ist, ist, dass wir die jeweiligen Workshops so weit entzerren, dass sie nicht am selben Wochenende stattfinden. Das ist auch so ein Bauchgefühl von mir, dass, auch wenn es unterschiedliche Dienstleister und unterschiedliche Botschafter sind, wir trotzdem gut beraten sind, wenn wir uns nicht noch eine Enge schaffen, indem wir das an denselben Wochenenden machen. Aber dazu können sich vielleicht noch ein, zwei äußern. Das ist nicht zwingend. Man könnte das auch zeitgleich machen. Es würde natürlich Wochenenden aus der Terminplanung nehmen. Aber ich könnte mir vorstellen, dass auch der eine oder andere aus der Geschäftsstelle dabei ist, dass vielleicht der eine oder andere Vorsitzende mit hin will. Das würde unmöglich, wenn man zwei Workshops an einem Wochenende machte.

Wenn Sie meiner Einladung nicht folgen, dazu Stellung zu nehmen, was ich auch gut finde,

wenn wir es entzerren lassen, dann wären wir im Januar. Wir haben im Januar auch Veranstaltungen an zwei späteren Wochenenden; das letzte Wochenende ist teilweise in den Winterferien. Wenn wir den Dezember nicht besetzen, könnten wir vielleicht so ambitioniert sein, den 16./17. Januar und den 23./24. Januar zu nehmen. Auf der anderen Seite müssen wir sehen, dass wir in dieser Phase auch am Bericht arbeiten. Wir können aber wiederum die Wochenenden im Februar schlecht noch mit diesem Format belegen, weil dazu gestern noch einmal das Papier von Herrn Jäger herumgeschickt worden ist, das wir vielleicht anschließend auch noch kurz angucken sollten. Da ist schon vorgesehen, dass wir in die dritte Phase übergehen; das sind die Formate, die sich schon spezieller mit dem Bericht, nicht mit den Berichtsinhalten, sondern mit dem Bericht befassen.

Wenn meine bisherigen Ausführungen alle so überzeugend gewesen sind, dann schlage ich jetzt vor, dass wir den 16./17. Januar und den 23./24. Januar nehmen. Damit hätten wir sechs Wochenenden festgelegt, die den Dienstleistern vorgegeben werden. In der Feinsteuerung müsste wir dann sehen, wann die Botschafterinnen und Botschafter können, weil man dann innerhalb der Wochenenden vielleicht noch rochieren könnte. Dass wir das jetzt in der Großgruppe machen, hielte ich für zu weitreichend.

Jedenfalls wäre der nächste Schritt, dass wir zu den sechs Wochenenden zurückgehen, bei denen wir es mit zwei sehr unterschiedlichen Formaten zu tun haben. Das eine ist die zentrale Versammlung von Regionen in einer Workshop-Reihe, und da könnte ich mir vorstellen - ich weiß jetzt nicht mehr, was im Konzept steht -, dass drei Botschafterinnen bzw. Botschafter für dieses große Format sehr gut wären. Daher frage ich einmal, wer die Workshop-Reihe mit den Vertretern aus den Regionen als Botschafterin oder Botschafter besetzen würde. - Frau Janzen.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

**Vanessa Janzen:** Frau Kotting-Uhl würde das gerne machen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Das ist die Botschafterin eins. - Herr Fuder, sind Sie botschafterfähig? Eigentlich schon, nicht? Aber Sie würden auf jeden Fall mitmachen, Herr Fuder, oder?

**Michael Fuder:** Ich würde mich dem nicht verschließen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Jäger.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ich möchte mich jetzt nicht als Botschafter melden, sondern die Frage aufwerfen, wie viele Botschafter wir anstreben, und aus welchen Arbeitsgruppen sie kommen. Es werden ja sinnvollerweise auch noch Beteiligte aus den anderen Arbeitsgruppen sein. Das müsste man sicherlich differenzieren. Gerade bei den regionalen Veranstaltungen wird es wahrscheinlich sehr stark in Richtung der Arbeitsgruppe 3 gehen, weil dort zum Beispiel Kriterien und das Auswahlverfahren eine Rolle spielen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** In dem Beteiligungskonzept haben wir das ausgeführt: drei Botschafter, ein Mitglied Ad-hoc-Gruppe Grundlagen/Leitbild, ein Mitglied AG 1 und ein Mitglied AG 3. Mehr bräuchte es da nicht.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Dann würden wir das schon besetzen. Dann würden wir Frau Kotting-Uhl von der AG 1 setzen und einmal gucken, ob wir die Besetzung für die AG 3 hier machen können. Ich würde Herrn Fuder letztendlich deshalb nicht unbedingt als offiziellen Botschafter vorschlagen, weil er natürlich ein Stück weit in einen Rollenkonflikt kommt. Aber ich würde ihn ganz herzlich bitten, dass er da ist; das ist noch einmal ein Unterschied. Wir können von der AG 1 - ich will da jetzt nicht vorgreifen - auch zwei benennen. Aber wir müssen jetzt noch je-

manden von der AG 3 haben. Ich weiß nicht genau, wie das ist, wenn die Regionen dort auftreten, dafür sind Sie eigentlich hier, dann spricht nichts dagegen, oder?

(Abg. Dr. Matthias Miersch: Er hat eine Botschafterrolle!)

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ja, okay. Machen wir erst einmal AG 3, und dann rufen wir das mit Herrn Fuder noch einmal auf. AG 3, können wir das von hier aus besetzen, Herr Kudla, Herr Thomauske?

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Ich fände es gut, wenn wir an dieser Stelle gucken, wer sich aus der AG 3 dafür bereit erklärt, ob das vielleicht Herr Appel machen will oder Herr Sailer selber; dem würde ich nicht vorgreifen wollen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ich würde noch einen Versuch machen wollen. Ich fände es natürlich sehr gut, wenn es Vertreterinnen und Vertreter sind, die in beiden Arbeitsgruppen sind, weil es natürlich auch um die Botschaft zurück in die AG 1 geht. Deshalb fände ich dies nicht schlecht. Ich würde Sie ermutigen wollen, dass es einer von Ihnen beiden macht und nicht zum Beispiel Herr Appel, der mit dem Beteiligungskonzept nichts zu tun hat.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Ich würde mich bereit erklären; das ist nicht die Frage. Die Frage war eher, dass ich nicht jemand anderen da abschließen wollte.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Dann würde ich den Vorschlag machen, dass es Herr Thomauske der AG 3 so kommuniziert, dass wir es durchaus für sinnvoll erachten - ich stelle das zur Diskussion -, dass die Doppelmitgliedschaft da auch produktiv ist und wir es deshalb gut fänden,

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

wenn wir diese Überschneidung dann auch nutzen würden. Sehen andere das auch so? - Herr Kudla.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Ich würde trotzdem bitten, dass Sie als Vorsitzende offiziell an die AG 3 herangehen und dort anfragen und auch die entsprechenden Termine gleich nennen. Ich selber bin hier etwas zurückhaltend, weil ich mich schon für die Fachveranstaltung gemeldet habe und bei der AG 3 noch ein paar Tischvorlagen erstellen soll.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Jäger, bitte.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Herr Gaßner, kurz ein Verfahrensvorschlag! Vielleicht können wir ja Folgendes machen: Das, was wir jetzt hier insgesamt an Vorschlägen zusammenkriegen, auch was die anderen Arbeitsgruppen betrifft, könnten Sie als Vorsitzende mit den übrigen Vorsitzenden besprechen. Wenn von dort nicht ein Veto oder eine starke Intervention oder gute Gegenargumente kommen, dann wäre es das, und ansonsten hätte man noch einmal die Möglichkeit, dort zu justieren.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herzlichen Dank. - Herr Meister und ich sind dabei, eine Nuance der Arbeitsteilung einzuüben, und mein Part wäre dann letztendlich eher das Thema Evaluierung des Standortauswahlgesetzes, Schlagwort Öffentlichkeitsbeteiligung, während Herr Meister schwerpunktmäßig das Beteiligungsverfahren bei der Kommission macht, sodass ich Ihre Bitte an ihn weitergebe.

Dann wäre die Frage an Sie, Herr Müller: Würden Sie bei diesem Regionenformat auch einen Part übernehmen können und wollen, oder wollen Sie jemand anderen aus der Ad-hoc-Gruppe Leitbild suchen? Wir hatten natürlich den Gedanken, dass man bei denjenigen, die in den Regionen mit uns

diskutieren, auch die Grundgedanken, die Leitlinien mit zur Diskussion stellt.

**Michael Müller (Vorsitzender der Kommission):** Das klären wir; ansonsten stimme ich der Meinung von Herrn Jäger zu, dass wir das einmal in der Runde der AG-Vorsitzenden klären sollten.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Also, Sie meinen jetzt, die Vorsitzendenrunde sollte das entscheiden?

**Michael Müller (Vorsitzender der Kommission):** Ja.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut. Dann hätten wir die zweite Workshop-Reihe mit jungen Erwachsenen und Beteiligungspraktikern, und dann würden wir die Botschafter benennen, den einen aus der AG 1, und den Rest dann der Vorsitzendenrunde überlassen.

Gut, da hat der Konzeptgeber - wir sind ja ein Stück weit derjenige, der das Konzept dann mit zu übernehmen hat - jetzt vorgesehen, dass es zwei bis drei Mitglieder aus der AG 1 sind. Aber dieses spezielle Format „Junge Erwachsene und Austausch mit den Beteiligungsexperten“ ist sozusagen in der AG 1 quasi eröffnet. Es ist auch sinnvoll, dass diejenigen, die sich mit den Beteiligungsexperten austauschen, Mitglieder der AG 1 sind.

Ich frage, wer aus der AG 1 sich als Botschafterin oder Botschafter da bereit zeigen kann, und gebe das Wort erst einmal Herrn Sommer.

**Jörg Sommer:** Das war eine Doppelmeldung, eine Meldung als Botschafter und eine Wortmeldung. Die Wortmeldung betrifft die Anzahl der Botschafter aus der AG 1. Da sie alle aus einer AG sind und da wir bei diesem Format großen Wert darauf legen, dass keine Überzahl von Erwachsenen unterwegs ist, würde ich vorschlagen, da nur

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

mit zwei Botschaftern unterwegs zu sein, es sei denn, wir haben jetzt drei Meldungen und finden sonst keine Lösung. Aber zwei wären da völlig genügend.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Wenn der Vorschlag angenommen würde, wäre die Frage: Wer könnte den zweiten Botschafter machen? - Erhard Ott, ja.

**Erhard Ott:** Ja, ich würde da gerne mitmachen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Sind die anderen mit der Besetzung einverstanden, oder sollen wir dann doch noch einen Dritten benennen, weil noch jemand möchte? - Nein. Dann bleiben wir dabei. Dann hätte dieses Format zwei Botschafter.

Jetzt denke ich noch einmal laut: Sollen wir jetzt die Wochenenden doch festlegen, weil das natürlich für diejenigen, die sich als Botschafter gemeldet haben, bedeutet, dass sie jetzt sechs Wochenenden bis Anfang/Mitte September blockiert sind?

(Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich würde vorschlagen, das erfolgt durch die Geschäftsstelle kurzfristig mit den Akteuren!)

- Ja, oder wir legen es jetzt einfach fest. Es ist sowieso ganz oberflächlich. - Herr Sommer.

**Jörg Sommer:** Also, wir müssen bei unserem Format, bei dem wir zum Teil die Rekrutierung über Schulen vorgesehen hatten, bedenken, dass es Sommerferien gibt und dass wir nicht zu nahe dahinter starten können.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, dann ist es doch ein guter Vorschlag; dann machen wir das so. Dann wäre also dieser Workshop mit den jungen Erwachsenen und Beteiligungspraktikern am

3./4. Oktober - damit hat er den längeren Vorlauf -, und wir machen dann den zweiten Termin, das zweite Wochenende immer für die Öffentlichkeitsbeteiligungs-Workshops und das erste Wochenende für die Regionen.

(Vanessa Janzen: Das bedeutet jetzt, dass am 26./27. September dann der Regionen-Workshop wäre?)

- Genau.

**Vanessa Janzen:** Dann könnte Frau Kotting-Uhl zum Beispiel schon einmal nicht, zum Beispiel.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Wann kann sie denn?

**Vanessa Janzen:** Sie kann am 3. und am 4. Oktober.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, dann machen wir es jetzt ausnahmsweise noch einmal umgekehrt und lassen die Schulferien eben dann schon Mitte August auslaufen, und da muss es halt bis zum 26./27. September reichen, weil Frau Kotting-Uhl schon früher gesagt hat, dass sie es machen will, und was interessiert mich mein Gerede von vor drei Minuten. - Also, dann machen wir es so, dass jetzt nicht durch die erste Terminierung schon eine Botschafterin ausscheidet. Also machen wir es so: Erstes Wochenende in den drei Blöcken ist dann - - Oder kommen da jetzt noch einmal Rochaden? Die wären dann nicht mehr möglich. Wir legen das jetzt so fest, ja?

**Vanessa Janzen:** Ja, ja.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Okay. Dann sind die ersten Wochenenden in den drei Blöcken für das Format „Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker“, und das zweite ist dann für die Regionalvertreter. - Beschlossen und verkündet.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Dann war noch die Frage: Können wir Herrn Becker und Herrn Sommer oder Frau Rössig noch für das Fachgespräch E-Partizipation benennen, in dem Sinne auch als Botschafter?

(Jörg Sommer: Frau Rössig!)

- Frau Rössig würde das machen, ja? - Herr Becker auch? - Nicht so gerne?

(Thorben Becker: Nicht so dringend!)

- Gut. Dann sind Sie einverstanden, dass wir da Frau Rössig als Ansprechpartnerin innerhalb des Fachgesprächs benennen? - Gut.

Dann sind wir jetzt sehr gut in der Zeit; aber der Caterer ist immer noch nicht da. Ich würde jetzt trotzdem vorschlagen, dass wir einmal zehn Minuten Pause machen und dann den Tagesordnungspunkt Standortauswahlgesetz aufrufen. Okay?

(Kurze Unterbrechung)

#### **Tagesordnungspunkt 5**

##### **d) Vorschlag von Jörg Sommer zu Newsletter der Kommission**

##### **e) Vorbereitung der Auswertung der Erfahrungen Asse (Asse Begleitgruppe/BfS)**

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort. Der nächste Tagesordnungspunkt 5 d) ist der Vorschlag von Herrn Sommer, bezogen auf einen Newsletter. Momentan ist aber weder Herr Voges noch Herr Sommer im Raum. Herr Voges kommt gerade. Dann würde ich es wiederum noch einmal zurückstellen und Herrn Jäger bitten, noch die Matrix vorzustellen, die Ihnen am gestrigen Nachmittag übermittelt wurde, wie wir die verschiedenen Phasen und Beteiligungsformate für uns planbar und darstellbar machen. - Herr Jäger, wenn Sie bitte das Wort nehmen.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wenn ich dieses Papier einmal kurz aufrufen darf, so dürfte es Ihnen nicht ganz neu vorkommen, weil wir eine ähnliche Struktur schon einmal besprochen haben. Zielsetzung sollte sein, dass das, was wir bisher festgelegt haben, auf der Zeitachse erkennbar ist und vor allen Dingen das, was noch vor uns liegt, auch klar adressiert werden kann. Wenn man die Dinge einmal in eine solche Struktur bringt, erkennt man möglicherweise auch Kollisionen.

Vielleicht noch einmal zur Erläuterung, wie das Papier aufgebaut ist: Wir haben hier die vier Phasen. Sie stammen nicht zuletzt aus dem Konzeptpapier der Vorsitzenden zu Beginn unserer Arbeit. Sie können wir jetzt konkretisieren: Phase 1 bis Sommer ist jetzt sozusagen im Abschluss befindlich, dann Phase 2 bis Ende des Jahres. Bitte nehmen Sie den Text darunter nicht so ernst; ihn müssen wir streichen. Jetzt können wir, nachdem wir Formate schon festgelegt haben, auch terminlich festgelegt haben, konkrete Termine hineinschreiben.

Dann kommt, ganz entscheidend, nachdem wir ja jetzt die Laufzeit der Kommission festgelegt haben, das zweite Halbjahr im nächsten Jahr, 2016, zu dem wir ja die Vorstellung haben, dass wir bis Ende des Jahres möglichst den Bericht soweit fertig haben, dass wir in der ersten Phase, sprich hier Phase 3, diesen Berichtsentwurf der Öffentlichkeit vorstellen und dann ein Dialog beginnt, der am Ende in der Phase 4 abgeschlossen wird, wenn wir das ausgewertet haben, und dass wir am Ende dann den Bericht zur Verfügung stellen.

Das sind die vier Phasen, und die einzelnen Zeilen sind jetzt die Zielgruppen. Die breite Öffentlichkeit haben wir adressiert, für Jugend haben wir ein spezielles Format gerade eben besprochen, für Regionen ebenfalls ein festes Format, ebenso für die Fachöffentlichkeit, und für die kritische Öffentlichkeit eben das, was wir soeben

besprochen haben. Da sind wir noch offen; das ist ein Feld, das noch zu besprechen ist.

Die letzte Zeile möchte ich noch einmal kurz aufrufen, weil das vielleicht auch für unser Arbeitsprogramm noch wichtig ist. Wenn ich es richtig verstanden habe, Herr Meister, dann müssen wir da insbesondere noch einmal darauf achten, dass wir die kommunalen Spitzenverbände nicht zu spät aufrufen, sodass wir sie in unserer Zielgruppenansprache dann auch tatsächlich adressiert haben.

Ansonsten finden Sie in den einzelnen Feldern dieser Matrix dann eben die Formate, die wir festgelegt haben. Ich würde anbieten oder vorschlagen, dass ich das nach der heutigen Sitzung noch einmal aktualisiere und anschließend noch einmal rundschicke.

Das könnte eine Orientierung sein. Man sieht eben: Wir haben Wochenenden für diese Workshops festgelegt, die bis in den Januar reichen. Wir müssten das nunmehr mit der Vorstellung verlinken, schon im Januar den Bericht sozusagen vorzustellen. Das heißt, da muss auf jeden Fall ein Feintuning stattfinden, das wir möglichst bald, wie ich empfehlen würde, dann auch auf Kommissionsebene beginnen.

Das bedeutet aber schon für uns, dass wir im Arbeitsprogramm einmal erste Vorstellungen entwickeln, wie wir denn das erste Halbjahr 2016 gestalten könnten, in dem wir den Bericht eben zur Diskussion stellen. Wir werden da sicherlich die Zielgruppen, die wir bisher in diesem Jahr adressieren, dann möglicherweise noch weiterhin adressieren wollen, aber gegebenenfalls auch darüber hinaus.

Das ist die Intention dieses Papiers. Kurzfristig heißt es dort, Vorstellungen zu entwickeln, wie

das im Jahr 2016 beginnt, weil wir da eine gewisse Überschneidung mit dem haben, was wir gerade festgelegt haben.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ja, ganz herzlichen Dank, Herr Jäger. Ich glaube, dass es wirklich weiterhin wichtig ist, dass wir diese Phasenbildung beachten. Ich würde zwei Korrekturen anregen. Die eine ist die, dass wir die Phase 2 nicht im November starten lassen, sondern im September; das ist nur eine redaktionelle Angelegenheit.

(Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja!)

Das Zweite wäre, dass Sie vielleicht die Überlegung, die Sie gerade geäußert haben, dann auch mit aufnehmen: Wir sollten entsprechend dem Konzept DEMOS/Prognos verfahren; sie haben die Phasen jetzt nämlich auch bis Anfang 2016 gelegt, weil sie mit uns schon nachgedacht hatten, dass diese Workshops in den Januar gehen. Insofern sollten wir das schlicht umsetzen, indem wir die Phase 2 bis Januar und die Phase 3 dann erst ab 1. Februar laufen lassen. Das entspricht dann auch unseren heute festgelegten Wochenenden. Dann hätten wir also Phase 2 vom 1. September bis zum 31. Januar.

Mit diesen kleinen Anmerkungen würde ich dann bitten, dass Sie es übernehmen, das tatsächlich ein Stück weit fortzuschreiben und die Verzahnung mit den Arbeiten suchen, die die Kommissionsvorsitzenden uns in der letzten Kommissionssitzung vorgestellt haben, dass nämlich jetzt in der Sommerzeit noch einmal ein Arbeitsplan auch für die Kommission ausgearbeitet wird. Da wäre es dann natürlich sehr wichtig, dass die Zeitfolgen, die wir jetzt nur aus der Sicht des Beteiligungsprozesses geschaffen haben, dabei auch einbezogen werden.



Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Die spannende Sache wird dann natürlich sein: Können wir ungefähr damit rechnen, dass wir einen Berichtsentwurf so haben, dass ab Februar dazu eine irgendwie geartete Anhörung stattfinden kann? Das ist ja auch Ihr Petikum.

(Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja!)

Herr Sommer ist jetzt immer noch nicht da. Es gibt - ich mache es einmal ganz kurz - den Vorschlag eines Newsletters. Die Geschäftsstelle lässt mich sagen, dass dies einen gewissen Aufwand auslöst. Dieser Aufwand kann nicht genau kalkuliert werden. Er würde sehr deutlich hinter dem zurückbleiben, was wir momentan als Brückenbau zu den kritischen Gruppen veranschlagt haben. Da lag die Schätzung bei 30 000 €; die Schätzung für den Newsletter geht von einem Mehraufwand aus, der Pi mal Daumen 10 000 € ausmacht.

Ich glaube, wir müssen es nicht weiter diskutieren, ob wir aus diesen 30 000 € einen Betrag von circa 10 000 € freigeben. Es wäre jetzt die Frage, ob wir uns dazu verstehen oder ob wir sagen, das ist jetzt zu forschen, weil wir natürlich noch nicht sicher sind, ob unsere informellen Kontaktversuche erfolgreich sein werden. Ich würde aber dazu noch sagen wollen: Wenn das, was wir vorhin ausführlich diskutiert haben, nicht klappt, dann klappt es auch nicht, wenn wir jemandem noch 30 000 € mitgeben. Von daher, sage ich jetzt einmal etwas flapsig, würde ich es so sehen, dass das, was das Finanzielle angeht, abgedeckt wäre.

Dann geht es noch einmal um das Konzeptuelle, die Sinnhaftigkeit eines Newsletters, ja oder nein, Vorschlag von Herrn Sommer und auch Vorschlag aus der DEMOS/Prognos-Auswertung des Bürgerdialogs. Da taucht das Thema auch auf; wenn Sie sich gerade erinnern, auf Seite 32 war das einer der Punkte. - Herr Voges.

**Jürgen Voges** (Geschäftsstelle): Es stellt sich natürlich die Frage, wer den Newsletter mit welchen Inhalten füllt und wer für die Inhalte verantwortlich ist.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Kudla, bitte, Herr Jäger, Herr Ott.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Also, die Frage des Newsletters hatten wir hier schon einmal vor einem halben Jahr diskutiert, und zwar des Längeren, und wir haben es dann an sich relativ mehrheitlich abgelehnt, weil wir nicht wussten, a) wann welche Inhalte beifügt und b) wie ein mehr oder weniger ausgewogener Newsletter hier zustande kommt. Ich sehe jetzt an sich keine schlagend neuen Gründe, um von der ehemaligen Entscheidung abzuweichen, keinen Newsletter vorzusehen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Frau Gäbler souffliert mir gerade, dass wir es zurückgestellt hatten, insbesondere auch deshalb, weil der Redakteur wohl noch nicht feststand. Aber es gab natürlich auch inhaltliche Bedenken, die Sie jetzt stark in Erinnerung haben. - Herr Ott, Herr Jäger oder Herr Jäger, Herr Ott; ich weiß nicht.

**Erhard Ott:** Ich meine auch, wir hatten das Thema zurückgestellt, aber nicht begraben. Von daher sehe ich auch die Diskussion, was die breite Öffentlichkeit oder die interessierte Öffentlichkeit angeht, die Notwendigkeit, einen Newsletter regelmäßig herauszugeben. Ich möchte beispielsweise ein Angebot haben, bei dem nicht auf das Internet verwiesen wird, in dem ich in meine Organisation hinein über die Arbeit der Kommission berichten möchte, und ich glaube, dass ein Newsletter ein dafür ausgesprochen gut geeignetes Medium sein kann. Von daher würde ich das schon für sinnvoll halten, einen solchen Newsletter dann auch in elektronischer Form zur Verfügung zu bekommen, und zwar regelmäßig, mit Berichten aus der Kommissionsarbeit und der Arbeit der Arbeitsgruppen.

Ich glaube, das wäre so der Hintergrund. Wenn wir jetzt weitere Veranstaltungen planen, dann wären auch das Inhalte des Newsletters und würde vielleicht eine breitere Öffentlichkeit herstellen, als wir bisher erreicht haben.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Jäger, bitte.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Zur Frage, ob ja oder nein, ist sicherlich das Votum der Bürgerbeteiligung, des Bürgerdialogs ein wichtiges, und es hätte sicherlich auch Vorteile, wenn man eine solche aktive Kommunikation aus der Kommission heraus hat. Insofern würde ich das unterstützen.

Es stellen sich dann natürlich Folgefragen, so die, wer ihn schreibt, und vor allem auch - dies wäre ein wichtiger Punkt -, wie wir die Themen setzen und wer für die Inhalte verantwortlich ist.

Zu Letzterem möchte ich einen Vorschlag machen. Ich könnte mir gut vorstellen, dass die Arbeitsgruppenvorsitzenden und die Kommissionsvorsitzenden die Themen sozusagen setzen und auch die Qualitätssicherung mit demjenigen, der das erstellt, machen, wobei dann die Arbeitsgruppenvorsitzenden meines Erachtens auch gut beraten sind, das möglicherweise in der Arbeitsgruppe zu besprechen, indem man zum Beispiel am Ende einer Sitzung sagt, so, heute haben wir das und das geschafft. Ähnlich wie bei einer Pressemitteilung würde man dann sagen: Ist das geeignet, es in einen Newsletter einzubringen? Dann würde man das so besprechen und es auf den Weg bringen, und die Vorsitzenden würden dann gemeinsam mit Herrn Voges, wenn er das erstellt, dafür sorgen, dass die Qualität dem entspricht, was wir uns vorstellen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Müller hat sich gemeldet. Ich möchte nur drei Sätze zusammenfassen, weil Herr Sommer jetzt wieder da ist, damit wir in die Diskussion kommen.

Wir diskutieren den Vorschlag Newsletter. Wir haben gerade festgestellt, dass wir diese Frage zurückgestellt hatten. Es gab in der Vergangenheit ein Stück weit Bedenken, was die Pluralität bzw. die Ausgewogenheit der Inhalte angeht. Das ist der eine Punkt, den wir gerade besprechen.

Der zweite Punkt ist der, dass in Bezug auf die Frage, ob es einen Newsletter geben sollte, ja oder nein, momentan die ersten Redebeiträge eher dafür waren und es einen sehr skeptischen Beitrag gab. Das kann ich noch nicht zusammenfassen. Es waren jetzt noch ein paar Beiträge zur Notwendigkeit, aber dann insbesondere zur Frage der Gestaltung und danach - dazu haben Sie jetzt gerade den Beitrag von Herrn Jäger gehört -, wie man sicherstellt, dass man das zeitnah in guter Übereinstimmung mit dem Redakteur auf den Weg bringt. - Dann bitte Herr Müller.

**Michael Müller** (Vorsitzender der Kommission): Also, dass die Kommission ein Interesse hat, originär ihre Position zu vertreten, empfinde ich als berechtigt. Aber ich kann sagen, im Augenblick wäre die Geschäftsstelle dazu nicht in der Lage. Insofern müssten wir erst einmal klären, ob wir dazu jemanden bekommen. Deshalb bitte ich einfach um Verständnis, dass wir erst einmal mit der Bundestagsverwaltung reden müssen, ob wir aus unseren Mitteln dafür jemanden, in welcher Form auch immer, beschäftigen können.

Also, ich kann nicht sagen, dass Herr Voges das auch noch übernehmen soll; er übernimmt genug. Also, es gibt Grenzen. Dass er die Verantwortung dafür haben kann, das ist gar keine Frage. Aber wir brauchen jemanden, der das dann entsprechend organisiert und macht. Da muss ich um Verständnis bitten: Das müssen wir erst einmal klären. Deshalb ist der Vorschlag, das dann in der Vorsitzendenrunde endgültig zu entscheiden, nicht falsch.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Sommer, bitte.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

**Jörg Sommer:** Das ist natürlich vollkommen zu verstehen, und das Letzte, was wir wollen, ist, die Mitarbeiter der Geschäftsstelle noch weiter zu belasten.

(Michael Müller - Vorsitzender der Kommission: Nein, das ist ja in Ordnung!)

Der Grund für den Vorschlag war ja der, dass wir aktuell in den Medien nicht wahrgenommen werden und dass der Versand von Pressediensten in der Regel etwas ist, was wir auch lassen könnten. Da würde ich im Zweifel lieber dafür plädieren, einen Verteiler aufzubauen und unsere Position im Original zu versenden. Das ist nicht mehr Aufwand, als einen Pressedienst zu machen, den anschließend niemand abdruckt.

Wenn wir die Ressourcen schaffen können, ist es sehr gut; wenn wir sie nicht schaffen können, muss man tatsächlich in der Vorsitzendenrunde einmal darüber reden, ob man sie nicht vielleicht umorganisieren kann.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ich würde darum bitten, dass wir das dann so stehen lassen, und Sie bitten, noch einmal zu eruieren, ob das möglich ist, weil es ja in dem Sinne jetzt - bis auf Ihren Beitrag, Herr Kudla - keinen grundsätzlichen Dissens gibt und ich Sie jetzt auch nicht als denjenigen markieren möchte, der unbedingt dagegen ist, sondern das ist jetzt im Verlauf, das ist ein klassischer Prüfauftrag. Wir müssen sehen, ob und inwieweit das gestaltbar ist, wobei natürlich die Frage, wer es macht, sicherlich auch die Frage nach Repräsentativität und Qualitätskontrolle auslöst.

Dann würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir das Thema, wie wir mit den Einladungen zur Asse umgehen, gedanklich mit zu ENTRIA nehmen, dass wir vielleicht noch einmal eine Einladungsrunde machen, um uns zu diesem Tagesord-

nungspunkt jetzt nicht weiter vertieft zu befassen. Das heißt, wir müssen das im September wieder aufrufen. Das war auch nicht zwingend heute; es ist eben ein Stück weit ein Verwalten von Themen. Es gibt nach wie vor die Überlegung des BfS, das hier auch einmal vortragen zu wollen, respektive wollten wir Herrn Fuder auch noch einmal spezieller ansprechen. Aber das eilt jetzt nicht. Ich würde jetzt insbesondere keine Viertelstunde darauf verwenden, weil wir es ja dann doch auf den September vertagen.

Hierzu Ihr Einverständnis unterstellend, rufe ich auf

#### **Tagesordnungspunkt 6** **Fortsetzung Erörterung StandAG**

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Damit kommen wir zu einem zentralen Punkt unserer heutigen Sitzung, den ich so gestalten wollte, dass wir um 15 Uhr zu dem Tagesordnungspunkt Vorbereitung der Anhörung kommen, und um 16 Uhr wollte ich dann den Gliederungsentwurf aufrufen. Um 16 Uhr werden einige aber schon weg sein.

Aber wir sollten es so gestalten, dass wir um 15 Uhr TOP 8 erreicht haben, sodass wir diesen Tagesordnungspunkt dann auch - - Jetzt komme ich selber durcheinander; den wollte ich erst um 15.30 Uhr machen. TOP 8 war für 15.30 Uhr vorgesehen. Wer ist denn um 15.30 Uhr nicht mehr da?

(Michael Müller - Vorsitzender der Kommission und Abg. Hubertus Zdebel melden sich)

- Dann würde ich vorschlagen, weil der Tagesordnungspunkt 8 Fragen bezüglich der weiteren Benennung aufwirft und Herr Müller dazu auch noch einmal einen Vorschlag hat, was die Exper-

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

ten angeht, dass wir dann den Tagesordnungspunkt 8 jetzt in dem Teil vorziehen, weil ich es natürlich gut finde, wenn er da ist, dass er das dann auch mit einbringt.

Es geht darum, dass wir hoffentlich eine Tischvorlage zu dem Punkt haben, die jetzt gerade kopiert wurde, vor zwei oder drei Stunden.

(Julia Gräff (Geschäftsstelle): Ja, die wurde ausgeteilt!)

- Dann würde ich gern auch ein Exemplar haben.

(Unterbrechung der öffentlichen Sitzung  
von 13:40 bis 14:10 Uhr)

Ich frage Sie jetzt, wie wir fortfahren. Wenn ich jetzt in den formalen Sachen fortfahre, dann kommen wir gar nicht zu einer inhaltlichen Diskussion. Wir haben beispielsweise natürlich die Frage, ob wir eine Anhörung zur Beteiligungsbereitschaft und zum Vetorecht machen wollen. Ich frage einmal andersherum: Wer ist denn heute bis 17 Uhr da? - Das sind relativ wenige.

Ich mache jetzt den Vorschlag, dass wir zu Tagesordnungspunkt 6 übergehen und sehen, dass wir zumindest bis 15:10 Uhr, also eine Stunde darüber beraten; denn ich hätte ein schlechtes Gefühl, in die Sommerpause zu gehen, ohne an unserem inhaltlichen Schwerpunkt gearbeitet zu haben.

Zu dem inhaltlichen Schwerpunkt TOP 6 liegen Ihnen zwei Papiere vor. Das eine Papier ist von Herrn Sommer, das andere Papier ist von mir.

Diese Papiere greifen die Diskussion zu dem Standortauswahlgesetz auf, betreffend den Prozess zwischen der Arbeit der Kommission und der Auswahl übertägig zu erkundender Standorte. Das ist ein sehr weitreichender Zeit- und Ablaufprozess, der da überbrückt wird.

Wir haben für den ersten Punkt, nämlich zu der Frage, was unmittelbar nach der Kommissionsarbeit kommt, einen Beitrag von Herrn Müller in der Kommissionssitzung gehabt, der darauf hingewiesen hat, dass es notwendig wird, dass die Kommission, wenn sie denn zur Mitte nächsten Jahres aufgelöst wird, gleichwohl noch eine Repräsentanz hat.

Dazu liegt jetzt kein Papier vor; es gibt nur innerhalb der Gliederung von Müller/Voges ein Schlagwort, das irgendwie „Informationsstelle“ lautet. Sie ist noch nicht weiter ausgekleidet; das scheint der Platzhalter für dieses Thema zu sein.

Dann kommen wir im nächsten Schritt dazu, dass es die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages gibt, und im Anschluss an den Beschluss im Deutschen Bundestag ist das Umweltministerium ermächtigt, das gesellschaftliche Begleitgremium einzurichten, sodass wir einen Zeitraum so beschreiben sollten: Er beschreibt die Phase zwischen der Auflösung der Kommission und der Einsetzung des Begleitgremiums.

Die zweite Phase ist die, dass wir festgestellt haben, dass es bis zu der Frage, wann übertägig zu erkundende Standorte identifiziert sind, so etwas wie Regionen gibt. Dazu hat Herr Sommer Überlegungen mit dem Schlagwort „Schwarzes Loch“ angestellt und zur Diskussion gestellt. - Ist er eigentlich noch da?

(Zuruf: Er ist auf der Toilette!)

- Aber ich wollte eigentlich, dass er sein Papier jetzt selber vorstellt.

Vielleicht können Sie sich noch einmal vor Augen führen, ob und inwieweit die von der Kommission entwickelten und vom Deutschen Bundestag dann verabschiedeten Kriterien auch noch einer öffentlichen Debatte unterliegen sollten. Respektive hat er es untergliedert und die Frage

aufgeworfen, ob im Anschluss an den Bericht erst noch ein nationales Gremium eingerichtet sein sollte, unter dessen Schirmherrschaft ein Beteiligungsprozess installiert wird, oder aber dann im Anschluss an den Beschluss des Deutschen Bundestages.

Ich hatte mir erlaubt, in meinem Papier das insoweit zu kommentieren, als dass ich gesagt habe: Ich glaube, dass der Ansatz, die Kriterien auch noch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und deren Votum einzuholen, grundsätzlich ein richtiger ist, dass er aber wohl in der politischen Landschaft wenig Gefallen finden wird.

Ich habe mich da jetzt sehr vorsichtig ausgedrückt, weil ich unserer Diskussion nicht vorgreifen wollte. Ich würde es jetzt hier noch einmal ein bisschen deutlicher sagen: Wenn eine Kommission zweieinhalb Jahre gearbeitet hat, die ja ein Stück weit mehr ist als ein nationales Begleitgremium, und einen Beteiligungsprozess macht und anschließend ein Bericht vorgelegt wird und der Deutsche Bundestag den Handlungsempfehlungen folgt, dann kann ich mir schwer vorstellen, dass es dazu kommt, dass der Bericht respektive ein wesentlicher Inhalt des Berichts noch einmal vollumfänglich zur Disposition gestellt wird, nachdem der Bundestag sich im Gesetzgebungsverfahren hoffentlich für wesentliche Teile dieses Berichts ausgesprochen haben wird. - Das ist so eine Schlüsselstelle, über die wir diskutieren müssen, wenn wir das Papier Sommer angucken.

Wenn wir mein Papier angucken, dann sehen Sie, dass ich ein klareres Bild entwickle, was Standortregionen sind, aber undeutlicher bin, was an diesen Standortregionen gemacht werden kann, und zwar deshalb undeutlicher bin, weil natürlich das Zur-Diskussion-Stellen von kriterienbasierten Entscheidungen mit der Maßgabe, man könne dann eine Rückverweisung vornehmen, klarer ist als meine Formulierungen, die da-

hin gehen, dass wir überlegen sollten, ob die Kriterien nicht unterschiedliche Härte haben; ich spreche also von harten und weichen Kriterien. Es geht darum, ob man dann bei weichen Kriterien die Anwendung dieser Kriterien teilweise noch zur Diskussion stellen kann, indem man einem regionalen Forum die Möglichkeit eröffnet, Folgendes zu sagen: Also, der Vorhabenträger hat jetzt die vom Deutschen Bundestag beschlossenen Kriterien zur Anwendung gebracht, und im Verlaufe dieser Anwendung ist es in wahrscheinlich zwei Stufen so - -

Ich habe versucht, das dann zeichnerisch so darzustellen, dass es eine größere Anzahl von Teilgebieten, wie ich es jetzt einmal genannt habe, und dann anschließend von besonders günstigen Standorten gibt, dass es auf diesem Weg dann Ergebnisse gibt und dass es sehr gut wäre, wenn dann diese Standortregionen in der Lage sind, die Entwicklung dieser Vorschläge nachzuvollziehen und im Nachvollziehen dann möglicherweise so etwas wie ein Rückverweisungsrecht haben oder, um es jetzt aus der Schweizer Erfahrung zu beschreiben, vielleicht auch so eine Art Sachveto haben, das dazu führen könnte, zu sagen, also, das leuchtet uns soweit ein, aber mit Blick auf bestimmte Auswahlkriterien, bestimmte Planungskriterien, bestimmte Arten des Vorgehens halten wir es für notwendig, dem Vorhabenträger noch einmal aufzugeben, noch einmal eine neue Suchschleife oder eine veränderte, modifizierte Suchschleife vorzunehmen.

Dafür steht das Bild, das ich hier schon zweimal strapaziert habe und gerne noch ein drittes Mal nehme. Ich habe Ihnen einmal erzählt, dass die Standortsuche für eine Sonderabfalldeponie, die ich einmal begleitet habe, einen bestimmten Durchlauf genommen hat: Man ist zu bestimmten Regionen gekommen und hat dann an dem runden Tisch, den ich damals leiten durfte, entschieden, dass es eigentlich nicht einleuchtend ist, für eine landesweite Suche für eine Sonderabfallde-

ponie, sämtliche Waldgebiete als Ausschlusskriterium gefasst zu haben, und man hat einmal versucht, was passieren würde, wenn Wald nicht als Ausschlusskriterium definiert wäre, und hatte eine veränderte Landschaft.

Man hatte dann die Situation, dass dieser runde Tisch sich mitgenommen fühlte, und dann hat man nicht die Kriterien in toto in die Tonne getreten, sondern man hat über eine Sensitivitätsanalyse einfach einmal geguckt: Was käme denn heraus, wenn man es anders macht? Dann mussten auch politische Gremien entscheiden, ob sie diese Veränderungen wahrnehmen. Wenn ich an die Ergebnisse des 20. Juni oder auch an andere vorliegende Papiere erinnern darf: Veränderungen von Kriterien müssen natürlich willkürfrei sein. Das heißt, das müsste ein dokumentierter Prozess sein, warum ich den Standortsuchprozess möglicherweise eine Nuance modifiziere.

Das ist das Bild, das ich habe, verbunden mit der klaren Perspektive: Wir müssen Schritt für Schritt jeweils absichten, das heißt, Schritt für Schritt mitnehmen, und es nützt uns nichts, da sehr schnell letztendlich Standortgemeinden immer in den Fokus zu nehmen. Wenn wir es in dem Zwischenschritt schaffen, dass die Kommissionsarbeit akzeptiert wird, wenn der Bundestagsbeschluss akzeptiert wird, wenn das Begleitgremium seine Aufgabe gut wahrnimmt, wenn die Vorhabenträger eine gute, frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung machen, dann kommen wir dazu, dass wir eben diese Legitimation, die hoffentlich aus der Kommissionsarbeit herrührt, dann auch in die nächsten Schritte mitnehmen.

Für diejenigen, die beim letzten Mal nicht dabei sein konnten, sei wiederholt, was gerade Herr Jäger unterstrich und ich auch noch einmal unterstreiche: Das Ankommen bei den Standortregionen und die Zäsur bei den Standortregionen ist von entscheidender Bedeutung. Man darf nicht zu schnell zu den Standorten gehen, man muss die Möglichkeit haben, dass wir auf der Ebene

der Regionen noch einen breiteren runden Tisch haben und diese Bürgerbüros und diesen Bürgerdialog haben, bevor man schon weiß, welcher Standort es wird.

Auf diesen konzeptionellen Weg würde ich Sie gern noch einmal mitnehmen. Das habe ich jetzt noch einmal schriftlich niedergelegt und habe außerdem sogar jetzt schon einmal einen Normierungsvorschlag gemacht, nur, um auch wiederum zu zeigen, dass ich mir vorstellen könnte, dass man mit wenigen Eingriffen ins Gesetz unseren Grundgedanken auf jeden Fall umsetzen kann.

Also, das ist jetzt das Gesamtportfolio dessen, was Sie in den zwei Papieren vorliegen haben, und ich würde vorschlagen, auch wenn Herr Sommer momentan nicht da ist, dass wir natürlich mit seinem weitergehenden Ansatz erst einmal beginnen.

Diesen Ansatz wiederhole ich noch einmal dahingehend in drei Sätzen: Es ist die Überlegung, dass die Kriterien noch einer intensiven Debatte unterliegen, entweder in einem circa einjährigen Prozess, bevor der Bundestag über den Bericht entscheidet, oder aber in einem Prozess, der dann dem Bundestag nachfolgt, aber dem schon ein Stück weit das Recht eingeräumt wird, die Bundestagsentscheidung noch einmal so infrage zu stellen, dass dann der Bundestag über diesen Beteiligungsprozess und dieses Beteiligungsergebnis noch einmal diskutieren müsste.

Ich glaube, ich habe das unparteilich dargestellt, wengleich aus meiner Darstellung natürlich deutlich wird, dass ich es nicht für sehr realistisch erachte - das ist dann die Positionierung -; aber ich glaube, ich habe es richtig wiedergegeben, und ich würde dann gerne ein paar Beiträge dazu haben. - Herr Fuder, einen ganz kleinen Moment.

Regiefrage: Wir sind lange schon wieder im öffentlichen Teil? - Herzlichen Dank, dass Sie da flexibler waren. Wir haben das jetzt aus den Augen verloren. - Okay, dann bekommen Herr Fuder und dann Herr Jäger das Wort.

**Michael Fuder:** Zunächst einmal freue ich mich, dass wir dieses schwarze Loch in der letzten Sitzung ausfindig gemacht haben. Ich halte das für relativ zentral für die Möglichkeit des Gelingens überhaupt des gesamten Beteiligungsprozesses.

Aus meiner Sicht haben wir dabei zwei Grundprobleme zu berücksichtigen. Das eine ist folgendes - das ist hier schon einmal gesagt worden, aber ich möchte es wiederholen, weil ich es für so wichtig halte -: Solange die potenziellen Standortregionen - die Debatte, was was ist, sollten wir nicht noch einmal führen - nicht festgelegt sind, haben wir zumindest in Teilen der Republik eine geringere subjektive Betroffenheit, als es angemessen wäre, mit der Problematik, dass dann die Gefahr besteht, es hinterher sozusagen noch einmal aufrollen zu wollen, was eigentlich schon mit Beteiligungsverfahren erarbeitet worden ist.

Ich halte es aus diesem Grunde zuerst einmal für relativ schwierig und bedauerlich, was die Kommission jetzt in Bezug auf das zeitliche Ende beschlossen hat, weil das nämlich die Möglichkeit extrem einschränkt, diesbezüglich noch einmal eine Sensibilisierung herzustellen.

Diese Sensibilisierung halte ich im ersten Schritt für absolut wichtig, dass nämlich die Festlegung der Kriterien, die Erarbeitung der Kriterien unter möglichst vollständiger Beteiligung praktisch der kompletten Republik stattfindet. Dies ist einerseits eine Notwendigkeit.

Ich hatte beim letzten Mal vorgeschlagen, sämtliche kreisfreien Städte und Landkreise direkt an-

zuschreiben und zu sagen, auch ihr seid potenziell dabei - irgendwo tauchte der Vergleich mit der Aids-Kampagne auf -, also als zusätzliches Beteiligungsformat, um auch darüber zum Beispiel eine Sensibilisierung hinzubekommen.

Für problematisch halte ich es, erarbeitete Kriterien so, wie Herr Sommer vorschlägt, noch einmal in einer Zusatzschleife von einem Jahr erneut komplett zu evaluieren. Das wäre im Grunde genommen eine Bankrotterklärung für den kompletten Beteiligungsprozess als solchen. Da bin ich zumindest höchstgradig skeptisch.

Es gibt aus meiner Sicht innerhalb des schwarzen Loches noch ein ganz dunkelschwarzes Loch, das hier bisher noch nicht thematisiert worden ist, von dem ich aber aus der praktischen Arbeit mit dem Asse-II-Begleitgremium sagen kann, dass es eine unglaublich große Bedeutung hat.

Das eine sind irgendwelche Gesetze und sonstigen Normen, das zweite sind Kriterien. Ja, aber dann kommt das behördliche Handeln, diese Kriterien auch anzuwenden, und wie dies und wie eine Beteiligung am konkreten behördlichen Arbeitsprozess aussehen kann, das ist bisher nach allem, was ich mitbekommen habe, hier überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen. Das ist aber das, woraus aus meiner Erfahrung heraus jedenfalls ganz, ganz schnell ganz, ganz große Konflikte entstehen. Das heißt, wir brauchen aus meiner Sicht eine Form der Begleitung der Anwendung der irgendwann feststehenden Kriterien in der zeitlichen Phase vom Beginn der Kriterienanwendung bis zur Festlegung der Regionen.

Dieses behördliche Handeln darf keine Blackbox sein, sondern es muss, wenn ich das Gesetz an dieser Stelle richtig lese, von bereits diesem nationalen Begleitgremium begleitet werden. Dies alleine wird aber aus meiner Sicht nicht ausreichen, weil wir zu der Zeit nämlich noch keine halb betroffenen Regionen haben, sondern wirklich diese scheinweiße Landkarte Deutschlands.

Das heißt, in dieser Phase - davon bin ich überzeugt - ist es notwendig, irgendwie eine Ausweitung dieses nationalen Begleitgremiums hinzubekommen, um allen, die die notwendige Sensibilisierung haben, klarzumachen, dass sie eventuell irgendwie betroffen sein könnten. - So weit vielleicht zunächst einmal.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ich würde die Nachfolgenden bitten, bei dem Begleitgremium deutlich zu machen, ob sie ein anderes meinen als das im Gesetz, und Sie meinen jetzt gerade kein anderes. Im Gesetz heißt es gesellschaftliches Begleitgremium, bei Sommer heißt es aus einem bestimmten Grund national. Ich sage dies nur, damit wir nicht aneinander vorbeireden. Sie meinen gesellschaftliches Begleitgremium im Sinne des Gesetzes?

(Michael Fuder: Ja!)

Es ist nicht sehr wichtig, soll aber vermeiden, dass sich letztlich etwas einschleicht, von dem wir dann nicht mehr genau wissen, ob es etwas Inhaltliches markiert.

(Michael Fuder: Genau!)

Also, wer das Gesetz meint, sagt bitte „gesellschaftliches“.

(Michael Fuder: Ja!)

Jetzt haben sich Herr Jäger, Herr Becker und Herr Meister gemeldet.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Wir haben in der Tat dieses schwierige Problem, nahezu die Quadratur des Kreises, hier zu lösen. Auf der einen Seite wissen wir, dass das Interesse und das Engagement erst dann so richtig steigen, wenn man tatsächlich betroffen ist, bei uns wahrscheinlich etwas intensiver als in der Schweiz. Da haben wir ja gehört,

dass selbst dann, als die Regionen benannt worden sind, die Initiativen doch moderat waren. Aber ich gehe einmal davon aus, das wird heftig. Das ist die eine Sicht.

Auf der anderen Seite habe ich den Antritt so verstanden, auch von der Kommission grundsätzlich folgenden Ansatz zu verfolgen: Es ist ganz entscheidend, dass man die wesentlichen Eckpunkte und Spielregeln vorab, bevor dann etwas konkret darauf folgt, festlegt und erst dann startet und die Ergebnisse sozusagen produziert, die natürlich dann immer wieder insofern hinterfragt werden dürfen, als sie ja den Spielregeln entsprechen müssen, gar keine Frage, aber nicht noch einmal grundsätzlich infrage gestellt werden dürfen und insbesondere nicht aufgrund der Spielregeln.

Herr Gaßner, vielleicht ein kleiner Hinweis zu Ihrem Beispiel, das Sie adressiert haben; möglicherweise habe ich es falsch verstanden. Aber es ist wahrscheinlich so, dass Sie in dieser landesweiten Diskussion einen Standort hatten. Wir hätten hier, wenn wir davon ausgehen, erster Beteiligungsschritt ist Region, so wie wir es ja ausgetauscht haben, also Vorhabenträger wendet die Spielregeln an und landet bei Regionen, und anschließend beginnt die öffentliche Beteiligung -so hatten wir es ja bisher als Maßgabe -, dann eine Wettbewerbssituation. Ich stelle mir gerade vor, dass wir dann, wenn wir mehrere Regionen haben, die die Möglichkeit hätten, über die Spielregeln zu diskutieren, eine noch erheblich schwierigere Debatte zu führen hätten, als wenn man sich nur auf einen Standort konzentriert.

Ich bin dezidiert der Meinung, dass wir einen solchen Prozess nicht erfolgreich gestalten können, wenn wir nicht einen Schlusspunkt setzen und sagen, das sind die Spielregeln, natürlich immer nur so weit festgezurr, wie es dem Stadium der jeweiligen Entscheidung entspricht. Mein Petitum ist also, Gestaltungsspielraum, soweit möglich, offenzulassen, siehe Schweizer



Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Verfahren, übertägige Gestaltungsmöglichkeiten, aber ansonsten die Kriterien definitiv festzuhalten; denn ansonsten hätten wir eine Kommission 2.0 nach Abschluss unserer Arbeit, und das würde extrem schwierig werden.

Also klares Votum: Mit Bundestagsbeschluss muss dann das festgezurrert sein, einschließlich der Spielregeln, was am Ende angewendet wird. Die Schlussfolgerung, die ich daraus ziehe, ist, dass wir der Zielgruppe Regionen, wenn ich das jetzt noch einmal so sagen darf, eine noch größere Bedeutung zumessen müssen.

Wir haben ja jetzt eine Arbeitshypothese, wie wir - Herr Fuder, Sie haben das auch eben angesprochen - auf die Republik zu gehen, potenzielle Regionen sozusagen einladen, sich zu melden. Wir müssten überlegen, inwieweit wir das möglicherweise noch schärfen können. Aber wir müssen intensiv mit den Regionen ins Gespräch kommen. Wir haben ja jetzt ein Format, das bis Januar reicht, und dann haben wir noch einmal ein halbes Jahr, während dessen wir den großen Vorteil haben, ein Gesamtbild zu haben. Da haben wir dann den Ablauf, dann haben wir die Zwischenstationen, die Kriterien an den einzelnen Entscheidungen, und in diesem halben Jahr müssen wir es schaffen, die Regionen mit an Bord zu holen. Das müssen wir auch deutlich kommunizieren: Jetzt geht es, danach nicht mehr. Das ist zwar hart, aber das ist aus meiner Sicht der einzig erfolgreiche Weg.

Vielleicht noch ein Hinweis, Herr Fuder, zu Ihrer Sorge, dass die Behörden nicht so handeln, wie die Spielregeln es am Ende erfordern oder es möglicherweise schwer ist, das umzusetzen; vielleicht formuliere ich es einmal so. Ich würde in der Tat dort eine wesentliche Rolle des Begleitgremiums sehen, jetzt im Sinne des Gesetzes des gesellschaftlichen Begleitgremiums. Auch das spricht dafür, dass wir als Kommission die Spielregeln komplett beschreiben und der Bundestag

sie modifiziert oder beschließt. In diesem Moment ist das sozusagen das Setup für das Begleitgremium. Das wäre für mich das Verständnis, wie dieses Begleitgremium arbeiten soll oder welche Rolle es einnehmen soll. Es ist sozusagen der Hüter dieser Spielregeln, und dazu würde sicherlich auch ein Monitoring der Behördenaktivitäten gehören, bis hin eben möglicherweise zu einer Konfliktlösung, was auch immer dort auftaucht. Das wäre ein wesentlicher Punkt, damit man tatsächlich dort auch entsprechend dieser Spielregeln verfährt.

Herr Fuder, ich würde da jetzt nicht noch ein schwarzes oder ein ganz schwarzes Loch sehen; denn wenn man unterstellt, dass wir die Auswahl der Regionen als ersten wichtigen Aufsetzpunkt sehen - das sehe ich in der Tat so, weil das anschließend alles Weitere und unser Vorgehen auch prägen wird -, dann ist das der erste Schritt des Vorhabenträgers, ohne dass diese Regionen schon festgelegt sind. Vielmehr beginnt der Vorhabenträger da mit einer „weißen Landkarte“, danach kommt die Negativkartierung, und anschließend kommt eine erste Positivkartierung. Dann ist es so weit, und es gibt die Einbeziehung der Öffentlichkeit, insbesondere natürlich der Regionen. Dann ist das BfE, dann ist die Regulierungsbehörde da noch gar nicht im Eingriff, sich damit zu beschäftigen, sondern mit diesem Vorschlag wird sich zunächst einmal an dieser Stelle auseinandergesetzt, wobei ich - -

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Jäger, ich habe sieben Leute auf der Rednerliste, und wenn sie jetzt alle sozusagen - -

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ich war gerade dabei; das war mein Schlusssatz. - Also, Fokus auf das zweite Halbjahr 2016, was die Regionen angeht.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Es sind auf der Rednerliste Herr Becker, Herr Meister, Herr Kudla, Herr Thomauske, Herr Miersch und Herr

Sommer, und es wird mir jetzt natürlich nur bedingt zugelassen werden, zu versuchen, sie inhaltlich zu lenken. Aber wir müssen jetzt Obacht geben. Also, wenn ich jetzt sieben Leute aufrufe, dann ist es mehr oder weniger drei Uhr, und ich fand den Beitrag, wenn ich ihn jetzt benoten darf, einfach zu weit - nicht zu lang, zu weit.

(Heiterkeit)

Er hat jetzt alles aufgemacht, und wenn jetzt jeder zu jeder Facette etwas sagt - - Ich würde eher jetzt vielleicht folgenden Organisationsvorschlag machen - ich nehme lieber jeden zweimal dran -, dass wir jetzt zunächst einmal uns enger nur an das Papier von Herrn Sommer halten, damit wir da zu einem bestimmten Zwischenergebnis kommen, und würde bitten, die Beiträge, die sich auf die Frage des Abschlusssprozesses beziehen, etwas zurückzustellen. Das gelingt selten; aber vielleicht doch. Ich verspreche jedem, der sich thematisch konzentriert, auch noch eine zweite Rederunde. Das wären jetzt Herr Becker und Herr Meister.

**Thorben Becker:** Ich bin auf die Benotung gespannt. - Erstens ist es meines Erachtens gut, dass die Problematik jetzt auf dem Tisch liegt. Ich stimme Herrn Jäger in der Aussage voll zu, dass, wenn man dieses Problem ernst nimmt, tatsächlich die erste Herausforderung, die sich uns stellt, eine möglichst intensive Beteiligung der potenziellen Standortregionen ist. Das haben wir in der Arbeit der Kommission, in dem Format vorsichtig vorgesehen, und ich halte das für ein starkes Argument dafür, tatsächlich darüber nachzudenken, dieses Format zu intensivieren, auszuweiten und Ähnliches. Ich glaube, das ist tatsächlich die beste Antwort, die die Kommission auf diese Herausforderung geben kann. Ich glaube auch - Herr Fuder hat es wohl gesagt -, dass es natürlich doppelt schwierig ist, das in der vorgegebenen Zeit zu schaffen.

Ob es danach wirklich ein schwarzes Loch gibt, so in der Realität, weiß ich dann aber nicht. Meines Erachtens wird es dann sehr stark darauf ankommen, was der Deutsche Bundestag mit dem Kommissionsvorschlag macht. Bisher klingt es in den Papieren so: Ja, er nimmt es und beschließt es.

Aber ist das die Realität, ist das die Realität bei diesem Thema? Wir haben dann wahrscheinlich, wenn der Zeitplan so bleibt, Ende 2015, Anfang 2016 den ersten Entwurf dieses Kriteriensatzes. Er wird dann von der Kommission nach öffentlicher Beteiligung im Sommer 2016 vorgestellt.

Dann fangen doch alle Regionen an zu gucken, was das denn heißt, wer davon betroffen ist, und nehmen zufällig auf ihre Wahlkreisabgeordneten Einfluss. Insofern ist der Bundestag dann tatsächlich ein sehr spannendes Gremium. Er muss nur darauf vorbereitet sein und diese Herausforderung wirklich annehmen und dazu über Formate nachdenken, wie man das kanalisieren kann, damit es tatsächlich dann nicht in möglichst vielen intensiven Gesprächen in den Büros der Wahlkreisabgeordneten stattfindet, sondern in einen Diskussionsprozess mündet, in den sich die Regionen einbringen können.

Das ist dann wahrscheinlich wieder ein Zeitproblem; aber ansonsten ist das meines Erachtens genau richtig, da eine intensive Beteiligung nicht durch irgendein Begleitgremium oder durch das BfE vorzusehen, sondern am besten durch den Bundestag direkt und selbst, und das dann in einen Beschluss münden zu lassen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Meister, bitte.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Es ist sicherlich ein Gewinn, dass wir jetzt signifikant diese erste Phase vertiefen. Ich hatte viel Sympathie - das hatte ich Ihnen auch gesagt, Herr Sommer - für

die drei Vorschläge, die Sie dann schnell eingebracht haben, und ich hatte Ihnen am Rande gesagt, dass drei eine interessante Variante ist, die allerdings hoch riskant besetzt ist, weil sie zugleich die Endgültigkeit oder, sagen wir einmal, eine vorläufige Verlässlichkeit der dann avisierten Kriteriologie, die durch den Bundestag gegangen ist, in einem nationalen Begleitgremium noch einmal der Überprüfung übereignet, und das, glaube ich, würde schiefgehen. Was Herr Jäger angekündigt hat oder eben noch einmal so formuliert hat, findet sich eher in Beispiel 1 bei Herrn Sommer, wozu Sie, Herr Sommer, auch deutlich gesagt haben, das schaffen wir zeitlich nicht.

Wir wissen, dass wir, wenn wir in diese starke erste Phase hineingehen, sozusagen in einer brennenden Phase sind, politisch, sozial, aber auch in der Überprüfung der wissenschaftlichen Kriterien, die wahrscheinlich bestimmte Bewegungen provozieren wird, die wir uns noch gar nicht vorstellen können.

Deswegen ergibt sich daraus meine erste Frage tatsächlich an die Politik, so wie Herr Becker das eben auch noch einmal gesagt hat - Herr Miersch, wenn Sie das noch einmal sagen könnten -: Was ist denn denkbar, wenn der Bundestag entscheidet, in einer solchen Situation? Gibt es dann überhaupt noch Ideen, dass ein gesellschaftliches Begleitgremium sich noch ein Jahr müht, mit den Standortregionen nicht nur die Plausibilität dieser Kriterien zu besprechen, sondern sie eventuell sogar noch grundsätzlich zu diskutieren? Ist es denkbar, dass das noch einmal vom Bundestag so sanktioniert werden könnte? Dies scheint mir, muss ich sagen, hochgradig unrealistisch zu sein.

Zum Zweiten stellt sich aber auch die Frage: Wie verlässlich wollen wir das, was wir leisten, bis Mitte 2016 dann auch abgeben, und welche Autorität bzw. welche Möglichkeiten wollen wir für dieses gesellschaftliche Begleitgremium beschrei-

ben? Dabei geht es nicht darum, auf der Spielwiese der Möglichkeiten die endgültige Wahrheit in dem Prozess zu finden, der dann kommt, sondern, um zu formulieren, wie nach bestem Wissen und Gewissen diese Kriterien jetzt eine Gültigkeit haben.

Dann erscheint mir das, was Herr Gaßner eben sagte, rechtliche Optionen einzubauen, schwierig. Also, wenn wir jetzt über politische, soziale und wissenschaftliche Kriterien reden, dann über rechtliche Optionen noch Möglichkeiten zu schaffen, in denen man in bestimmten Facetten einen Schritt zurück denken kann, wäre eine Aufgabe, die schon im Kommissionsbericht mit drin sein muss, damit diese erste Phase nicht implodiert oder nicht explodiert.

Zum Thema dieses schwarzen Loches nur eine wunderbare Geschichte - Sie haben das eben noch einmal so zugespitzt, Herr Fuder -, eine der wunderbaren, finde ich: Simone Weil formulierte einmal, dass die größte Sünde der Gehorsam gegenüber der Gravitation ist. - Schwarze Löcher haben viel mit Schwerkraft zu tun, und zu alles, was da passiert, wird sozusagen minutenschnell aufgesaugt und ist vorbei. Ich glaube, wir brauchen leichte, gute Ideen, damit wir das handhaben können.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Kudla, Herr Thomauske, Herr Miersch, Herr Sommer.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Ich war zwar in der letzten Sitzung der AG 1 nicht anwesend; deswegen hat mich das Papier etwas verwundert, weil ich dieses schwarze Loch an sich nicht ganz so sehe.

Herr Sommer, es ist sehr schade, dass Sie bei der Sitzung der AG 3 etwa Ende April, Anfang Mai nicht dabei waren; denn wir diskutieren ja in der AG 3 teilweise das Gleiche, was wir hier auch

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

diskutieren. In der AG 3 werden Kriterien festgelegt, und dazu haben wir das letzte Mal einen ersten Entwurf diskutiert. Wir legen Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und Abwägungskriterien fest, diese drei.

Wir haben dann diskutiert, wann sie festgelegt werden und ob nicht die BGR schon einmal Karten erarbeiten soll, wo welche Ausschlusskriterien mehr oder weniger erfüllt sind und wo Mindestanforderungen nicht erfüllt bzw. erfüllt sind - es gibt ja diese BGR-Karten zum Salz, zum Kristallingestein und zum Tonstein -, und wir waren einhellig der Meinung, dass es diese Karten nicht geben darf, bevor der Bundestag diesen Bericht nicht beschlossen hat, weil sonst jeder Wahlkreisabgeordnete hineinschaut: Genügt meine Region diesen Kriterien, oder genügt sie nicht?

Das ist in der AG 3 ausführlich diskutiert worden: Es soll keine Karten dazu geben. Wenn sich ein Landkreis selber die Mühe macht, das umzusetzen, also zu schauen, ob die Kriterien erfüllt sind oder nicht, dann ist das seine Sache. Aber es soll keine offiziellen Karten von einer Institution geben.

Die Kriterien selbst müssen im Rahmen des Prozesses hier, also im Rahmen der Arbeit der Endlagerkommission, festgelegt werden. Wir waren uns an sich auch einig, dass sie festgezurrt werden müssen, mindestens die Ausschlusskriterien und die Mindestanforderungen, und sie müssen dann gesetzt sein, und Punkt; ansonsten kommen wir hier nicht weiter.

Die Abwägungskriterien sind im Übrigen immer etwas weichere Kriterien, und die Abwägungskriterien kommen sowieso erst zum Einsatz, wenn man einen Standort A mit einem Standort B vergleicht bzw. eine Standortregion A mit einer Standortregion B vergleicht. Insofern ist dann an dieser Stelle ohnehin immer noch ein gewisser

Spielraum da. Das beinhaltet schon der Begriff Abwägung an sich.

Es muss aber so sein, dass die Ausschlusskriterien und die Mindestanforderungen festgezurrt werden mit Ende des Berichtes und dann durch den Bundestag beschlossen werden. Ähnlich hat es auch Herr Jäger gesagt, und das sehe ich ganz genauso.

Dann geht das eigentliche Standortauswahlverfahren los, und hierbei muss es ein Begleitgremium geben; ich hoffe, dass wir hier noch besprechen werden, ob wir das gesellschaftlich oder national nennen. Dann werden im ersten Schritt alle Regionen in Deutschland identifiziert werden, die die Ausschlusskriterien und die Mindestanforderungen erfüllen, alle. Ich stelle mir hier wirklich vor, alle. Wie eine Behörde bzw. der Vorhabenträger zu diesen Regionen kommt, das muss natürlich nachvollziehbar, nachprüfbar und transparent sein. Das muss dann ein Begleitgremium usw. überprüfen; das ist für mich klar. Erst dann werden größere Regionen feststehen.

Insofern sehe ich bis dahin erst einmal kein solches schwarzes Loch. Ich sähe es auch wirklich als verkehrt an, wenn die Ausschlusskriterien und die Mindestanforderungen nach dem Bundestagsbeschluss noch einmal diskutiert würden. Das geht nicht. Es muss hier eine gewisse Reihenfolge eingehalten werden. Ich hoffe, der Beitrag war nicht zu lang. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Jetzt haben sich Herr Thomaske, Herr Miersch und Herr Sommer gemeldet, und dann würde ich gerne selber auch noch einmal etwas sagen. - Herr Thomaske, bitte.

**Prof. Dr. Bruno Thomaske:** Ja, vielleicht eine erste Anmerkung: Schwarze Löcher sind gut erkennbar. Man sieht sie;

(Heiterkeit)

sonst wüssten wir darüber nichts. Wir können nur nicht in die schwarzen Löcher hineingucken. Das schaffen wir nicht.

Die zweite Anmerkung: Eigentlich müssten wir hier eine Reihe von Gesetzen einführen, Meister slow number one. Haben wir das nicht alles schon einmal diskutiert?

Dazu gehört natürlich auch die Frage: Starten wir mit der weißen Deutschlandkarte, oder haben wir schon Regionen? Wir haben uns dazu vereinbart: Wir starten mit der weißen Deutschlandkarte. Insofern ist damit, Herr Sommer - da sind wir uns dem Grund nach, denke ich, auch einig -, das Dilemma verbunden, dass wir nicht die Beteiligungsbereitschaft an diesem Prozess in den Regionen haben, weil sie das nicht wahrnehmen.

Das wurde uns auch in der Schweiz berichtet; auch dort ist die gleiche Erfahrung, dass in dieser Phase, solange die Kriterien abstrakt bekannt sind, aber die Regionen nicht benannt sind, bei den Leuten auch nicht die Bereitschaft zur Beteiligung besteht, und selbst wenn sie bekannt sind, gibt es nur eine beschränkte Beteiligungsbereitschaft. Auch da haben wir ja die Klagen gehört, dass sich hierbei nicht so viel an Beteiligungsbereitschaft auftut, wie man vielleicht erwartet oder erwarten konnte.

Insofern glaube ich, dass die Fragestellung der Evaluation durch die Regionen gar nicht lösbar ist. Wir werden nicht Beteiligungsbereitschaft in den Regionen haben, weil sich keine Region betroffen fühlt, und ich weiß nicht, ob es das Verfahren verbesserte, wenn wir willkürlich eine Region auswählten. Insofern besteht nur die Möglichkeit, dass wir auf der Grundlage der weißen Deutschlandkarte eine Festlegung treffen, die ist es; ansonsten haben wir später das lernende Ver-

fahren. Natürlich wird man, wenn dann im Rahmen der Abwägungskriterien unterschiedliche Auffassungen bestehen, darüber diskutieren, und dann werden die Argumente eingebracht und bewertet werden müssen. Aber das ist ein ganz normales Prozedere. Insofern haben wir das eigentlich in dem Verfahren mit den Abwägungskriterien im lernenden Verfahren mit berücksichtigt.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Miersch, Herr Sommer, Herr Gaßner.

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Ich weiß nicht, Herr Kudla, wie sich die Kollegen in Ihrer AG 3 zu dieser Geschichte verhalten haben, BGR dürfe dann keine Karte vorsehen. Aber einmal ganz offen gesagt: So naiv ist meines Erachtens kein Abgeordneter.

Sie können davon ausgehen, dass natürlich in dem Moment, da diese Kommission hier ihren Abschlussbericht vorlegt, sehr genau geguckt werden wird, was denn zu Kriterien darin steht, und dann gibt es sehr schnell die nächste Frage: Gibt es Standorte, die damit herausfallen, oder gibt es welche, die dann drin sind? Das werden wir nicht verhindern können.

Dann haben wir eine Situation, die nicht ganz einfach ist und die uns auch klar sein muss, denn wir sind dann ein Jahr oder sogar nur ein paar Monate vor der nächsten Bundestagswahl. Deswegen ist es sehr spannend, und ich kann auch keine Vorhersage treffen, ob der Deutsche Bundestag dann überhaupt eine Entscheidung trifft, ob er sagt, wir nehmen den Kommissionsbericht zur Kenntnis. Das könnte erst einmal die eine Lösung sein; das Zusammenspiel zwischen Bundesrat und Bundestag lässt aber etwas anderes erwarten, wenn man dem Anspruch gerecht werden will, dass man das gerade nicht zu einer Wahlauseinandersetzung werden lassen will.

Aber ich kann es im Moment nicht vorhersagen. Das ist sehr, sehr unsicher, und es hängt auch sehr davon ab, wie der Bericht ausfällt, wie stark die Kriterien genannt werden, ob es ganz klare Ausschlüsse gibt, wie allgemein die Aussagen von uns darin sein werden.

Ich kann Ihnen sagen, beim Thema Fracking zum Beispiel kursieren augenblicklich überall sofort die Landkarten, und Sie können sofort sehen, wie sich die einzelnen Kolleginnen und Kollegen da verhalten. Sie werden das nicht verhindern können; das muss uns klar sein. - Sie wollen direkt dazu etwas sagen? Machen Sie ruhig.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Ja, ganz kurz dazu: Das, was Sie sagten, ist natürlich auch diskutiert worden. Selbstverständlich kann jeder die Kriterien auf seinen Wahlkreis anwenden oder nicht. Es ging nur darum, dass keine offizielle Karte von einer staatlichen Institution wie der BGR herauskommt; nur darum ging es.

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Okay. - Ich glaube, diese Diskussion ist so wichtig, weil es wirklich einen ganz entscheidenden Übergang betrifft. Ich rege auch Folgendes an: Wir müssen das dann auch in der Großkommission irgendwann diskutieren, weil dies natürlich ein sehr zentrales Moment ist.

Was ich mir auf keinen Fall vorstellen kann, Herr Jäger, ist, dass wir den Anschein erwecken, ihr habt jetzt die Beteiligungsmöglichkeit, und dann geht nichts mehr - vielleicht habe ich Sie falsch verstanden -, weil es das lernende Element immer wieder möglich machen muss, zu sagen, dass wir eine Sackgasse genommen haben. Das ist ganz entscheidend. Deswegen werden wir meines Erachtens sehr daran basteln müssen, was dieses wissenschaftliche Begleitgremium leistet.

Aber ich nehme auch sehr ernst, was Herr Fuder schon in der wohl ersten Sitzung, an der er teilgenommen hat, uns dargestellt hat, wie die Ohnmacht der Zivilgesellschaft gegenüber behördlichem Handeln ist, wenn man praktisch in einer Sphäre drin ist, in der diese Ohnmacht aufkommt. Ich hoffe, wir haben solche Beteiligungsformen, dass es nicht dazu kommt. Da erscheint es mir ganz wesentlich, die Regionen immer wieder mitzunehmen und sich auch immer wieder beteiligen zu lassen, sodass sie nicht eine Situation erleben, in der man sagt, jetzt könnt ihr euch äußern und dann nicht mehr.

Das wahrscheinliche Szenario, Herr Meister, nur, um es abzuschließen: Ich glaube, dass der Bundestag kein Interesse daran hat, danach die Kommission 2.0 aufzusetzen, sondern er wird nach meiner Auffassung so vorgehen, dass wir möglicherweise noch eine große Anhörung durchführen, in deren Rahmen der Kommissionsbericht durchaus diskutiert wird. Dazu hatten wir in einer der letzten Sitzungen einmal gesagt, da könnte es ein Format geben, auch betroffene Regionen noch einmal zu hören, um zumindest eine Möglichkeit der direkten Einflussnahme neben dem Kommissionsbericht zu geben. Darüber muss man nachdenken.

Aber dann wird es ein Verfahren geben müssen, bei dem wir nach wie vor davon ausgehen, dass auch Regionen sich einbringen können, die bis dato noch gar nichts gesagt haben, und zwar über das gesamte Verfahren hinweg. Anders bekommt man meines Erachtens dieses Problem nicht gelöst.

**Vorsitzender Hartmut Gabner:** Herr Sommer.

**Jörg Sommer:** Herr Kudla, Sie haben recht. Es war schade, dass ich bei dieser Diskussion nicht dabei war; es wäre bestimmt spannend verlaufen. Aber so ist das eben mit unseren AGs: Wir diskutieren manchmal auch parallel, manchmal mit

unterschiedlichen Ergebnissen, und wir können sie auch nicht immer kurzschließen.

Der Hintergrund unserer ganzen Diskussion war ja der, dass wir nicht gesagt haben, es gibt ein schwarzes Loch, sondern es könnte eines drohen. Wir haben gesagt - da waren wir uns eigentlich sehr einig in der Arbeitsgruppe -, es besteht eine große Gefahr, dass zwischen dem Ende der Kommissionstätigkeit und dem Beginn der Beteiligungsverfahren in den Regionen etwas passiert, was den gesamten Prozess delegitimieren könnte.

Darin sehe ich wirklich ein sehr, sehr großes Risiko. Wir können zwar in dieser Phase das gesamte Verfahren, den gesamten Beteiligungsprozess nicht gewinnen, aber wir können ihn in dieser Phase bereits verlieren. Alles, was danach kommt, kann etwas sein, was immer unter diesem Aspekt des nicht legitimen Verfahrens angezweifelt zu werden droht. Wir können es dann verlieren, wenn wir den Fehler machen, zu sagen, die Kommission hat ja, weil so wunderbar breit besetzt, offen und transparent getagt und ein wunderschönes Ergebnis inklusive Kriterienkatalog entwickelt; der Bundestag hat das brav nach Anhörung oder Anhörung beschlossen, und dann gehen wir in die Regionen und sagen, aber eines diskutieren wir mit euch nicht mehr: alles das, was auf Bundestagebene Beschlusslage ist.

Wenn wir das machen, dann werden wir das gesamte Verfahren hindurch die Debatte haben, dass die Spielregeln nicht akzeptiert werden, weil sie in einem Prozess gesetzt wurden, der nicht akzeptiert ist und in dem sich die Regionen nicht beteiligt fühlten; denn das bisschen Regionalbeteiligung, das wir während der Kommission noch generieren können, wird nicht ausreichen, um in den Regionen eine Grundakzeptanz für diese Geschichte zu entwickeln.

Wir werden vom ersten bis zum letzten Moment des Verfahrens in den Regionen immer wieder

die Debatte haben, dass Kriterienkatalog, Spielregeln etc. aufgemacht werden, und wir können nicht wirklich dagegen argumentieren, weil wir wissen, dass wir sie zu einem Zeitpunkt hier beschlossen haben, als die Betroffenheit in den Regionen noch nicht wahrgenommen wurde. Das ist das große Problem, das wir haben, und das müssen wir lösen. Das möchte ich aber nicht in anschließend zu beanstandender Weise lösen.

Da möchte ich auch nicht, dass Sie mich missverstehen, Herr Meister; wenn Sie meinen Vorschlag 3 anschauen, so sagt er genau das nicht. Er sagt genau nicht, dass wir einen Bundestagsbeschluss haben, den wir anschließend noch einmal mit den Regionen ausverhandeln. Auch das möchte ich nicht. Ich möchte schon die Wertigkeit eines parlamentarischen Beschlusses stehen lassen.

Deshalb möchte ich dieses Diskutieren mit den Regionen haben - ich habe es Evaluieren genannt -, bevor der Bundestagsbeschluss gefasst wird. Ich weiß, dass das vor dem Hintergrund der konkreten Situation der Bundestagswahl blauäugig ist. Deswegen habe ich mich auch nicht getraut, einen von diesen drei Vorschlägen zu favorisieren. Es gibt vielleicht noch einen vierten, viel intelligenteren Vorschlag. Ich sage nur, dass wir es brauchen. Mit einem so gearteten Prozess - Endlagerkommission macht einen Abschlussbericht, Bundestagsplenum beschließt ihn, wir gehen in die Regionen und sagen, so, das ist es jetzt, ihr könnt auf dieser Basis mitmachen oder nicht - werden wir es definitiv an die Wand fahren.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ja, vielen Dank, Herr Sommer. Meines Erachtens haben Sie noch einmal mit Nachdruck Ihre Position dargestellt. Das gibt mir Gelegenheit, noch einmal mit Nachdruck zu sagen, dass ich davon ausgehe, dass dies nicht realistisch ist.

Ich setze an die Stelle dessen, was Sie vorgeschlagen haben, Abschichtung. Wenn es nicht gelingt, dass die verschiedenen eingebauten Stufen jeweils eine Rückversicherung, eine Legitimation gewinnen, dass sie als Stufe zunächst einmal Akzeptanz geschaffen haben, wird der Prozess nicht funktionieren, weil es, ihren Gedanken weiterentwickelt, bedeuten würde: Weshalb sollte ein übertägig zu erkundender Standort akzeptieren, dass er der einzige ist, der die Kriterien nicht mitbestimmen darf? - Ich mache das jetzt ein bisschen ironisch. - Das würde ja auch nicht gehen. Es kann nicht sein, dass die Standortregionen noch einmal über das gesamte Portfolio der Kriterien entscheiden.

Ich halte es aber auch nicht für richtig, jetzt zu sagen, wir haben das in der AG 3 schon diskutiert, und sich nicht der Frage zu stellen, wie wir denn mit den Abwägungskriterien umgehen. Das ist ja genau mein Anknüpfungspunkt: Ist das Anwenden, das das gesellschaftliche Begleitgremium begleitet, und die Ergebnisdarstellung auf Grundlage von Abwägungen nicht etwas, wobei ich diejenigen, die dann Gegenstand sind, nämlich die dann Standortregion geworden ist, noch einmal auffordere, Stellung zu nehmen, ob sie auf Grundlage der vom Deutschen Bundestag beschlossenen Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen es als fair und gerecht ansehen, dass die Abwägungskriterien dazu geführt haben, dass sie Standortregion sind?

Das sind ganz andere Standortregionen, als hier teilweise jetzt genannt werden. Das sind wirklich auf Landkarten einzuzeichnende und im Abwägungsprozess ausgeschwitzte, echte bundesrepublikanische Orte. Unser Regionenformat ist ja eine Übungswiese, zu dem wir diejenigen Regionen einladen, die Standorte von Castoren sind. Das hat mit den Standortregionen, die wir dann im Auswahlprozess als geologisch besonders günstige ausschwitzen, nichts zu tun.

Deshalb werbe ich sehr intensiv dafür, dass wir dieses Ablaufschema des Anwendens - vom gesellschaftlichen Begleitgremium begleitet, vom Vorhabenträger durchgeführt - so definieren, dass es zu Standortregionen kommt. Wir waren beim letzten Mal schon so weit. Uns fehlte, wenn man so will, nur der Schritt, den Sie momentan auch noch nicht machen, den ich im Papier versuche: Sind diejenigen, die die Mindestanforderungen bestimmen, schon die Standortregionen, oder kommt da nicht dann noch die Definition hinzu, bestmögliche - dies habe ich jetzt einmal Teilgebiete genannt -, weil ich nämlich auch noch eine Art Positivkartierung vornehme?

Ich kann die Anwendung der Mindestanforderungen schon als Positivkartierung bezeichnen, oder ich kann weiter gehen und sagen: Ich suche unter den vielen, die es dann immer noch bleiben, die die Mindestanforderungen erfüllen. Das ist ja eigentlich eine Negativkartierung; ich frage ja, wer quasi noch übrig ist, und dann versuche ich, diejenigen zu finden, die die bestmögliche Geologie haben.

Da haben wir dann auf der Wiese mit Sailer und Grunwald und Jäger und Sommer usw. diese Zahlen schon einmal eingeführt, mit der ganzen Vorsicht, die ich auch zur Anwendung bringe, wenn man BGR-Studien anwendet. Es war die Spekulation, ob man dann, wenn man den Schritt geht, Standortregionen positiv zu bestimmen, bei eher 30 oder bei eher zehn landet. Das ist für den Beteiligungsprozess so wichtig, weil wir gesagt haben: Wenn es 30 sind, ist es völlig unmöglich, dann wirklich regional zu tagen. Wir können nicht 30 Bürgerdialoge machen, wir können nicht 30 Regionalbüros haben usw.; dann müssten wir eins hochzoomen, war der Vorschlag.

Deshalb ist der wichtige Schritt, den wir von der AG 3 brauchen, eine diesbezügliche Quantifizierung. - Übrigens, Parenthese: Sie haben in Ihrem



Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Vorschlag, was die Definition eines bestmöglichen Standorts angeht - die Definition ist ja noch nicht eingeführt -, dann etwas eingeführt, und jetzt kommen 200 Seiten, die das Auswahlverfahren beschreiben, und in den 200 Seiten müssen wir jeweils die Beteiligungsformate mit einweben. Aber wir wissen schon, dass es auf jeden Fall Standortregionen gibt.

Was wir eben so schnell brauchten, ist die Antwort auf die Frage, ob das eher zehn oder eher 30 sind, um unsere Formate an diese Frage heranzuführen und um dann wiederum zu diskutieren, nein, die Standortregionen können nicht die Auswahlkriterien noch einmal zur Disposition stellen, nein, die Standortregionen können nicht noch einmal die Mindestanforderungen zur Disposition stellen, aber sie können möglicherweise bei der Anwendung der Abwägungskriterien in einer Weise mitwirken, dass sie sich mitgenommen fühlen.

Dann muss da Konsens oder Akzeptanz sein, und dann erst wird die Stafette an die übertägigen Standorte gegeben, und dann werden sie wiederum darauf verwiesen, da gab es die Kommission, da gab es das Gesetzgebungsverfahren, da gab es den Deutschen Bundestag, da gibt es das gesellschaftliche Begleitgremium, da haben die Standortregionen getagt und haben sich damit ein Stück weit identifiziert. Dann gehe ich zu dem übertägigen Standort, und dann muss der sagen: Alle fünf Instanzen interessieren mich nicht. Das meine ich mit Abschichtung.

Natürlich werden die nicht Hurra schreien; wir werden das ja noch diskutieren. Aber das meine ich mit Abschichtung: Wenn auf jeder Ebene Legitimation durch Akzeptanz entsteht, dann habe ich eine Chance, dass diejenigen immer wieder auf jeder Stufe sagen: Das ist fair und gerecht.

Da würde ich nicht so weit einen Rückschritt machen wollen wie Herr Sommer momentan; aber ich will mich jetzt nicht hauptsächlich mit Herrn

Sommer befassen, sondern ich werbe sozusagen für dieses Abschichtungsdenken, dafür, dass wir da jetzt noch einmal einen Zwischenschritt machen, wo es notwendig wird, auf den Bundestag zurückzugehen, wenngleich ich - das muss ich auch ganz deutlich sagen - natürlich auch ein Gefühl dafür habe, dass die Kommission noch schwer darum kämpfen muss, dass ihre Entscheidung auch diese Akzeptanz gewinnt, die wir brauchen. - Dann Herr Kudla, Herr Becker und Herr Sommer.

**Thorben Becker:** Ich glaube, dass Herr Sommer vorhin richtig darauf hingewiesen hat, dass wir natürlich dann ein Riesenproblem haben, wenn dieser Kriteriensatz, den der Bundestag beschließen wird, nicht auf Akzeptanz stößt. Ich glaube, dann nutzt auch eine Abschichtung relativ wenig.

Das ist auch etwas, was man von dem Beispiel Netzentwicklungsplanung lernen kann, wo wir das ja auch haben, wo in einem Rahmen, in dem sich jeder beteiligen kann, es nur fast niemand macht, die Erforderlichkeit des Netzausbaus festgelegt wird und dies in den späteren Verfahrensschritten nicht wieder diskutiert werden kann. Das ist das Kernproblem, weil das jeder diskutieren möchte, zu Recht, würde ich sagen. Das haben wir hier auch.

Deshalb hilft es bei allen praktischen Schwierigkeiten, die ich sehe - kurze Zeit der Kommission, besondere Situation des Bundestages vor der Wahl -, nichts: Das ist sozusagen die Situation von dem ersten Entwurf Kommissionsbericht bis zum Beschluss des Bundestages, eine Phase, in der man tatsächlich etwas dafür tun kann, dass es zumindest ein breites Verständnis für die Entwicklung dieser Kriterien gibt. Ich glaube nicht, dass man das dann nachholen kann. Insofern ist es ja nicht ganz so, dass wir die Standortregionen in dem jetzigen Regionalformat nicht dabei haben, sondern nach einer Art Selbstselektion sind

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

sie ganz vorsichtig darin, und das kann man natürlich ausbauen.

Auf einen Punkt wollte ich noch hinweisen, auch bei dem Thema offizielle Karte: Es gibt ja noch einen Parallelprozess. Das BMU hat ja in der Einigung mit den Bundesländern zum Thema Gorleben-Veränderungssperre zugesagt, bis März 2017 ein allgemeines Standortsicherungsgesetz vorzulegen. Das ist natürlich in diesem Zusammenhang auch ein interessanter Prozess, weil da natürlich auch die Frage zu klären ist, welche Standorte dieses Gesetz denn eigentlich sichert.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Kudla, Herr Sommer, Herr Völker.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Ich möchte noch einmal auf die drei Kriterienarten kommen. Die Mindestanforderungen und die Ausschlusskriterien sind harte Kriterien. Sie sollen messerscharf sein, sie sollen zu einer Ja-Nein-Entscheidung führen, und sie dienen mehr oder weniger der Negativkartierung. Diese Kriterien müssen klar in unserem Bericht festgelegt sein. Jede Standortregion, sei sie auch noch so diffus, die sich hier beteiligen will, soll und muss sich auch beteiligen. In meinen Augen können wir diese Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien nach dem Beschluss des Bundestages nicht wieder aufweichen.

Anders schaut es mit den Abwägungskriterien aus. Da kann man ruhig dann noch nach dem Bundestagsbeschluss manches etwas konkreter fassen.

Vielleicht sollten wir das auch diskutieren, wenn sich erst einmal die AG 3 auf die Kriterien geeinigt hat, sie aber noch nicht in der Kommission beschlossen sind. Dann sollte man diese Kriterien auch hier einmal einfach durchgehen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Sommer, Herr Jäger.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ja, ich würde gerne daran anschließen. Wir haben in der Tat - -

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Entschuldigung, das war jetzt ein Missverständnis. - Herr Sommer, Herr Völker, Herr Jäger.

**Jörg Sommer:** Ich glaube, wir werden heute in dieser Frage keinen Konsens erzielen. Aber wir sollten wenigstens den Mut haben, einen sehr radikalen Dissens festzustellen.

Herr Gaßner, ich widerspreche Ihnen grundsätzlich und fundamental, dass Abschichtung ein Konzept zur Akzeptanzgewinnung in unserem Verfahren ist. Das sehe ich überhaupt nicht so; ich sehe, dass das in unserer Sichtweise eines sein könnte, dass es aber draußen nicht so wahrgenommen wird.

Ich will nur noch einmal zum Schluss eines sagen, um erneut nachdrücklich zu unterstreichen, dass wir uns dieser Frage noch einmal intensiver widmen müssen. Ich weiß jetzt auch nicht, wie das geschehen sollte; aber wir müssen es tun, wir müssen es bald tun.

Jeder Beteiligungsprozess, bei dem die Spielregeln von den Beteiligten nicht akzeptiert werden, ist zum Scheitern verurteilt. Es geht darum, dass wir die Akzeptanz dieser Spielregeln brauchen, die wir bisher noch nicht haben, und sie können wir herstellen, in einem möglichst frühen Zeitpunkt auf der einen Seite, denn je weiter man noch von einem unangenehmen Ende entfernt ist, desto leichter fällt es einem, Spielregeln zu akzeptieren; auf der anderen Seite müssen wir sie aber mit allen herstellen, die später möglicherweise betroffen sein können, und das ist die Kunst.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Es ist die Kunst in jedem Beteiligungsverfahren, zu einem frühen Zeitpunkt Spielregeln festzulegen und akzeptiert zu haben, auf die man sich dann im Gesamtverfahren immer wieder berufen kann. Diese Kunst müssen wir aber generieren; das können wir nicht mit dem Verfahren der Abschichtung. Das können wir vergessen. Da stimme ich im Übrigen mit Ihnen überein, Herr Kudla: Ich bin auch der Meinung, dass wir sehr gut aufpassen müssen, hier nicht Bundestagsbeschlüsse in Gang zu setzen, die anschließend wieder demontiert werden, bevor sie noch richtig gedruckt sind. Deshalb bin ich dafür, diese Akzeptanz der Spielregeln vor bestimmten Beschlüssen im Bundestag zu generieren, auch wenn das jetzt erstmals zum jetzigen Zeitpunkt fast wie ein Ding der Unmöglichkeit erscheint.

Vielleicht finden wir auch noch eine bessere Lösung. Heute werden wir sie nicht finden. Aber wir müssen dieses Problem ernsthaft angehen. Es genügt nicht, dass wir uns auf Abschichtung sowie darauf verlassen, dass irgendwann im Laufe des Prozesses die Regionen mal sagen, ja, weil ihr damals in der Kommission und mit Bundestagsbeschluss das so gemacht habt, wir aber damals noch gar nicht realisiert haben, was da passiert, akzeptieren wir jetzt trotzdem diese Spielregeln. Ich muss sagen, es wäre blauäugig, wenn wir uns darauf verlassen würden.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Entschuldigen Sie, wenn ich ausnahmsweise meine Funktion jetzt missbrauche. - Aber es ist natürlich auch die Frage: Warum sollen jetzt gerade diejenigen, die dann übertätig und untertätig erkundet werden, wiederum akzeptieren, dass andere die Spielregeln vorher festgelegt haben? Also, wir müssen ein Stück weit zur Abschichtung kommen. Ich kann mir das nicht anders vorstellen; denn wenn ich am Standort wäre, würde ich erst recht sagen: Warum durften jetzt gerade die, die nicht unmittelbar betroffen sind, darüber entscheiden? Das ginge nur auf, wenn man sagen würde, na ja, weil

ihr Teil der Region seid. Dann wäre es noch einmal wieder eine Schleife.

**Jörg Sommer:** Dafür haben wir den Begriff der potenziellen Standortauswahlregionen eingeführt.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Völker, Herr Jäger.

**Dr. Uwe Völker:** Ja, vielen Dank. - Ich glaube, an dieser Stelle müssen wir ein bisschen aufpassen, dass wir nicht ganz aus dem Blick verlieren, nach welchen Grundsätzen das Standortauswahlgesetz überhaupt zustande gekommen ist, aufgrund dessen wir uns hier versammeln und über all das sprechen. Deutliche Grundlage des Standortauswahlgesetzes war, dass wir uns hier in ein wissenschaftsbasiertes Verfahren begeben, nach welchem eben die geologischen Ausschluss- und Mindestkriterien zumindest schon einmal festgelegt werden.

Ich möchte wirklich dafür werben bzw. davor warnen - ich sage es einmal so -, diesen Satz von Kriterien, also die Ausschluss- und Mindestkriterien bzw. deren Wissenschaftsbasiertheit, wenn man das so sagen kann, dadurch infrage zu stellen, dass man schon bei der Erstellung dieser Kriterien mögliche Einwendungen von potenziell betroffenen Standortregionen einfließen lässt. Das wird mit Sicherheit dazu führen, dass hier der wissenschaftsbasierte Charakter deutlich verloren geht, was dann wiederum auch die Akzeptanz und Belastbarkeit unseres Verfahrens in Mitleidenschaft ziehen könnte.

Nichtsdestotrotz ist natürlich der Hinweis, dass wir an dieser Stelle für Verständnis und Akzeptanz dieser Kriterien werben müssen, ein völlig richtiger. Aber, wie gesagt, das darf nicht zulasten dieses Grundkonzepts des Standortauswahlgesetzes führen.

Dann noch ein Hinweis zu dem von Herrn Meister schon genannten Stichwort der Gravitation. Meines Erachtens muss es für unsere Arbeit hier ganz wichtig sein, dass wir selber Gravitation erzeugen, indem wir hier einen möglichst breit getragenen Kommissionsbericht zustande bekommen, der sowohl die geologischen als auch die sozioökonomischen Kriterien enthält, sodass es dem Bundestag dann eben schwerfallen wird, davon abzuweichen.

Natürlich wissen die Abgeordneten Bescheid, und natürlich wissen die Abgeordneten auch, dass es schon längst Karten vom BGR gibt. Sie entsprechen dann möglicherweise nicht mehr dem Kriteriensatz, den wir hier oder den auch die AG 3 erarbeitet. Aber nichtsdestotrotz wird man da hineingucken. Deshalb noch einmal hier auch das Werben darum - aber da sind wir auch alle beieinander -, hier einen gemeinsam getragenen Bericht zustande zu bekommen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Vielen Dank, Herr Völker. - Herr Jäger, bitte.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Zunächst einmal meine Einschätzung, dass vielleicht Abschichtung einerseits und das sehr frühe Gewinnen der Regionen andererseits, ohne ihnen irgendetwas vorzusetzen, was sie nicht in irgendeiner Form nachvollziehen und möglicherweise mitgestalten konnten, vielleicht doch nicht so gegensätzlich sind. Herr Gaßner, ich sehe durchaus Ihren Ansatz des weitestmöglichen Abschichtens; das muss man machen. Dann ist man aber schon in dem Prozess der Anwendung.

Auf der anderen Seite steht eben die Aufgabe: Wie kriegen wir denn die späteren Regionen tatsächlich soweit an Bord, dass sie uns hinterher nicht vorwerfen, das seien Spielregeln, die entstanden seien, ohne dass sie je die Chance gehabt hätten, sich daran zu beteiligen.

Also, ich sehe da nicht den ganz großen Widerspruch. Dennoch habe ich keine Patentlösung heute hier anzubieten, allerdings einen Vorschlag dergestalt, dass wir wirklich jetzt mit Hochdruck auch in den Zusammenarbeitszirkeln, die wir da schon adressiert hatten, an den Ablauf gehen und insbesondere den ersten Schritt zu skizzieren versuchen: Wie kommt man von der „weißen Landkarte“ auf Regionen, mit welchen Kriterien arbeitet man dort? Es gibt ja durchaus auch Vorstellungen, dass man da irgendwann auch planungsrechtliche Kriterien, sozioökonomische Kriterien anwendet.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Aber nicht bei Standortregionen!

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Nein; so mein Verständnis auch. Aber das ist noch nicht aussortiert. Wenn man das einmal sehr präzise vor sich sieht, lautet unsere Aufgabe, wie wir es in der uns verbleibenden Zeit doch schaffen, zumindest den entscheidenden ersten Schritt mit den Regionen, mit Menschen, die die Regionen vertreten, zu machen, weil da deutlich werden wird: Das sind sehr stark fachlich-wissenschaftliche Kriterien, die vielleicht gar nicht so viel Interpretationsspielraum geben, wie es möglicherweise jetzt suggeriert wird, es sei denn, wir eröffnen da schon eine ganz spannende Baustelle: Werden da schon die Weichen in Richtung eines Wirtschaftsgeplexes gestellt? Auch das wird natürlich die Komplexität bzw. die Intensität der Diskussion erheblich schärfen.

Also, ich äußere noch einmal meinen Vorschlag, jetzt auch die Sommerpause intensiv zu nutzen, möglichst schnell die ersten Schritte des Verfahrens und der dort anzuwendenden Kriterien zu Papier zu bringen und auf dieser Basis das Thema noch einmal aufzurufen. Ansonsten können oder müssen wir uns jetzt schon, da es in jedem Fall eine regionale Öffentlichkeitsbeteiligung in dieser ersten Stufe geben wird, der Frage

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

widmen: Was spricht dagegen, bereits da Vorstellungen zu entwickeln, wie man so etwas machen kann? Das hängt natürlich entscheidend von der Anzahl ab, gar keine Frage, aber grundsätzliche Überlegungen kann man da schon anstellen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, ich würde es an dieser Stelle damit bewenden lassen, weil die Rednerliste erschöpft ist. Es hat sich jetzt quasi erst einmal bis zu einem bestimmten Punkt entwickelt. Mein Verständnis ist momentan noch, dass wir zu den Standortregionen ohne viele Kriterien kommen.

Das ist sozusagen noch einmal eine Fachfrage an Sie: Was ist der nächste Schritt nach den Mindestanforderungen? Das würden wir dann weiter diskutieren, und dazu sollten wir auch einmal eine Art Arbeitsgruppe einrichten, weil ich nämlich nicht glaube - das ist mein Verständnis -, dass wir dazu kommen werden, die Anwendung der Kriterien und die Anwendung der Abwägungskriterien vorzunehmen. Wir können sie einmal simulieren; aber wir werden das nicht vorwegnehmen können.

(Prof. Dr. Bruno Thomauske: Vor allem die Definition, was eine Region ist!)

- Ja, das ist ja dann das, was Herr Jäger auch vor Augen hat. Das ist ja das Bitten, dass wir auch, bezogen auf die unterschiedlichen Wirtsgesteine, ein Verständnis dafür entwickeln, dass sie natürlich eine unterschiedliche Flächigkeit haben; das ist, glaube ich, hier auch schon angesprochen worden. Also, ich werbe noch einmal eine Nuance für die Papiere.

Ich würde das so sehen; das ist in der Diskussion jetzt auch ganz deutlich herausgekommen: Es gibt den einen Ansatz von Herrn Sommer, den wir auch weiter verfolgen müssen, in dem Sinne, dass hier die klare Aufforderung im Raum steht,

noch einmal quasi eine Beteiligungsphase, bezogen auf die Kriterien, zu machen. Das ist, so würde ich momentan einmal sagen, zwar eine Minderheitsposition; aber sie lässt sich nicht aus einer Stunde heraus umfassend entscheiden; dieser Eindruck soll überhaupt nicht erweckt werden.

Wenn man dem nicht folgen würde, behaupte ich jetzt einmal ein bisschen selbstgerecht, ist das, was ich aufgeschrieben habe, gar nicht schlecht, weil wir dann nämlich mit der AG 3 die Frage aufwerfen müssten - dafür würde ich werben -: Wie kommt man zu den realen Standortregionen, und zwar nicht zu denen, die wir in dem Beteiligungsformat simulieren, weil das ein ganz anderer Regionenbegriff ist?

Da ist für mich jetzt ein bisschen die plumpe Überleitung: Ich habe mir erlaubt, einmal die Frage aufzuwerfen, ob wir quasi eine Art vorläufige Themenpatenschaften und bestimmte Arbeitsschwerpunkte haben könnten, weil ich natürlich ein bisschen in der Sorge bin, dass unsere Diskussionen auch Verantwortlichkeiten gebären. In dieser Vorlage 42 ist vorgeschlagen, dass wir für den Auswahlprozess Standortregionen nennen und sich - das habe ich jetzt einmal geschrieben; da können noch andere mitmachen - Jäger, Sommer, Grunwald, weil er Vorsitzender ist, Thomauske und Gaßner dieses Auswahlprozesses noch einmal feiner annehmen.

Jetzt wurde mir zugerufen, dass Herr Grunwald möglicherweise sich wissenschaftlich irgendwie ins Ausland bewegt, um das vorsichtig auszudrücken. Wissen Sie das schon?

(Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla schüttelt den Kopf)

- Nicht. Gut, dann lassen wir das hier stecken. Den hätte ich jetzt vorgeschlagen. Wenn Sie die Seite einmal aufschlagen: In der Vorlage 1-42 auf

Seite 4 hatte ich vorgeschlagen, was diese Zielformulierung angeht, dass halt Grunwald die Patenschaft übernimmt, auch schon mit Blick dann auf den Bericht.

Darüber hinaus wäre eine Diskussion, die wir nicht heute führen sollten, ob die Definition des bestmöglichen Standorts oder des Standorts mit der bestmöglichen Sicherheit, die Herr Kudla in die Arbeitsgruppe 3 eingebracht hat, etwas mit dem Beteiligungsprozess zu tun hat. Da können Sie jetzt Ja oder Nein sagen; aber auf jeden Fall würde ich das ganz gerne diskutieren.

Sie würden sagen, der bestmögliche Standort ist der, der auf einem Auswahlprozess aufbaut, der dann im Folgenden beschrieben wird. Für mich wäre es wichtig, zu wissen: Ist in diesem Auswahlprozess die Beteiligung etwas Konstitutives, oder ist das nur etwas Begleitendes? Deshalb habe ich es hier sozusagen überhaupt für dieses Thema auch für die AG 1 „benannt“. Kann man sich vorstellen, dass ein schlechter Beteiligungsprozess Auswirkungen darauf hat, dass es vielleicht doch nicht der bestmögliche Standort ist, oder ist es so stark sicherheitsgeprägt, dass die Frage des Beteiligungsprozesses völlig unerheblich ist? Das müsste ein Stück weit auch in der AG 1 diskutiert werden - das ist nicht die AG 3, das ist die AG 1 -, und wenn Sie zu dem Ergebnis kommen - - Herr Thomauske.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Vielleicht nur einen Satz dazu: Neben den naturwissenschaftlichen Kriterien haben wir - dem Schweizer Verfahren folgend, dass unterhalb eines Schwellwertes alle Standorte in naturwissenschaftlicher Hinsicht ununterscheidbar gleich sind - natürlich in der nächsten Stufe die sozioökonomischen Kriterien; aber wir haben nicht das Kriterium, ob das Beteiligungsverfahren gut gelaufen ist, und nicht die Frage: Scheidet der Standort aus diesem Grunde gegebenenfalls aus? Ein solches Kriterium haben wir bislang nicht.

Insofern steht für mich nur die Frage des naturwissenschaftlich begründeten Vorrangs; nur die kommen in den Topf für diejenigen, die dann gut sind. Eine Abwägung nur aufgrund sozioökonomischer Kriterien hinsichtlich eines ansonsten schlechten Standorts geht ja nicht. Also, insofern kann es nur auf diese Weise geschehen, und die Frage danach, ob der Beteiligungsprozess ordnungsgemäß geführt wird, ist für mich auf einer Metaebene.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, das war schon ein richtungsweisender Beitrag. Das ist es letztendlich, weshalb ich dann einlade, dass wir das auch diskutieren und es nicht der AG 3 überlassen, wie sich die Definition des bestmöglichen Standorts ergibt.

Dann war die Vorstellung - das steht momentan ungefragt dort -, dass jemand für die Verfeinerung der Beteiligungsformate verantwortlich zeichnet. Damit meine ich jetzt - wir haben Vorschläge, dass es Bürgerbüros gibt, dass es Bürgerdialoge gibt, dass die Bürgerversammlungen unter regionaler Beteiligung einberufen werden usw.; dazu gibt es schon ein paar Formulierungen im Gesetz -, ob diese zwei Stufen von der Frau Kötting-Uhl übernommen würden - sie weiß noch nichts von ihrem Glück, ich weiß es -, um dann, gegebenenfalls mit Ergänzung, einfach Verantwortliche zu haben, die insbesondere auch jetzt diese Anhörung, die wir heute geboren haben, auch dahin gehend auswerten: Was lernen wir, was lehrt uns das? Was würden wir aus der Anhörung übertragen? Ist so ein Bürgerforum das Richtige? Wie weit bauen wir das Internet wieder ein?

Dann wäre meine Bitte, dass Herr Becker den Aspekt Rechtsschutz/Legalplanung, Auswertung dieser zwei Rechtsgutachten, was die AG 2 relativ intensiv macht, in die AG 1 hineinträgt; denn wir brauchen ja ein Verständnis dafür - das hatte ich auch schon mehrfach angedeutet -, dass ein derartiger Beteiligungsprozess, der auf ständige

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Stopps zusteuert, etwas anderes verlangt als ein harmonisches, prozesshaftes Denken. Aber das müssen wir halt einfach auch diskutieren, weil ich dann das Bild habe, dass wir die Paragraphen durchgehen.

Aus der AG 2 steht zum Beispiel die Frage an: Ist der europarechtlich notwendige Rechtsschutz einer, der nach dem bisherigen Rechtsschutz steht? Ja, das sagen die Gutachter. Brauchen wir dann den bislang vorgesehenen? Also, brauchen wir zweimal Rechtsschutz, ja oder nein? Das will ich jetzt nicht diskutieren, sondern ich sage Ihnen nur, warum das als ganz wichtiger Aspekt bei uns mit hineinkommt, weil es natürlich eine andere Frage ist, ob nur die Letztentscheidung noch einmal gefällt wird oder ob es dazwischen auch zu einer Entscheidung kommt.

Ich habe die Wortmeldung von Herrn Sommer gesehen, gehe aber erst einmal zu f). - Herr Becker, machen Sie das?

**Thorben Becker:** Ja, das mache ich natürlich gerne, wobei dieser Punkt insgesamt, so kann ich sagen, bei den Vorsitzenden der AG 2 etwas Irritationen stattgefunden hat, dass sich hier ein so umfangreicher Abschnitt zum Thema Evaluierung des Standortauswahlgesetzes findet. Aber so, wie Sie es vorgetragen haben, ist es okay, wobei das Thema bestmögliche Sicherheit auch eines ist, mit dem sich die AG 2 intensiv auseinandersetzen wird. Das war hier bisher noch nicht so drin. Aber das Hineintragen der Ergebnisse kann ich in jedem Fall gerne machen, weil ich es für das Entscheidende halte, dass es tatsächlich hier ein vernünftiges Zusammenwirken gibt, sodass anschließend ein gemeinsamer Vorschlag herauskommt.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, die Überschrift bitte ich jetzt nicht überzubewerten. Es geht schlicht und einfach darum, dass wir halt jeden Paragraphen anfassen und darüber einmal un-

ter dem Gesichtspunkt Beteiligungsprozess nachdenken müssen. Das ist nicht mehr und nicht weniger. - Dann habe ich Herrn Sommer noch zu den Verfeinerungen der Beteiligungsformate.

**Jörg Sommer:** Ich muss jetzt leider gehen; deshalb wollte ich nur noch einmal kurz sagen: Unabhängig davon, dass ich zum jetzigen Zeitpunkt glaube, dass wir das Verfahren schon verloren haben, bevor wir in den Regionen ankommen, will ich mich für die Punkte d) und e) auch gerne melden, dass ich es mit der Sylvia Kotting-Uhl zusammen mache, denn ich habe noch die Hoffnung, dass wir die Kurve da kriegen am Anfang des Verfahrens.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ganz herzlichen Dank. Ich würde gerne Ihre Initiative aufgreifen und Sie fragen, ob sich noch andere mit einfinden können, weil es dann auch die Sache ist, später mit den Leuten an dem Bericht zu arbeiten. Ich muss ein bisschen dafür Sorge tragen, dass alle jetzt schon eine Patenschaft haben. - Sie würden ihre Benennung akzeptieren?

(Vanessa Janzen nickt)

- Herzlichen Dank. - Gibt es sonst noch jemanden, den wir noch mit berücksichtigen wollen? - Gut, dann machen wir das im laufenden Prozess, und ich würde dann - -

(Prof. Dr. Bruno Thomauske: Herr Gaßner, darf ich noch eine Anmerkung machen?)

- Ja, bitte.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Das geht mir immer ein bisschen verloren: Wenn wir die Entwicklung naturwissenschaftlicher Kriterien nehmen, dann sind die Ausschlusskriterien usw. praktisch über Deutschland übergreifend. Wenn wir dann in Mindestanforderungen und Ähnliches kommen, dann wird es schon zumindest spezifisch für

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Wirtsgesteine. Wenn wir später in Richtung Eignung kommen, dann wird es spezifisch, bezogen auf einen Standort, nicht einmal mehr auf ein Wirtsgestein. Insofern ist das ein Punkt.

Beispielsweise kommen in unserem Katalog die Eignungskriterien nicht vor. Das ist die allerletzte Stufe. Am Ende muss der Nachweis der positiven Eignung erfolgen. Den haben wir bislang noch nicht drin. Bislang haben wir nur das Verfahren der Selektion, dass die jeweils Schlechteren heraus gemeldet werden. Aber ob der, der am Ende übrig bleibt, dann tatsächlich im Sinne des Atomgesetzes geeignet ist, das ist noch eine Frage, die wir nicht abgebildet haben.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Sind Sie mir nicht böse, weil das jetzt ein bisschen egozentrisch klingt; aber ich habe das relativ differenziert in dem Papier aufgeschrieben, und mir geht es um die Frage: Was sind Standortregionen mit besonders günstigen Eigenschaften? Das steht jetzt schon im Gesetz, und sie müssen identifiziert werden, und dazu brauchen wir die Hilfe der AG 3, und das machen wir in dieser Teilgruppe.

(Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, aber meine Frage war eine andere!)

- Okay.

#### **Tagesordnungspunkt 7** **Konsequenzen aus dem Rechtsgutachten „Überprüfung des Standortauswahlgesetzes im Hinblick auf die Vereinbarkeit der Regelungen zum Standortauswahlverfahren mit EU-rechtlichen und völkerrechtlichen Vorgaben“**

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ich schlage vor, den Tagesordnungspunkt 7, Konsequenzen aus den beiden Rechtsgutachten, zurückzustellen. Da haben wir jetzt die Patenschaft, und insofern wäre eine Viertelstunde Kurzreferat von Herrn

Becker oder so etwas meines Erachtens jetzt nicht so sinnvoll, weil wir quasi nicht in der Zeit sind.

(Thorben Becker: Okay!)

Dann würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir als Nächstes noch das Thema aufrufen, wie wir möglicherweise eine Anhörung zur Beteiligungsbereitschaft und zum Vetorecht machen. Das ist der Tagesordnungspunkt 8 a).

#### **Tagesordnungspunkt 8** **a) Vorbereitung einer Anhörung zur Beteiligungsbereitschaft und zum Vetorecht**

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Für das Protokoll: Wir haben den Tagesordnungspunkt 8b), die Kommissionsanhörung „Erfahrungen in Großprojekten“, vorhin vorgezogen gehabt. Wir gehen jetzt zurück zu TOP 8 und fragen da: Wie könnte eine solche Anhörung zur Beteiligungsbereitschaft und zum Vetorecht aussehen?

Ich würde es momentan so einleiten wollen: Es gibt ein Vetorecht abstrakt eigentlich nicht. Ich würde jetzt nicht vorschlagen wollen, dass wir Staatstheoretiker hierher einladen, die sich irgendwo mit dem Thema „Das Vetorecht in der deutschen Gesellschaft“ oder so ähnlich beschäftigen.

Vielmehr wollen wir ja Folgendes: Wir haben einen bestimmten Ansatzpunkt innerhalb des AkEnd, der gesagt hat, er hat eine Vorstellung davon, dass Standorte Mitwirkungsrechte haben, die bis zur Verweigerungshaltung geben; sagen wir es einmal vorsichtig. Aus dieser Verweigerungshaltung haben wir dann so in einem Schlagwort „Vetorecht“ gebildet.

Ich denke, dass diese Diskussion ausgesprochen wichtig ist, weiß aber nicht im bisherigen ersten Nachdenken - ich möchte Ihnen mein erstes Nachdenken hier offerieren -, ob es so sinnvoll



ist, jetzt viele Leute dazu einzuladen, bevor wir es nicht selber doch noch intensiver diskutiert haben. Deshalb wäre die Überlegung, ob wir das wie folgt gestalten: Wir werden es in der zweiten Septembersitzung - nicht in der ersten; die haben wir jetzt voll - wirklich einmal für zwei Stunden auf die Tagesordnung setzen, haben dann hofentlich Herrn Renn und Frau Nanz oder einen von beiden dabei, haben den Beteiligungsmanager dabei, also Leute, die mit Prozessen Erfahrung haben, haben uns selber und gucken einmal, was uns dann unter Zuhilfenahme dieser ausgeteiteten Bordmittel dann noch fehlt.

Ich wiederhole es: Es geht jetzt nicht darum, „Demokratie wagen“ und irgendwelche Initiativen, die sich in besonderer Weise Volksentscheid und so etwas auf die Fahne geschrieben haben, hier zu hören. Ich glaube, das würde uns relativ bald langweilen; das ist jetzt ein arroganter Begriff, aber Sie wissen, was ich meine.

Wir müssten eigentlich erst selber noch einmal herangehen. Das ist jetzt die Diskussion darum: Gibt es noch einmal einen Rücksprung auf den Deutschen Bundestag? Das wäre ja auch ein Vetorecht, wenn wir es uns klarmachen. Das ist also viel mehr an unserem Prozess. Ich möchte lieber noch einmal in unserem Prozess diskutieren, möchte es aber auch jetzt nicht so weit aufspannen, dass wir sagen, wir müssen alles einmal durchgegangen sein, und am Ende diskutieren wir es einmal.

Deshalb wäre mein Vorschlag: übernächste Sitzung, ein Tagesordnungspunkt von zwei Stunden. Wir können meinetwegen auch noch ein, zwei Fremde einladen, wenn uns dazu noch jemand einfällt, aber nicht in dieser förmlichen Form: Wir holen uns jetzt sechs Leute, und die erzählen uns abstrakt etwas zum Vetorecht, wobei wir bei jedem Beitrag denken, erst einmal hätten wir nachdenken müssen, auf welcher Stufe wir überhaupt daran denken, so etwas einzuräumen. Das wäre mein pragmatischer Vorschlag,

davon Abstand zu nehmen, hier eine förmliche, größere Anhörung mit vier bis sechs Leuten durchzuführen. - Frau Janzen, bitte.

**Vanessa Janzen:** Erst einmal würde ich Ihnen zustimmen, als ich auch denke, das muss keine Anhörung im großen Stil sein. Ich würde aber auch anregen, dass die Fragestellung nicht nur sein sollte, Vetorecht ja oder nein, sondern auch, ob es vielleicht andere Möglichkeiten gibt, Verbindlichkeit zu schaffen, sodass man darüber hinausgeht, um dann auch herauszustellen, dass es unterschiedliche Arten eines Vetorechtes gibt. Dazu würde ich dann anregen, dass wir auch noch einmal in den AkEnd schauen: Wie sieht eigentlich diese Beteiligungsbereitschaft genau aus? Darüber könnte möglicherweise auch ein AkEnd-Mitglied noch einmal berichten.

Während der Schweizreise kam ja der Vorschlag eines Sachvetos. Das wird jetzt immer nur kurz angesprochen. Mich würde persönlich auch interessieren: Was hat sich denn Markus Buser, der das vorgeschlagen hat, dabei genau gedacht? Wie würde ein Sachveto aussehen?

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Jetzt bin ich ganz frech zu Ihnen und sage: Erstens. Was der AkEnd geschrieben hat, können wir alle lesen; das ist hier auch schon vorgetragen worden und sollte hundertprozentig eingebracht werden.

Zweitens. Wenn sechs Leute in die Schweiz gefahren sind und mit dem Schlagwort Sachveto wiederkommen, dann soll es doch einer vorstellen. Dazu brauchen wir doch nicht unbedingt Markus Buser. Ich habe aber auch nichts dagegen, dem die Reise zu zahlen.

Aber man muss sich doch einmal überlegen, wenn so ein Schlagwort wie Sachveto kommt, dann sind wir doch groß genug, wiederum zu überlegen, an welchen Stellen man den Grundgedanken eines Sachvetos einbaut. Das ist jetzt

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

nicht böse gemeint. Ich würde sofort sagen: Wenn wir einen intensiveren Bedarf identifizieren, dann decken wir ihn ab, und wenn wir an dieser Stelle sagen, Sachveto ist uns irgendwie zu schwammig, was hat er damit gemeint, und wenn man dies nicht über ein Telefonat abdecken kann, dann machen wir das.

Ich majorisiere jetzt zu viel. Ich möchte es eigentlich nur zweistufig machen. Ich mag nicht solche Anhörungen. Man lädt jemanden ein, es ist ein Riesenaufwand, und dann sagt man, sag doch mal etwas zum Sachveto, und dann spricht er über irgendetwas in der Kantonalverfassung der Schweiz, wo das aufgehoben ist, obwohl wir hier doch wissen usw. - - Ich komme jetzt nicht herunter von dem Ding. Ich stelle es jetzt zur Diskussion, weil ich es nicht so böse meine, wie es klingt. - Herr Jäger, Herr Becker.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Vielleicht kann man den speziellen Punkt direkt auflösen. Herr Buser war ja bei dieser Diskussion dabei, und weil das so interessant erschien, habe ich da bewusst einmal nachgefragt und habe mein Verständnis, dass ich jetzt gerne zu wiederholen versuche, dort artikuliert, und er hat bestätigt, so sei es. Insofern könnte man schon ein gewisses Verständnis, was man unter Sachveto versteht, haben; dann braucht man in der Tat niemanden mehr einzuladen. Die Ausgestaltung müssten wir sicherlich noch diskutieren. Ich habe mein Verständnis so formuliert, dass - -

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Können wir das nicht in der Sitzung im September machen?

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Das können wir machen. Ich wollte nur Frau Janzen signalisieren: Da haben wir ein eigenes Verständnis bzw. haben wir ein präzises Verständnis soweit mitgebracht; das können wir gerne diskutieren.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Mein Vorschlag noch einmal, jetzt ein bisschen herunter gezoomt - es tut mir leid; manchmal bin ich so ein bisschen emotional -: Wir machen in der zweiten Septembersitzung zwei Stunden, und dann identifizieren wir weiteren Fragenbedarf und gucken, ob dieser Bedarf mit Bordmitteln befriedigt werden kann oder ob wir noch eine Anhörung machen. Es kann natürlich auch sein, dass wir Ergebnisse produzieren, in denen wir zum Beispiel sagen, die Kommission sollte eher auch über Experten überzeugt werden; aber das ist jetzt vielleicht zu früh. - Sind Sie damit so einverstanden?

(Vanessa Janzen: Ja!)

Herr Kudla, bitte, gerne.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Vielleicht eine Anregung dazu: Ich kannte bisher immer nur das Veto. Seit der Schweizreise kenne ich den Begriff Sachveto und weiß auch, was das ist. Vielleicht gibt es da auch noch weitere Vetoarten - so nenne ich das einmal -, die hier irgendwo entwickelt worden sind. Da wäre es schön, wenn die Geschäftsstelle einmal eine Zusammenstellung für diese Sitzung im September machen würde, wenn es so etwas gibt, welche „Möglichkeiten des Vetos“ eigentlich schon einmal ausprobiert worden sind.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, das ist adressiert, und Frau Gäbler wird das einmal versuchen. - Herr Becker.

**Thorben Becker:** Mir ist es auch egal, ob man dazu groß Experten einlädt oder ob man Aufträge vergibt, Sachen vorzubereiten. Aber ich halte es tatsächlich auch für gut, dass man das etwas weitert und nicht nur die Frage behandelt, Veto ja oder nein; denn es ist ja kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um dafür zu sorgen, dass der Prozess am Ende funktioniert.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Was ich als spannend empfand und was noch eine Alternative wäre, die man zumindest diskutieren könnte, ist das, was Herr Hagedorn in Loccum mehr oder weniger aus dem Bauch heraus vorgestellt hat: eine ganze Reihe von Volksentscheiden von der Bundesebene über mehrere Regionen bis zur letztendlichen Standortregion. Ich weiß nicht, ob er zum Beispiel Interesse hat, das zu verschriftlichen oder noch einmal vorzustellen.

Das wird es am Ende nicht sein, aber es weitet die Diskussion meines Erachtens in einer sehr interessanten Weise, weil es sich damit von der ganz schlichten Frage nur nach dem Veto, ja oder nein, löst und tatsächlich einmal den Versuch macht, einen Prozess von Mitbestimmung aufzuzeigen, der die Chance hat zu funktionieren. Ich hielte es für gut, wenn man solche Gedanken - vielleicht gibt es da auch noch weitere oder Konzepte, die man nicht kennt - tatsächlich mit einbringt, also keine rechtstheoretischen Sachen, sondern wirklich an der Lösung orientierte Vorschläge.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Also ich glaube, dass das auch sehr gut wäre, und würde sogar vorschlagen, dass das vielleicht in dem Punkt Rechtsschutz/Legalplanung mit aufgenommen wird; denn es ist natürlich ein neuer, weiterer Baustein auf dem Weg zur Absicherung eines Ergebnisses: zweimal Bundesverwaltungsgericht, viermal Bundestag und drei Volksbegehren. Das soll es nicht desavouieren, sondern das zeigt nur auf, dass wir im Instrumentenbaukasten noch eine ganze Menge Sachen haben. Das müsste man da auch mal mit hineindenken. Wir können ja gucken, ob wir den Herrn Hagedorn für die Sondersitzung oder für eine darauffolgende Sitzung haben. Aber herzlichen Dank, dass das Schlagwort noch einmal kommt. Er hat es dort tatsächlich mit großer Resonanz vorgetragen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ich bin auch sehr dafür, dass wir die Diskussion in der zweiten Septemberwoche führen, würde dann allerdings auch genau wie der Vorsitzende es schon vorgeschlagen hat, darauf achten, dass wir mindestens zwei Sozialwissenschaftler - Renn und Nanz sind von mir genannt worden - dabei haben; denn es ist für mich nicht primär eine rechtliche Frage, sondern eine sozialwissenschaftlich-politologische Frage. Angesichts der Dynamik, die wir bei gesellschaftlichen Partizipationsprozessen in den letzten zwei Dekaden erlebt haben, reden wir hier über ein Verfahren, das eventuell erst in einer Dekade in unserer Gesellschaft relevant wird. Da ist es noch einmal sehr wichtig, zu schauen, welche Bewegungen in der Gesellschaftsbetrachtung relevant sind und welche Dynamiken man skizzieren könnte.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herzlichen Dank. - Frau Rössig hat sich gemeldet.

**Wiebke Rössig:** Zum einen wollte ich mich dem anschließen, dass auch ich es auf jeden Fall wichtig finde, das auf verschiedene Formen der Artikulation von Nicht-einverstanden-Sein zu erweitern. Um jetzt nichts zu wiederholen, schließe ich mich Herrn Meister an, da ich denke, dass die sozialwissenschaftliche Perspektive eine große Rolle spielt. Auch würde ich mich noch einmal dafür aussprechen, dass Herr Grunwald an der Sitzung teilnimmt und vielleicht etwas aus der Perspektive der Technikfolgenabschätzung der Arbeit mit Ungewissheiten in diesem Kontext vorbereiten könnte. Das fände ich sehr bereichernd.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Haben Sie ein bisschen Kapazität, würden Sie es übernehmen, gegebenenfalls Nanz, Renn und Grunwald anzusprechen, damit die das nicht nur über das Protokoll bekommen? Das wären zwei, drei Telefonate. Können Sie das mit vorbereiten?

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

**Wiebke Rössig:** Dass ich Renn, Nanz und Herrn Grunwald darum bitte, in der zweiten Septembersitzung - -

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ihnen eine bestimmte Botschaft zu übermitteln, was unsere Diskussionsvorstellungen sind.

**Wiebke Rössig:** Ach, ich kann das ja mal versuchen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Sie kriegen dann auch noch Unterstützung, es kommen ja noch andere dazu. Der Beteiligungsmanager kommt dann ja zum Beispiel dazu.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ich komme auch dazu.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Meister kommt auch dazu. Okay, es ist einfach - -

**Wiebke Rössig:** Herr Gaßner und Herr Meister?

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ja, ja, wir machen das.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Super.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Ich hätte es eher als Aufgabe der Geschäftsstelle gesehen, die anzusprechen. Die sollen ja eingeladen werden hier zur Sitzung im September. Das hätte ich als Aufgabe der Geschäftsstelle gesehen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Selbstverständlich ist das Einladen von Personen eine Aufgabe der Geschäftsstelle. Es war jetzt doch nur die Überlegung, dass wir gerade einen bestimmten inhaltlichen Impetus hatten. Ich traue das auch Frau Gäbler zu. Dann sprechen Frau Rössig und Frau Gäbler noch einmal darüber. Es ging mir jetzt mehr darum, über die inhaltlichen Elemente, die gerade genannt wurden, nicht einfach

hinwegzugehen und zu sagen, wir schicken denen ein Datum; vielmehr sollte jemand mit denn einmal etwas ausführlicher telefonieren. Nur das war jetzt mein Gedanke. Die Einladung und so etwas, das ist ja klar.

Gut, dann würde ich für den Zeitraum bis circa 16 Uhr noch das Thema Gliederung aufrufen, und zwar in zwei Stufen.

#### **Tagesordnungspunkt 9** **Gliederungsentwurf des Berichts der Kommission**

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Die eine Sache ist die: Ich weiß nicht, wer sich die Fassung von Mitte Juli einmal angeguckt hat; ich frage es jetzt auch nicht ab. Ich habe sie nur überflogen und sehe mich deshalb momentan nicht in der Lage, sie breiter zu kommentieren, als nur zu sagen, dass sollten sich jetzt doch alle einmal angucken, weil ich glaube, dass sich da Probleme auftun werden.

Bislang war es für mich so - ich nehme Sie jetzt in meinen Arbeitsprozess mit hinein -, dass wir, was die Gliederung angeht, selber noch nichts dazu beigetragen haben. Bevor wir die Arbeit anderer kommentieren, sollten wir erst einmal unseren eigenen Beitrag einbringen. Daher habe ich Ihnen jetzt einen Vorschlag gemacht, wie unser Beitrag ungefähr aussehen könnte. Aber ich lade Sie ein, sich einmal den gesamten Entwurf der Gliederung anzugucken. Da glaube ich, dass relativ bald, wenn viele es sich angeguckt haben, der Ruf kommen wird, dass sie disproportional ist, was die Gewichtungen der Themen angeht.

Wir haben ganz am Anfang eine Diskussion gehabt, die den Vorstellungen von Herrn Müller relativ kritisch begegnet ist. Dazu fand sich dann eine Bewegungsform in dieser Ad-hoc-Gruppe „Leitbild“, die ich nicht weiter bewerten möchte, weil ich nicht Mitglied dieser Arbeitsgruppe bin.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Ich sehe jetzt aber wiederum den vorliegenden Gliederungsentwurf, der so breit ist, dass ich wirklich befürchte, dass er in der Kommission auf harte Kritik stoßen wird. Weil harte Kritik letztendlich unproduktiv ist, lade ich Sie ein - ich sage das jetzt zum dritten Mal - sich das auch schon einmal anzugucken und zu überlegen, wie man es so macht, dass dieses Verdrängen ein Ende findet. Ich glaube, wir müssen eigentlich dazu aufrufen, dass in der nächsten Kommissionssitzung das Verdrängen beendet wird und dieser Kommissionentwurf einmal breiter diskutiert wird, um uns davor zu bewahren, dass der Aufschlag irgendwie zu spät kommt. - Das ist das Allgemeine, was ich anmerke.

Wenn das in der Allgemeinheit, wie ich es gesagt habe, Zustimmung findet, dann wäre eigentlich die Bitte, dass Frau Gäbler mit darauf hinwirkt, dass das Thema Gliederung relativ bald - ich will jetzt nicht von hier aus in die Kommissionsgestaltung hineinregieren - in der Kommission mit breiterem Raum einmal diskutiert wird. Da sehe ich Nicken; dann wäre das die Bitte an Frau Gäbler.

Dann gibt es konkret einen ersten Aufschlag eines Gliederungsvorschlags, den ich Ihnen vorgelegt habe. Ich frage, ob ihn schon ein paar angucken konnten, und ob das im Sinne eines lernenden Papiers erst einmal als eine Orientierung gesehen werden kann. Ich wollte jetzt keineswegs die Diskussion in zehn Minuten dahin führen, dass dies der Vorschlag der AG 1 ist, sondern es ist jetzt einfach einmal meine Sicht aus dem Arbeitsprozess, wie er sich bisher jetzt darstellt und wie er sich weiter darstellen sollte.

Jetzt fragt Herr Kudla, von welchem Papier ich rede, und ich habe es auch irgendwo verlegt. Haben Sie es relativ schnell griffbereit? Wir haben es gestern auch als Drucksache verschickt.

**Wiebke Rössig:** Das ist K-Drs./AG 1-44

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** 1-44, herzlichen Dank, ja. 1-44 vom gestrigen Tag. Haben es relativ viele? - Gut. Das jetzt im Einzelnen vorzustellen macht sicherlich nicht viel Sinn, sonst rede ich jetzt fünf Minuten. Ich mache es nur grob.

Auf jeden Fall ist aufgenommen, dass es eine Zielbestimmung geben soll. Es sollte in dem Bericht deutlich gemacht werden, dass es Erfahrungen aus der Beteiligung gibt, hinsichtlich derer ich stark dafür werbe, dass sie im Wesentlichen in dem Beteiligungsbericht liegen. Der Beteiligungsbericht ist aber eine Terminologie, die wohl noch nicht bis in die Kommission vorgedrungen ist. Das ist auch nicht schlimm. Aber wir müssen hier ein Verständnis dafür finden, dass wir mit ziemlicher Sicherheit 100, 120, 150 Seiten vielleicht haben, 100 Seiten, die zusammenfassen, was unser Beteiligungskonzept war, wie mit dem Beteiligungskonzept umgegangen worden ist, was die wissenschaftliche Begleitung dazu gesagt hat, was wesentliche Etappen, Lernprozesse gewesen sind, die nicht in dem Bericht auftauchen können.

Von daher würde ich sagen, die Erfahrungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sollten natürlich aufgenommen werden, weil das ja für die Entstehung des Berichtes ganz maßgeblich ist; aber es sollte gleichzeitig mehr oder weniger nur zusammenfassend das widerspiegeln, was in dem breiteren Bericht drin ist, und ich würde Sie alle bitten, für diesen breiteren Bericht zu werben, so dass das dann auch aufgenommen wird.

Dann werden wir natürlich unsere Vorschläge zur Beteiligung der Öffentlichkeit während des Standortauswahlverfahrens vorstellen. Um sie dort vorstellen zu können, müssen sie entwickelt werden. Die Entwicklung ist jetzt hier in einer bestimmten Weise strukturiert: Wir haben bestimmte Grundsätze, von hinten beginnend Nachhaltigkeit über einen langen Zeitraum, was bedeutet, dass eine Ergebnissicherung vielleicht sogar über eine Generation gewährleistet ist.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Dann müssen wir auch etwas sagen, was unsere eigenen Erfahrungen mit Kapazitäten angeht, wie wir es gewährleisten können, dass der Gesetzgeber von uns Vorschläge übernimmt, die eine hinreichende Budgetierung und so etwas vorsehen; gleiche Augenhöhe ist mehr als nur Geld.

Auch sollten wir uns über die Frage unterhalten, die wir gerade schon kontrovers angegangen sind, was eigentlich das Nachfolgende ist. Ich habe dazu geschrieben: „Legitimation durch Verfahren/Abschichtung“, was ich dadurch, dass es in der Gliederung steht, nicht statisch sehen will; dem hat ja Herr Sommer gerade widersprochen. Aber ich würde natürlich dafür werben wollen. Wofür machen wir eigentlich die nächsten Schritte? Ich habe dafür bestimmte Vorstellungen.

Dann taucht wieder „Öffentlichkeitsbeteiligung und bestmöglicher Standort“ auf, um einfach schon die Öffentlichkeitsarbeit mit diesem Ziel - das ist ja § 1 Absatz 1 StandAG - zu verzahnen. Das haben wir noch gar nicht diskutiert.

Dann wäre für mich wichtig, deutlich zu machen, dass wir auch einen Ausgangspunkt mit dem AkEnd haben, weil wir hier auch so gearbeitet haben. Aus dem AkEnd haben wir natürlich zunächst einmal auch die Überlegungen zu Beteiligungsbereitschaft und Vetorecht ausgeliehen. Dies werden wir hier weiter diskutieren.

Dann wäre die Frage, wie wir eigentlich das Standortauswahlgesetz sehen. Um wieder Schlagworte zu nehmen: Ich denke hier unter anderem an die Frage von Herrn Thomauske, ob eigentlich dieses erweiterte Konzept der Erörterungstermine ausreicht. Daran haben wir ja schon Zweifel angemeldet.

Dann käme der Punkt, dass wir sagen, was eigentlich besser läuft. Da wäre es mir wichtig - das muss jetzt nicht unbedingt da sein; aber ich

finde, wir sollten auch ein Bewusstsein davon haben, dass die Kommission schon ein Baustein ist und sich da nicht verstecken sollte.

Dann käme eben die Frage: Wie sieht es aus vor Beginn des Auswahlverfahrens? Das ist jetzt ein bisschen von dem, was wir für den Zeitraum diskutiert haben, bevor der Vorhabenträger tätig wird. Das wäre letztlich von der Berichterstellung bis zum Bundestagsbeschluss.

Dann käme die Frage mit der Beteiligung der Öffentlichkeit, wie wir es heute diskutiert haben, und dann die Verfeinerung übertätig und untertätig.

Dann würde ich ein bisschen das Prozesshafte verlassen und aufrufen, wie wir das gesellschaftliche Begleitgremium einordnen: Gibt es da irgendwelche Vorstellungen des Übergangs aus der Berichtsarbeit? Das taucht in dem Tagesordnungsvorschlag in Drucksache 116 als Informationsstelle auf, damit es eine Repräsentanz während des gesetzlichen Anhörungsverfahrens gibt.

Gut, dann gibt es die „Vorstellungen zum Rechtsschutz und zur Legalplanung“; das ist heute schon einmal angesprochen worden.

Dann müssten wir auch noch ein Bewusstsein davon haben, ob es, wenn unser Behördenstrukturpapier in irgendeiner Weise umgesetzt wird, nach wie vor sinnvoll ist, Vorhabenträger und Bundesamt für Entsorgung, wenn es denn so kommt, parallel die Öffentlichkeitsbeteiligung betreiben zu lassen. Das hat eine bestimmte politische Geschichte, warum die das da so parallel handhaben. Wenn wir das neu auflegen, müssten wir dazu auch ein Bewusstsein haben.

Dann hätten wir die Aufgabe, internationale Erfahrungen auszuwerten. Da wären natürlich insbesondere die Reisekader gebeten, und als letzten

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Punkt hätten wir „Empfehlungen zur Änderung des Standortauswahlgesetzes“.

Das ist jetzt mein erster Aufschlag, in dem eben versucht wird, sowohl ein Stück weit das Konzept des Prozesshaften auch in der Gliederung wiederzugeben als auch Ihnen zu skizzieren, wozu wir noch Beiträge brauchen, die wir dann im Verlauf der nächsten Zeit generieren müssen. Nach dieser Vorstellung frage ich Sie einmal, ob Fundamentales fehlt. Ich würde jetzt nicht über die Reihenfolge von einzelnen Punkten diskutieren wollen; dazu ist das noch viel zu vorläufig und zu stark in meinem Kopf gewachsen. Das müssen andere jetzt nicht eins zu eins nachvollziehen. Es geht darum, die Funktion zu erfüllen, dass wir ungefähr einen Stand haben. - Herzlichen Dank.

Gibt es ein, zwei Anmerkungen zum bisherigen Stand? - Herr Becker, ja gerne.

**Thorben Becker:** Mir ist Folgendes jetzt nicht so ganz klar: Ist das jetzt ein Vorschlag, der im Prinzip den Berichtsteil der AG 1 darstellen soll, oder ist das der Vorschlag, wie die Überschrift „Ein akzeptiertes Auswahlverfahren“ im Bericht untergliedert werden sollte. Es wäre ja durchaus auch eine Möglichkeit, diese Überschrift zu nehmen, und da kommen dann Elemente von AG 1, von AG 2 sind hier einige drin, und bei AG 3 kommt noch Fehlerkorrektur und Ähnliches. Da laufen ja noch weitgehende Diskussionen, die aber in dem Verfahren eine Rolle spielen, wenn sich die Kommission auf so etwas verständigt.

Es wäre ja eine Variante, das in einem Verfahrensvorschlag zu bündeln. Ansonsten verstehe ich nicht, warum einige Punkte hier drin sind, die man jetzt vielleicht eher in die AG 2 packen würde, wenn man bei diesem Arbeitsgruppendenken bleibt, was ja dem bisherigen Entwurf der Vorsitzenden, wenn ich das richtig verstehe, eher entspricht. Ich finde es eigentlich gut, zu sagen, man macht ein Kapitel zum Verfahren, und da

kommt dann das Verfahren in seiner Gänze rein. Aber dann müsste da noch mehr hinein, und dann wäre es vom Arbeitsablauf etwas schwieriger, weil man dann nicht einfach sagen kann, die Arbeitsgruppe schreibt den Bericht, und fertig.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Miersch, und dann würde ich auch gerne auch noch etwas dazu sagen. - Herr Miersch, bitte.

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Ich halte dies erst einmal für eine gute Grundlage für die Debatte, die wir in der Kommission jetzt relativ zügig brauchen; denn ich will ein bisschen an Folgendes erinnern: Was der Bundestag mit dem Bericht macht, das hängt auch davon ab, wie der Bericht lesbar ist. Ich glaube, es lohnt sich, dass man sehr komprimiert ein Sammelsurium an Vorschlägen hat und nicht eine Zerrissenheit zwischen allgemeinen Ausführungen - einen Vorschlag, dann wieder allgemeine Ausführungen und dann erneut einen Vorschlag - hat. Das heißt, ich erhoffe mir von dieser Debatte in der Kommission - dazu sind beide Gliederungsentwürfe wertvoll -, dass wir uns in irgendeiner Form verständigen, die Lesbarkeit auch für die Abgeordneten und den Bundesrat zu gewährleisten. In welcher Form wir das machen, muss eigentlich schon klar sein, bevor wir an die Texte gehen, ohne dass ich das jetzt vorwegnehmen will.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, also ich sehe das genauso wie Herr Miersch und würde zu Herrn Becker sagen, die Überschrift ist momentan dem Entwurf der Vorsitzenden - ich glaube, Herr Voges arbeitet daran - entlehnt. Die Konzeptionierung ist eher die, zu sagen, es ist der Bericht der AG 1, und soweit jetzt Themenüberschneidungen mit der AG 2 sind, die Sie speziell ansprechen, will ich eben einfach, dass wir uns im weiteren Prozess darüber verständigen, ob und wie weit wir zu dem Thema Legalplanung auch unter dem Gesichtspunkt der Öffentlichkeitsbeteiligung etwas haben, was dort nicht abschließend abgedeckt ist. Nicht ohne Bedacht

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

habe ich Sie gebeten, da auch die Patenschaft zu übernehmen, weil es gerade nicht darum geht, Doppelungen zu produzieren, sondern Bezüge.

Deshalb hätte ich schon eine Vorstellung, dass wir irgendwie in dem Verfahren natürlich zu der Frage, welche Bedeutung der Rechtsschutz im Gesamtgefüge hat, irgendetwas sagen, was eine andere Frage ist, als ihn aus dem Europarecht abzuleiten. Die Ableitung aus dem Europarecht hat bei uns überhaupt nichts verloren. Das wäre so die Vorstellung.

Aber das Weitgehende, was Sie gesagt haben, nehme ich letztendlich alles auf, was ein akzeptiertes Verfahren ist, das würde, glaube ich, die Kapazitäten hier sprengen; das würde redaktionell wahrscheinlich nicht laufen. Da sind wir sicherlich schon gut beraten, wenn jede Arbeitsgruppe einen Berichtsteil einigermaßen hinbekommt. Von daher wäre das jetzt nach meiner Vorstellung der bisherigen Strukturierung der Gesamtgliederung, relativ spezifisch unser Teil. Nicht zu vergessen - das habe ich in einer Überendungsmail geschrieben -, dass es sechs oder sieben Punkte gibt, bei denen wir momentan außerdem noch eingeplant sind. In der Gesamtgliederung gibt es noch eine Reihe von Punkten, bei denen wir auch gefordert sind.

Gut, dann wäre die nächste Frage - das ist eine etwas förmlichere -: Wollen wir das dann letztendlich Herrn Voges geben, dass er das in das lernende Papier mit aufnimmt, oder ist das noch verfrüht? Verbesserungsfähig ist es immer; aber ich glaube, es signalisiert ein bisschen, in welche Richtung wir gehen. - Da nicken alle. Herr Jäger, gerne, ja.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Zu dieser Frage jetzt nicht. Deswegen sollten wir das vielleicht mal eben abstimmen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Dann würde ich das abschließen und nehme das Kopfnicken - es gibt keine Gegenstimmen - als Zustimmung, dass wir das in das lernende Papier eingeben. Okay, dann herzlichen Dank. - Herr Jäger, bitte.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ich würde gerne noch einmal zur grundsätzlichen Diskussion der Gliederung etwas sagen wollen. Ich würde erst einmal unterstreichen, dass wir möglichst bald in die Diskussion einsteigen. Nach der Sommerpause muss das auf Kommissionsebene konkret werden; denn ansonsten haben wir gar nicht mehr die Zeit, das dann auch umzusetzen.

Ich würde gern mein Verständnis, meine Lesart der Struktur hier untereinander austauschen, damit wir möglicherweise hier einmal die Gelegenheit haben, uns auszutauschen und zu synchronisieren. Wir bewegen uns jetzt ja in Teil B des Berichtes. Ich würde erstens einmal aus meiner Sicht festhalten wollen, der Teil B ist sozusagen der Bericht, auch in der Struktur, und der Teil A muss sich aus dem Teil B am Ende ableiten lassen. Das heißt, ich würde jetzt, was die strukturellen Überlegungen angeht, den Schwerpunkt auf den Teil B legen.

Zum Zweiten: Innerhalb des Teiles B - Herr Becker, auch zu Ihrer Anmerkung - würde ich es sehr begrüßen, wenn wir weitgehend große Blöcke den Arbeitsgruppen zuordnen, rein praktisch, um den Bericht dann auch nach vorne zu bringen. Da halte ich die Struktur ab Punkt 4 für sehr geeignet, und zwar deswegen, weil sie sich sehr stark am Gesetzauftrag orientiert: „Mögliche Entsorgungsoptionen und ihre Bewertung“ ist klar Arbeitsgruppe 3. Natürlich müssen wir uns an der einen oder anderen Stelle - das ist ja auch angemerkt worden - auch noch einbringen.

Punkt 5, „Prozesswege und Kriterien für Lagerstandorte“, das ist dann der Ablauf, Arbeitsgruppe 3, Herr Becker. Das wäre der Prozess, den wir dann unter Punkt 6 aufgreifen und speziell



vor dem Hintergrund des dort designten Entscheidungsprozesses spiegeln. Wir nehmen Bezug auf Punkt 5; insofern ist das auch gut, dass das chronologisch in dieser Reihenfolge passiert.

Punkt 7 ist genau das, was am Ende im Hinblick darauf zusammengefasst werden muss, was das alles für das StandAG bedeutet, Arbeitsgruppe 2.

Das sind die vier Blöcke, die letztendlich auch dem Auftrag im Gesetz entsprechen. Alles andere können wir relativ gut herum ranken. Das heißt im Umkehrschluss, wenn wir uns als Arbeitsgruppe 1 jetzt auf den Punkt 6 konzentrieren, liegen wir, glaube ich, ganz gut. Wenn das auch Ihr Verständnis ist, würde ich dafür werben, dass wir das in der Kommissionssitzung und auch an anderer Stelle in den Arbeitsgruppen in diese Richtung treiben.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, Herr Voges, gerne.

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Auch wenn ich hier jetzt nicht inhaltlich mit diskutieren kann, wollte ich nur sagen: Bisher ging ja der Gliederungsentwurf davon aus, dass alle Vorschläge an den Gesetzgeber in einem Kapitel zusammengefasst werden, jedenfalls die Vorschläge, die die Änderung des Standortauswahlgesetzes betreffen. Sie haben das jetzt auf zwei Kapitel aufgeteilt. Sie könnten natürlich bei der bisherigen Systematik bleiben und das, was Sie da an Vorschlägen an den Gesetzgeber zur Öffentlichkeitsbeteiligung haben, vielleicht doch mit in das nächste Kapitel bringen, auch wenn Sie es schreiben. Das hat letztendlich nichts mit dem zu tun, wer es verfasst.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Dazu habe ich mich auch schriftlich geäußert; ich will das auch nicht dogmatisch sehen. Für mich ist der wesentliche Gedanke, dass das, was an Gesetzgebungs-

vorschlägen kommt, sich aus dem Berichtsteil ableitet. Das ist für mich wichtig. Wenn es am Ende so sein sollte, dass wir für die verschiedensten Paragraphen Änderungsvorschläge machen, dann wäre es natürlich völlig sinnwidrig, die Vorschläge betreffend die Öffentlichkeitsbeteiligung in ein Gesamtvorschlagspaket einzubringen. Worum ich nur werbe, ist, dass es nicht so aussieht, als hätten wir hier - ich sage es jetzt einmal ein bisschen luftig - nur diskutiert, und anderer Stelle sind irgendwo Änderungsvorschläge gemacht worden. Ich will die ableiten. Das ist mir das Wichtige.

Man kann das natürlich auch so machen, dass man sagt, daraus ergibt sich dann der Vorschlag zu § 13, und der Vorschlag zu § 13 ist dann in einem anderen Kapitel. Das ist völlig d'accord. Die Ableitung ist mir wichtig. Würde man beispielsweise nur den Vorschlag, den ich zur Änderung von § 13 gemacht habe, darstellen - deshalb habe ich das als Beispiel angeführt -, dann würde deutlich, dass er nicht aus sich heraus verständlich ist. Er ist zwar in Gesetzessprache verfasst; aber er ist erst verständlich, wenn man weiß -, ich nehme jetzt ein Schlagwort -, dass wir eine Zäsur machen wollten. Okay, das ist Konsens.

Einen Punkt muss ich noch ansprechen: Wir haben keinen konkreten Zeitplan für den Bericht. Das heißt, wir haben das, was Herr Jäger entwickelt hat, was wir aus dem alten Beteiligungskonzept schon haben, nämlich diese Phasen, und wir haben von Herrn Müller Vorstellungen gehört, die ich hier einmal mit Gelb-, Grün- und Weißfassung des Berichts aufgezählt habe. Das würde nach meinem Verständnis bedeuten, dass es Gelb schon ziemlich an Weihnachten gibt, Weiß wäre dann ja das, was im Mai, Juni 2016 vorliegen wird. Das heißt, in der Zeit dazwischen müssten wir die Beteiligungsformate machen und die Grünfassung erstellen.

Was ich momentan am wenigsten einschätzen kann - das sage ich ganz ehrlich -, ist die Frage,

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

wann der Bericht eine Gestalt haben wird, dass wir uns trauen, ihn zum ersten Mal der Öffentlichkeit zu offenbaren. Da habe ich die größte Sorge - es ist nicht meine Hauptsorge, weil ich nicht allein verantwortlich bin -, dass wir Monat für Monat schinden und am Ende dann im Februar, März und im April sind. Das heißt jetzt abgeleitet: Wenn wir unseren Beitrag leisten müssen, bleibt dieses bleierne Weihnachten. Wir müssen sehen, dass wir Texte bis Weihnachten haben, in welcher Qualität und Güte, will ich jetzt nicht vorgeben. Aber deshalb ist natürlich die Einladung, Themenpatenschaften mit zu übernehmen, schon ein bisschen mit dem Haken versehen, sich da auch ein Stück weit berichtsmäßig einzubringen.

Ich will gleichzeitig sagen, es gibt auch Überlegungen, noch redaktionelle Unterstützung zu organisieren. Es ist nicht so, dass die unmittelbare Textarbeit allein von denjenigen zu leisten ist, die als Paten benannt werden. Aber das heißt auch, dass ich Sie jetzt ein bisschen auf einer Spur mitgenommen habe, dass wir zu den Gliederungspunkten, die Sie gerade als lernendes Modell mit eingegeben haben, dann auch wiederum relativ bald Paten finden müssen. Das machen wir aber nicht heute; ich kündige nur an, dass das notwendig wird, wenn wir nicht die Hemmenden, sondern diejenigen sein wollen, die intensiver mitwirken. Es gibt, wie gesagt, auch Überlegungen im Hinblick auf eine redaktionelle Unterstützung; aber die sind noch nicht weiter ausgeprägt.

Dann gab es am 4. Juli die Diskussion insbesondere von Herrn Sailer, was den Einbau von Grafiken und so etwas angeht. Dazu steht jetzt in meinem Sprechzettel:

Für die einheitliche Gestaltung des Berichts wird die Geschäftsstelle der Kommission einen Vorschlag unterbreiten.

Von daher ist letztendlich der alte Punkt von mir von der Geschäftsstelle jetzt schon übernommen, und ich nehme an, aus der Kommissionssitzung vom 3./4. Juli schon als Arbeitsauftrag entwickelt. Wenn Sie dazu noch kurz etwas sagen, Herr Voges.

**Jürgen Voges** (Geschäftsstelle): Ich habe jetzt nicht bemerkt, dass Sie mir das Wort gegeben haben. - Ich habe konkret mit Herrn Sailer noch einmal einen Termin, am 28. Juli, zu dem ich ihm persönlich dieses grafische Konzept für den Bericht noch einmal vorstellen und erläutern werde. Wir haben auch einen Grafiker in der Bundestagsverwaltung, mit dem wir da zusammenarbeiten werden, und Sie erhalten in Kürze Regeln sowohl für den Schrifteil als auch für die grafische Gestaltung. **Vorsitzender Hartmut Gaßner**: Für diejenigen, die am 4. Juli nicht dabei sein konnten: Es war die Sorge von Herrn Sailer, der Herr Voges jetzt begegnet, dass der Bericht das Format einer Bundestagsdrucksache hat, die sich vergleichsweise als eine Bleiwüste darstellt, mehrspaltig. Das soll aufgelockert werden, und das ist genau das, was jetzt da besprochen werden wird. Da brauchen wir uns nicht weiter einzuklinken.

Allerdings wäre es natürlich gut, wenn wir auch schon die Gestaltung des Berichts im Auge hätten. Herr Sommer hat es jetzt in seinem Papier schon mehrfach gemacht; ich habe es jetzt auch angefangen, obwohl es nicht eine genuin juristische Tätigkeit ist, mit Schaubildern zu arbeiten. Gerade Prozessabfolgen kann man noch so oft beschreiben; da kann ein Pfeilbild oder etwas Derartiges schnell zum Verständnis beitragen, und die müssen dann auch in den Bericht mit eingebunden werden und nicht nur unserer eigenen Verständigung dienen. Das ist auf gutem Wege.

Ich rufe jetzt auf:

**Tagesordnungspunkt 10**  
**Verschiedenes**

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

a) Überarbeitung des Papiers der ad-hoc-AG  
„EVU-Klagen“ zum Umgang mit Konflikten

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Als Erstes findet sich da die Überarbeitung des Papiers der Ad-hoc-Arbeitsgruppe „EVU-Klagen“ zum Umgang mit Konflikten.

Jetzt muss ich einen Moment überlegen: Was liegt der Gesamtgruppe vor? Der Gesamtgruppe liegt der gestern versandte Entwurf einer Überarbeitung von Klaus Brunsmeier und Thorben Becker vor, und Ihnen liegt heute auf dem Tisch eine andere Fassung vor, weil ich gestern die falsche an die Geschäftsstelle gesendet habe.

In der heute vorliegenden Fassung ist ein Satz ergänzt, nämlich, dass die Spiegelstriche - das müssen Sie erst suchen -, die sich auf „hierzu gehört unter anderem“ beziehen, auf den Obersatz Bezug nehmen, dass wir in einer konfliktreichen Situation sind. Dieser Satz ist in der Fassung von heute drin, aber in der Fassung von gestern, die zum Beispiel Herr Meister hat, nicht enthalten. Jetzt ist die Frage: Haben wir das noch einmal austeilen können? - Das wäre nett.

(Julia Gräff (Geschäftsstelle) verteilt Unterlagen)

Ich schlage vor, dass Herr Becker das noch einmal einen Moment erläutert, will ihm aber gleichzeitig sagen, dass wir heute in der Cafeteria vor der Sitzung ohne Herrn Becker - Herr Meister, Herr Jäger, Herr Sommer und ich - den Vorschlag von Herrn Sommer als ganz gut empfanden, zu sagen, er nimmt den Konflikt mit in die alte Arbeitsgruppe.

Das heißt, die Verfasser, insbesondere Jäger und Sommer, sehen, dass es insbesondere mit dem Begriff der Mitverantwortlichkeit zu kleineren oder größeren Irritationen gekommen ist, und

wenn Herr Becker nach einem Moment Überlegen damit einverstanden wäre, dann würden wir es hier nicht weiter behandeln.

Wir haben den Vorschlag, dass wir uns als verantwortlich ansehen. Ich habe jetzt auch hier das Wort Überarbeitung verwendet. Es war am 3. Juli so gewesen, dass wir relativ streitig diskutiert haben und ein relativ eindeutiges Abstimmungsergebnis hatten. Das ist der eine Teil.

Der andere Teil ist der, dass Vorstellungen bestanden, dass man das Mandat, dass die AG 1 mit dem Papier weiter umgehen soll, auch als ein Mandat sehen kann, das Papier selber noch einmal anzufassen. Das ist aber schon in diesem Kreis hier, jetzt vorsichtig ausgedrückt, nicht ganz unstrittig.

Wir müssen all diese Diskussionen dann nicht führen, wenn jetzt insbesondere Herr Becker damit einverstanden wäre - es müssen natürlich alle damit einverstanden sein -, dass Herr Sommer und Herr Jäger gesagt haben, sie sähen, da sei ein Konflikt, sie seien eine Arbeitsgruppe, die mit Konflikten umgehen wolle, und daher würden sie das Papier zunächst noch einmal zu sich auf den Schreibtisch holen. Vielleicht lädt man dann Herrn Becker auch mit ein oder so etwas. Dann hätten wir quasi Bewegung hineingebracht und müssten es jetzt hier nicht streitig diskutieren.

Das wäre ein Verfahrensvorschlag; aber selbstverständlich haben Sie jetzt die Aufgabe, das hier noch einmal vor diesem Hintergrund zu verorten. Ich wollte es ihn bloß jetzt nicht erst lange darstellen lassen, warum es notwendig und wichtig ist, weil das vielleicht eine Bewegungsspur sein kann. - Herr Becker, bitte.

**Thorben Becker:** Ja, vielen Dank. - Wir haben das Thema auf der Tagesordnung vorgefunden, was

wir für gut halten. Aber wir haben nicht sozusagen darauf gedrängt, dass es unbedingt in der AG 1 behandelt wird. Aber als wir dann gesehen haben, dass es darauf steht, haben wir gesagt, dann machen wir auch einen konkreten Vorschlag, wie das aus unserer Sicht geändert werden sollte. - Dies jetzt nur zum Vorgehen. Insofern haben wir mit dem Verfahrensvorschlag erst einmal kein Problem, wenn dann tatsächlich damit verbunden ist, dass Herr Brunsmeier oder ich dann in der Ad-hoc-AG dabei sein und es mit diskutieren kann, ohne jetzt Mitglied in dieser AG sein zu können.

Wichtig ist mir aber durchaus, noch einmal deutlich zu machen, warum wir und nicht nur wir ein Problem mit diesem Papier haben. Also, der eine Punkt ist vielleicht auch tatsächlich ein Widerspruch, der sich jetzt aus der Erfahrung mit dem Umgang mit diesem Papier in der Kommission ergeben hat.

Es ist ein Papier, das sozusagen über viele Seiten zur Lösung von Problemen den Konsens nach vorne schiebt, und wir hatten in der Kommission zu diesem Papier ersichtlich keinen Konsens, sondern Herr Brunsmeier hat nicht nur gesagt, dass er gegen dieses Papier ist, sondern auch, dass er ein massives Problem mit diesem Papier hat, und zwar nicht er persönlich, sondern als Vertreter eines großen, mitgliederstarken Verbandes.

Insofern ist es tatsächlich auch ein Problem, dass das Umgehen mit diesem dargestellten Dissens dann sozusagen ein Abstimmen ist. Es ist tatsächlich ein Kuriosum, dass ein Konsenspapier jetzt in einer wenn auch relativ eindeutigen Kampfabstimmung beschlossen wurde.

Es ist ja auch juristisch sehr interessant: Wir haben jetzt die Formulierung - wie heißt es in dem Beschlussvorschlag? - „als Leitlinien zur Kenntnis genommen“, was immer das sein mag. Kann man Leitlinien zur Kenntnis nehmen? Eigentlich

müsste man sie beschließen. Aber das hat man auch nicht gemacht.

Eigentlich formuliert das Papier einen Vorschlag zur Lösung von und zum Umgang mit Konflikten, also, wie das Verfahren sein kann, wie da vorgegangen werden soll und Ähnliches, womit im Grundsatz weder in der Kommissionssitzung noch im Nachgang ein Problem vorhanden ist.

Die Probleme ergeben sich aus dem Text, aus den Textteilen, die eine Darstellung der aktuellen Situation, der aktuellen Konfliktlage und der Diskussion rund um die Kommission und rund um das Thema Atommüll und Atommülllagerung sind. Mit diesen Punkten - das haben wir ja auch in der Kommissionssitzung deutlich gemacht - haben wir als BUND ein massives Problem, und wir haben das mittlerweile auch rückgespiegelt bekommen.

Das heißt, dieses Papier hat tatsächlich auch bei unseren Aktiven, bei unseren Mitgliedern, aber auch weit darüber hinaus genau in diesen Punkten für extreme Verärgerung gesorgt, und ich denke, dies zu Recht, weil da extrem unglückliche und auch unpassende Formulierungen gewählt wurden, so zu einer Mitverantwortung, zu einer Gleichsetzung von Klagen von Umweltverbänden, bei denen es um die Sicherheit der Bevölkerung geht, mit Klagen der Abfallbesitzer, bei denen es um berechnete finanzielle Interessen geht, keine Frage.

Allerdings gibt es eben das Problem, dass gleichzeitig die Vertreter dieser Kläger auch Mitglied in der Kommission sind, die sich möglicherweise auch genau mit diesen Fragen beschäftigt, und dies noch vor dem Hintergrund, dass der eigentliche Auftrag dieser Ad-hoc-AG ja genau eine Antwort auf dieses Problem war.

Das ist die Situation, in der wir stehen, und ich denke, dass, egal, an welcher Stelle eine weitere

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Beschäftigung mit diesem Papier stehen muss, die AG 1 durchaus einen Blick darauf haben sollte; denn wir haben vorhin gesagt, ein wichtiges Ziel ist es, tatsächlich wieder in einen Dialog mit den sogenannten kommissionskritischen Gruppen zu kommen und ihn zu führen. In dieser Hinsicht ist meines Erachtens ohne Not, weil es ja einfach nur die Rahmenbeschreibung und gar nicht der konkrete Vorgehensvorschlag ist, in diesem Papier tatsächlich viel Porzellan zerschlagen worden.

Deshalb ist es aus unserer Sicht sehr wichtig, hier an diesen Formulierungen tatsächlich noch einmal zu arbeiten, erst recht, wenn denn tatsächlich Teile dieses Papiers oder Ähnliches auch ein Bestandteil des Abschlussberichtes der Kommission werden sollten, was ja zumindest in dem dritten Teil des Beschlussvorschlages oder des Beschlusses dann zu diesem Papier angedeutet wird.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ich würde das gerne so stehen lassen, weil es jetzt aus Gründen der Dynamik so war, dass Herr Becker lediglich die Position noch einmal darstellen sollte.

Aber ich würde uns jetzt doch alle davor schützen wollen, dass wir eine dreistündige Debatte in der Kommission, die dann mit einem bestimmten Ergebnis endete, jetzt im kleinen Format noch einmal irgendwie in zehn bis 15 Minuten aussichtslos wiederholen. Ich würde jetzt wirklich auch Herrn Jäger und Herrn Fox bitten, quasi zurückzuziehen.

Wir diskutieren jetzt nicht die Sinnhaftigkeit dieses Papiers, wenn die Mehrzahl der Auffassung ist, dass es ein guter Vorschlag ist, das in die Arbeitsgruppe zurückzugeben, weil sie sich damit dann noch einmal beschäftigen müssen. Es ist doch in dem Sinne genau das richtige Vorgehen, und es ist auch ein souveräner Umgang damit, zu sagen, wir nehmen es noch einmal mit, wir ak-

zeptieren, dass es einen Konflikt gibt, wir verweisen jetzt nicht nur auf das Abstimmungsergebnis. - Wenn ich das Kopfnicken richtig verstehe, dann würde ich bitten - -

Gut, Herr Fox, Sie kommen natürlich dran, wenn Sie wollen. Aber ich würde dann einfach die Debatte jetzt hier nicht führen wollen. - Herr Fox, bitte, ja. - Herr Jäger hat genickt, dass er es mitnimmt, und seinen Redebeitrag zurückgezogen. - Sie gerne, ja.

**Andreas Fox:** Ja, vielen Dank. Ich möchte auch nicht eine Gesamtdiskussion in der Form hier führen. Ich möchte nur, wenn das in die Arbeitsgruppe geht, einfach zwei Gesichtspunkte und Anregungen damit hineingeben - Herr Becker und Herr Jäger sind ja dann dort möglicherweise mit dabei -, und zwar Folgendes.

Zum einen sind in dieser Aufstellung zu den verschiedenen Problemfeldern im Abschnitt „Konsenssuche im konfliktbeladenen Raum“ an drei Stellen die Fragen der Finanzierung der Endlagersuche und der Endlagerentwicklung angesprochen. Der Vorschlag wäre einfach, den jetzigen neuen letzten Punkt nach vorne zu nehmen und die jetzigen Punkte 2 und 3, in denen es um die Sorge um die Krisenfestigkeit dieser Finanzierung geht, um die Unklarheit über die Finanzierungsverpflichtung, durch das zu ersetzen, was jetzt hinten steht, wo wir dann von der Unsicherheit lesen, ob die Rückstellungen der AKW-Betreiber dauerhaft und sicher verfügbar sind und ob sie ausreichend hoch sind, um die realen Kosten zu decken. Ich denke, das beschreibt inhaltlich genau das, was da oben auch schon mehrfach aufgeführt ist.

Das andere bezieht sich auf die Sicht von Betroffenen in der Endlagerdiskussion und in der Konfrontation mit der Entscheidung über die Endlager, auf den Abschnitt „Konsens über Konflikt dramaturgie“ hinten. Wir sprechen hier sehr

viel darüber, wie die Abläufe nachher sein sollen, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung letztlich in die Entscheidungsprozesse einzubinden ist und welche Wirkung die Öffentlichkeitsbeteiligung hat. Dass man hier jedoch versucht, noch ein Korsett einzuziehen - als solches verstehe ich das -, wie solche Konflikte im Ablauf dann zu handhaben sind und was an welcher Stelle richtig und was falsch ist, was zugelassen und was verboten ist, halte ich für ausgesprochen problematisch. Ich glaube nicht, dass sich eine kritische Öffentlichkeit in ein solches Korsett einbinden lässt.

Insofern wäre der Vorschlag hierzu an die Bearbeiter, das noch einmal sehr kritisch zu würdigen und möglicherweise diesen Bereich einfach herauszuwerfen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Herr Jäger, bitte.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ja, ganz kurz. - Ich würde gerne den Vorschlag aufgreifen, dass wir das in unserer Arbeitsgruppe noch mit aufnehmen - so hat Herr Sommer das ja auch vorgeschlagen; er kann jetzt ja leider nicht mitdiskutieren -, allerdings nicht mit dem Auftrag, das Papier zu überarbeiten und damit sozusagen die Kommissionsdiskussion wieder von vorne beginnen zu lassen, sondern mit dem Auftrag, zu identifizieren, wo denn in der Tat die harten Konfliktpunkte sind, und sie inhaltlich dann anzugehen.

Ein zentraler Punkt scheint mir das Thema Mitverantwortung zu sein; deswegen möchte ich ihn kurz erwähnen und damit dann starten. Alles andere sollten wir dann in der Tat in der Ad-hoc-Arbeitsgruppe diskutieren. Wir kommen dann ohnehin mit allen weiteren Ergebnissen wieder, sowohl hier in die Arbeitsgruppe 1, in Richtung des Berichtes sowieso - das war ja noch gar nicht das Stadium - und am Ende ohnehin auch in die Kommission.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ja, herzlichen Dank. Dann würde ich den Punkt jetzt hier abschließen wollen - -

**Thorben Becker:** Nein, mit den letzten Äußerungen ist das ein großes Problem. Wenn das Papier abgeschoben wird, dann, um es zu bearbeiten, dann in einer anderen Arbeitsgruppe. Aber wenn die Aufgabe ist, wir machen da jetzt irgendwie Konfliktmediation oder so, dann möchte ich, dass das - - Wir haben es nicht auf die Tagesordnung gesetzt, aber mit dem Vorschlag sind wir dann nicht einverstanden.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Sagen Sie noch einmal präzise: Mit welchem Vorschlag sind Sie nicht einverstanden? Nicht die Wiederholung von dem, was Herr Jäger gesagt hat, sondern so, wie Sie es verstanden haben. Womit sind Sie nicht einverstanden?

**Thorben Becker:** So, wie ich es verstanden habe, hat Herr Jäger gesagt, dass er nicht dieses Papier und mögliche Änderungsvorschläge, wie sie jetzt auch von Herrn Fox zum Beispiel gekommen sind, diskutieren möchte, sondern die möglichen Konfliktlagen dahinter oder irgendetwas anderes. Aber unser Problem ist dieses konkrete Papier, und insofern - -

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ich sage, wie ich die Diskussion verstanden habe bzw. welche Erwartungen ich habe: Dieses Papier haben wir mit Veränderungen jetzt bekommen, und über diese Veränderungen gab es Dissens, wie es vorab Dissens von Ihrer Seite und Herrn Brunsmeier über den Status davor gab.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir das Papier im Status 1 wiedersehen, auch nicht im Status 2, sondern vielmehr auch in einer anderen Sprachform in bestimmten Punkten, in denen diese Konfliktsituation reformuliert, anders formuliert

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

oder zugespitzt wird - so wäre meine Erwartung -; denn sonst wäre tatsächlich auch die Debatte, die Viertelstunde oder die 20 Minuten, die es jetzt hier werden, an diesem Punkt auch umsonst. Ich glaube, dass es - so habe ich es verstanden -, wenn dem von Herrn Sommer und Herrn Jäger zugestimmt ist, auch zu einem guten Ergebnis kommen wird.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Damit sollten wir es wirklich sein Bewenden finden lassen; denn einen Konflikt mitzunehmen, um ihn zu lösen, heißt ja, den Konflikt versuchen zu lösen, und dann gehe ich davon aus, dass da eine bestimmte Kreativität ist. Meine Anmerkung zum Beispiel in dem kleinen E-Mail-Verkehr hat noch nicht ausgereicht. Deshalb muss man eben sehen, was jetzt da gemacht wird.

Grundsätzliche Überlegungen, das Papier umzuschreiben, sind einfach deshalb zum Scheitern verurteilt, weil eben gesagt wird: Damit haben sich schon sehr viele beschäftigt. Also geht es darum, wirklich mit schlanken Umformulierungen - da steckt beides drin, Umformulierung und schlank - zu einem Konsens zu kommen. Da bin ich eigentlich auch sehr zuversichtlich.

So sollen wir es sein lassen, weil das auf jeden Fall auch das Kopfnicken von Herrn Jäger mitnehmen würde, dass Sie, Herr Becker, daran teilnehmen. Das ist auch besser, weil es quasi unmöglich ist, einen Konflikt zu lösen, wenn ein Konfliktpartner nicht dabei ist. Ob Herr Fox seine Anregungen auch persönlich einbringen möchte, können Sie sich überlegen. Ich glaube, dass Herr Jäger nicht Nein sagen würde, wenn auch Sie dabei wären. Das können Sie selber noch einmal entscheiden. Das geschieht aber jedenfalls mit dem Hinweis, dass der Auftrag jetzt nicht lauten kann, eine drei Stunden lange Debatte erneut zu führen.

Ich meine, ich habe mich da auch sehr engagiert eingebracht; es ist ja nicht so, dass ich da ein

Neutrum bin. Aber man muss dann irgendwann auch sehen, wo man steht. Die Kommission würde wahrscheinlich, wie man das so schön sagt, kleinen redaktionellen Veränderungen nichts entgegenstellen. Aber wenn wir da mit einem neuen Papier kommen, dann ist das einfach auch Zeitverschwendung, um es einmal ganz deutlich zu sagen. Da bekommen wir eine Maulschelle, egal, wie viele wir hier mobilisieren, und das möchte ich auch nicht. - Gut.

#### **Tagesordnungspunkt 10** **Verschiedenes**

b) Vorstellung/Erörterung des ENTRIA-Gutachtens

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Dann haben wir zu dem Gutachten ENTRIA ja schon entschieden, dass wir uns das hier vorstellen lassen. Gibt es hier jemanden, der daran mitgewirkt hat, außer Herrn Müller? - Nein. - Ja, bitte.

**Jürgen Voges (Geschäftsstelle):** Meines Erachtens ist das ja das Bürgergutachten. Die Bürger, die dieses Gutachten gefertigt haben, legen großen Wert darauf, dass sie nicht Teil dieses Forschungsprojektes sind, und sind deswegen nicht bei dem Bürgerdialog aufgetreten, weil sie nicht förmlich als Bürger eingeladen waren. Insofern ist das vorhin Beschlossene oder Angedachte, dass es da zwei verschiedene Daten geben könnte, zu denen sie vortragen sollen, etwas ungünstig, weil sie schon so oft getröstet worden sind. Ich möchte ihnen ungern nochmals schreiben, im September oder im Oktober. Ich würde dafür plädieren, sich auf den Oktober festzulegen, weil das sonst sehr unhöflich ist, und ich befürchte, dass das dann gar nicht mehr zustande kommt.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Vor dem Hintergrund der Aufgaben, die wir schon in die zwei Septembersitzungen verlagert haben, würde ich dem zustimmen, wenn die anderen auch zustimmen, dass wir uns dann jetzt festlegen, dass wir

nicht das Entweder-oder lassen, sondern dass wir die Oktobersitzung dann jetzt in dem Sinne für dieses Thema auch mit besetzen.

Wir sind uns dann bitte auch noch einmal im Klaren - das ist in einem meiner Papiere angedeutet -, dass wir anschließend noch drei Sitzungen haben. Heute plus zweimal September sind drei, und Oktober, November und Dezember sind weitere drei. Wir haben nicht so viele Sitzungen, und deshalb nehmen wir den Oktobertermin. Wir müssen uns im Übrigen vor allen Formen, die uns Zeit für die unmittelbare Arbeit nehmen, ein bisschen schützen.

#### **Tagesordnungspunkt 10**

##### **Verschiedenes**

- c) Antrag/Beitrag von AG 1 zu Begriffsklärungen  
StandAG („Glossar“)

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Wir sind dann bei dem Punkt Anfragen/Beiträge von AG 1 zu Begriffsklärungen. Folgendes bitte ich Sie im Hinterkopf zu behalten - das ist am 4. Juli in der Kommissionssitzung aufgetaucht -: Es gab eine Bitte hauptsächlich von mir und auch von Herrn Appel, wenige Begriffe innerhalb des Standortauswahlgesetzes zu klären. Das waren von meiner Seite all die Begriffe, die den Versuch unternehmen, zu beschreiben, was eigentlich das ist, was der Gesetzgeber dachte, dass der Bericht liefert; ich nenne es ein bisschen unkonkret einmal so.

Das ist eigentlich, wenn man so will, eine Zuarbeit für Herrn Voges, irgendwo einmal zu definieren, welche der Arten von Inhalten wir übernehmen. Das zeigt sich auch in der Gliederung wiederum, wo dann einerseits das Gesetz evaluiert wird und andererseits die Mindestkriterien als Handlungsempfehlungen auftauchen. Das wäre auch etwas, was für mich noch unrund ist. Zu einer solchen Klärung kann dieses Papier aber auch mit beitragen.

In diesem Kontext wollte ich noch einmal sagen: Ich habe das Papier nicht vergessen. Die Geschäftsstelle hat sich da wahrscheinlich einige Zeit damit beschäftigt, und der Adressat ist eigentlich in erster Linie der Berichtsverfasser, zu deduzieren, was jetzt eigentlich als gesetzliche Leitschnur für den Bericht gilt, ohne das überbewerten zu wollen. Der Bericht muss nicht zwei Seiten vorher Selbstverständnis und Gesetzesexegese machen; aber es fällt schon auf - das haben wir ja dann aufgezählt -, mit Empfehlungen, Handlungsempfehlungen und diesem und jenem. Da gibt es sechs, acht Begriffe.

Herr Müller hat es schon kommentiert: Er findet jetzt wiederum die Exegese von der Geschäftsstelle nicht lesbar. Da mische ich mich jetzt nicht ein. Das Papier muss nicht als Papier leben; das Papier muss einen Aufhänger bieten, damit der Bericht es hat.

Langer Rede kurzer Sinn: In diesem Kontext kam jetzt Herr Müller auf die Idee, dass man überhaupt Begriffsklärungen vornimmt, und sie wollte ich Ihnen jetzt in dem Sinne nicht vorenthalten, soweit Sie nicht dabei waren, respektive das als abstrakten Arbeitsauftrag der AG 1 zu sehen. Wenn wir Begriffsklärungen haben, dann sollten sie zu einer Art Glossar zusammengefasst werden.

Sie merken an der Art, wie ich es zusammenfasse: Ich kann mir das relativ schwer vorstellen. Aber warten wir es weiter ab, ob es im Weiteren ist. Jedenfalls sollten wir, wenn wir solche Begriffe haben, sie identifizieren und dann auch einer Klärung zuführen. - Herr Thomauske, Herr Voges.

**Prof. Dr. Bruno Thomauske:** Zu der Fragestellung der Begriffe: Ich hielte es für gut, wenn man einmal klären würde, wie unsere Kommission heißt, weil ich mich nicht so sehr als Atommüllkommissionsvertreter sehe.



Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut. - Herr Voges.

**Jürgen Voges** (Geschäftsstelle): Ich habe mir die Videoaufzeichnung der Passage zu der Frage der Begriffe und dazu, wie sie in den Endbericht kommen, noch einmal angeschaut und habe daraufhin einen Brief an die Kommissionsmitglieder mit der Bitte formuliert - so war das auch in der Sitzung formuliert worden -, zu klärende Begriffe aufzulisten. Diese Begriffe sollen dann in das Glossar des Endberichtes eingehen.

Soweit die Begriffe unstrittig sind, macht die Redaktion des Endberichtes oder wer auch immer in der Geschäftsstelle kurze Erläuterungen zu den Begriffen, die natürlich dann noch hier kritisiert werden können; ich hoffe, das passiert nicht zu oft. Soweit die Begriffe wie bei der bestmöglichen Sicherheit strittig sind, müssten Sie dann eben darüber diskutieren.

Das Ganze soll nicht nur der Verständigung der Kommissionsmitglieder untereinander dienen, sondern natürlich auch die Lesbarkeit des Berichtes fördern.

#### **Tagesordnungspunkt 10** **Verschiedenes**

d) Vorschlag für Forschungsvorhaben an BMBF

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ja, besten Dank. Mit Tagesordnungspunkt 10 d) ist es nachrichtlich auch hier in die Arbeitsgruppe 1 eingebracht und entspricht dann auch dem Hinweis, den ein Gespräch zwischen den Vorsitzenden der Kommission und dem BMBF abstrakt in den Raum gestellt hat, es wäre auch durchaus denkbar, dass aus der Arbeit, die wir hier leisten, Forschungsvorhaben generiert werden. Auch das wollte ich nur sagen, damit man das im Hinterkopf behält. Das ist vielleicht jetzt noch zu früh. Es könnte aber auch ein Teil unserer Arbeit sein, dann zu sagen: Da sehen wir noch weiteren Forschungsbedarf. Das sollten wir im Hinterkopf behalten.

Dann kommen wir zu den Terminen. Dazu würde ich gern zunächst diejenigen Termine aufrufen, die wir dieses Jahr noch haben, mit dem Hinweis, dass wir momentan sehr unterschiedliche Anfangs- und Endzeiten haben. Ich wollte einmal fragen, ob wir da bestimmte Begrädnungen vornehmen können. - Okay, dann bitte ich um Zusage.

Die heutige Sitzung war hier in dem Plan von 13 bis 18 Uhr vorgesehen; sie findet aber von 11 bis 17 Uhr statt. - Jetzt sind wir beim 3. September; da ist als Endzeit 14 Uhr vermerkt. Ich würde gerne dafür werben, dass wir wieder auf 16 oder 17 Uhr gehen, weil wir so ein Riesenprogramm haben. Jetzt ist natürlich kein großer Teil mehr da. Ich würde jetzt, wenn kein entschiedener Protest kommt, Frau Gäbler bitten, diesen Termin erst einmal auch bis 17 Uhr zu erstrecken.

**Manuela Gäbler** (Geschäftsstelle): Da müssen wir natürlich fragen, ob wir bis zu diesem Zeitpunkt einen Stenografen bekommen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Das müssen wir immer fragen. Aber zum 3. September müsste das möglich sein.

Dann haben wir am 21. September - -

(Vorsitzender Ralf Meister macht einen Einwand geltend)

- Gut, wir beraten uns jetzt also öffentlich. - Das kann nicht sein. Wir haben jetzt dazu gerade gesagt, wir starten da irgendwie drei Stunden mit diesem und jenem, wir machen Programmpunkte. Und dann können wir nicht früher tagen wegen der Stenografen?

**Manuela Gäbler** (Geschäftsstelle): Ja, nicht wegen der Stenografen; vielmehr wurde es auch von Ihnen so festgelegt, weil die AG 2 ab 9:30 Uhr

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

tagt, dass wir zu einem späteren Zeitpunkt anfangen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Ach so, okay, na gut. Mit der AG 2 haben wir so viele Überschneidungen.

**Manuela Gäbler** (Geschäftsstelle): Es war auch der Wunsch hier, dass man es sich nicht überschneiden lässt.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, dann ist die Frage in Bezug auf den 16. Oktober und auf den 12. November, auch nur bis 14 Uhr: Können wir das auf 17 Uhr ausweiten, immer unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit eines Stenografen, statt 14 Uhr 17 Uhr?

**Prof. Dr. Bruno Thomaske:** Vielleicht ein kleiner Hinweis, dass Sie sich da noch einmal mit Herrn Sailer und Herrn Grunwald abstimmen, weil es da den Wunsch gab, dass wir auch irgendwann einmal Doppeltermine haben, zu denen sich beide Arbeitsgruppen zusammensetzen.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Gut, das würde aber auch dafür sprechen, dass wir dann im Grunde genommen eine längere Zeit blocken, damit wir dann so etwas vielleicht ermöglichen. - Kann sich noch jemand erinnern, warum wir dann am 9. Dezember um 12 Uhr starten?

**Manuela Gäbler** (Geschäftsstelle): Aus demselben Grund. Ich glaube, die AG 2 tagt da.

**Vorsitzender Hartmut Gaßner:** Okay. Ich habe jetzt sozusagen die Bitte an die Geschäftsstelle herangetragen, dass wir für die nächsten Termine zumindest die Endtermine 17 Uhr noch einmal checken, ob wir da etwas übersehen. Ich will jetzt auch nichts bestimmen oder beschließen, was dann innerhalb von einer Stunde wieder seine Auflösung hat.

Aber die Tendenz ist die, dass wir die drei 14-Uhr-Termine auf 17 Uhr verlängern, mit der Maßgabe, Herr Thomaske, wenn es zu einer Überschneidung mit der AG 3 oder AG 2 kommt, um gegebenenfalls zusammen zu diskutieren; dann ist das ja mit eingepreist, dann ist das ja gerade die Funktion.

Dann kämen wir zu den drei Terminen für das Jahr 2016, die sich momentan in der Doodle-Abfrage als die konsensfähigen herausgestellt haben. Wenn Sie sich das vielleicht schon notieren wollen: Das wären im ersten Quartal Mittwoch, der 20. Januar, Montag, der 22. Februar, und Donnerstag, der 17. März.

Dann ist jetzt die Frage: Ist es sehr schwer, um 9:30 Uhr anzufangen?

(Dr. Uwe Völker: Ja!)

- Ja, Stuttgart. Wir verlieren natürlich Stunden. In der Landesvertretung können Sie wunderbar schlafen.

(Zuruf von Dr. Uwe Völker - Andreas Fox:  
10 Uhr wäre günstiger aus Braunschweig!)

- 10 Uhr ist günstiger aus Braunschweig. Das ist doch gar kein Problem. - Gut, dann machen wir dreimal 10 bis 17 Uhr, bis die massiven Proteste kommen, und der Landesrechnungshof muss da jetzt bluten.

(Dr. Uwe Völker: Ich gebe das so weiter!)

Dann wären wir mit den Terminen auch zu Ende, und es ist jetzt etwas entstanden, was ich gar nicht vermutet hätte: Wir sind eine halbe Stunde vor dem avisierten Termin zu Ende. Ich habe auch deshalb so gedrängt, weil ich wusste, dass eine Reihe von Teilnehmern gehen wird. Wir wollen das jetzt aber nicht künstlich strecken.

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Ich darf mich sehr herzlich bedanken. Wir haben heute ein großes Paket geschafft und nur Teile vertagt; aber wir haben relativ viele Teile vertagt.

Ich würde bitten, dass Herr Jäger und Herr Thomaske noch einmal kurz dableiben, um zu sehen, ob wir vielleicht noch einen Besprechungstermin im August finden, zu dem wir dann Herrn Sommer und so zu dieser Miniarbeitsgruppe dazu holen. Wenn Sie noch einen Moment da bleiben, würde ich mich von allen anderen verabschieden und darf insbesondere auch der Stenografin und dem Stenografen danken, die ich heute nicht begrüßt habe, die ich aber auch verabschiede. Ich wünsche Ihnen schon jetzt ein schönes Wochenende. Herzlichen Dank, herzlichen Dank an alle.

(Schluss der Sitzung: 16:35 Uhr)

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe

Harmut Gaßner

Ralf Meister